



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 5 - 2. Februar 2013

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Islamisten unterwandern Opposition
Blutige Rivalitäten unter syrischen Rebellen **2**

Preußen / Berlin

Der eingebildete Aufstieg
Peinliches Positionspapier der Berliner SPD-Spitze: Floskeln, Widersprüche, Selbstbetrug **3**

Hintergrund

Das Malmö-Desaster
Gescheiterte Integration: Eine Stadt wird zum Lehrbeispiel für Europa **4**

Deutschland

Wahrheit hinter den Parolen
Geht es nach der Politik, sollen Frauen Karriere machen, doch die wollen das nicht immer **5**

Ausland

Teile und herrsche
Balkanisierung des Nahen und Mittleren Ostens **6**

Kultur

Goldiger Nebeneffekt
Berlin und Berlinale befruchten sich gegenseitig **9**

Geschichte

Patriot auf verlorenem Posten
Jakob Kaiser: Gegenspieler von Konrad Adenauer **10**



Großbritanniens Premier fordert eine neue EU: David Camerons Vorstoß könnte Weckruf für ganz Europa werden

Londons Signal an die Völker

EU-Bürger können Chance ergreifen, die wahre europäische Idee zu retten

Gerade jene Politiker, die bereits zahlreiche EU-Verträge gebrochen haben, ermahnen Großbritannien nun zur „Regeltreue“.

Der britische Premier David Cameron sieht sich einer Welle von Attacken europäischer Politiker ausgesetzt, seit er angekündigt hat, sein Volk bis 2017 darüber abstimmen zu lassen, ob es in der EU bleiben will. Als „nicht seriös“ geißelte Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann Camerons Rede, der europapolitische Sprecher der bundesdeutschen Grünen verurteilte das Vorhaben des Briten gar als „erpresserisch“. Ähnlich grimmig scholl es aus anderen Hauptstädten.

Die Reaktionen enthüllen den Verfall demokratischer Gesinnung und Gesittung, der sich unter dem Schlachtruf „Mehr Europa“ in den politischen Führungen der EU

ausbreitet hat. Das Volk, das schon einmal in Frankreich, den Niederlanden oder Irland den Eurokraten per Referendum beinahe einen Strich durch die Rechnung gemacht hätte, wird als Feind wahrgenommen, den es zu über-tölpeln und zu entmachten gilt.

Die Argumentation, die Cameron entgegengehalten wird, grenzt dabei ans Lächerliche. So warnt der deutsche Außenminister Guido Westerwelle (FDP) den Briten davor, weitere Sonderrechte für sein Land herauszuholen zu wollen. Die Regeln der EU gälten nämlich „für alle“. Man kann die Sonderrechte der Briten („Britten-Rabatt“, weder Euro noch Schengen) lästig finden. Fest steht, dass London alle diese Privilegien korrekt ausge-

handelt hat. Mit Westerwelle hingegen spricht einer jener Euro-Politiker, die die gültigen Verträge bereits geschätzt hundertmal gebrochen haben: Schuldengrenze, Verbot der Übernahme von Schulden anderer Länder, keine Staatsfinanzierung durch die

EZB - alles niedergetrampelt. Vor diesem Hintergrund entlarvt sich Westerwelles Mahnung an London, sich gefälligst an die Regeln

zu halten, als bizarr und verlogen. Der frühere Chef der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, beschrieb einmal ganz offenherzig das Muster, nach dem die Eurokraten ihre Völker hinter Licht führen: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was pas-

siert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter.“ Mit anderen Worten: Die Völker werden hinterrücks in eine Lage manövriert, die sie gar nicht wollten.

Camerons Rede ist das Signal an die Völker Europas, sich dieser schleichenden Geiselnahme und der Vergewaltigung der europäischen Idee endlich zu widersetzen. In Österreich, Italien und den Niederlanden mehren sich bereits die Stimmen, die ebenfalls eine Volksabstimmung zur EU fordern. Eine Umfrage in Frankreich offenbart den rapiden Vertrauensverlust, den die Brüssel-EU selbst dort erlitten hat. Immer mehr Menschen wollen eine EU nicht mehr, die Freiheit, Wohlstand und europäische Eintracht nicht bewahrt, sondern untergräbt. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Enttäuschung

Wohl selten ruhten so viele Hoffnungen auf einem angehenden Bundespräsidenten wie auf Joachim Gauck. Vor allem enttäuschte Konservative gaben sich der Illusion hin, dass nun ein Mann mit Rückgrat ins Schloss Bellevue einziehen würde, der für Freiheit, historische Wahrheit und nationale Selbstbehauptung eintreten würde. Noch nicht einmal ein Jahr ist er im Amt und nichts ist davon geblieben. Gerade in den vergangenen Wochen hat Gauck uns gezeigt, dass auch er zum politisch korrekten Phrasendrescher mutiert ist. Seine differenzierte Distanzierung von der Aussage seines Vorgängers, der Islam gehöre zu Deutschland, seine positiven Äußerungen über Thilo Sarrazin - längst revidiert. Jetzt ist von „missverständlichen Äußerungen“ die Rede, mit denen Gauck falsche Erwartungen geweckt habe, denen er nicht gerecht werden wolle.

Nachdem Gauck in seiner Weihnachtsansprache bereits ein realitätsfernes Bedrohungsszenario für Menschen mit dunkler Haut oder schwarzen Haaren konstruiert hatte, fordert er von uns Deutschen nun, eine stärker ausgeprägte Willkommenskultur gegenüber den Zuwanderern zu zeigen und uns bewusst zu werden, dass diese „eine Bereicherung“ seien. Die vielen Opfer von Ausländergewalt fühlen sich indes ebenso wenig „bereichert“ wie diejenigen, die einmal nachrechnen, was Ausländer an „staatlichen Transferleistungen“ einstreichen. Sie fühlen sich eher „entreichert“, was die vielen Protestbriefe an Gauck belegen. Man fragt sich, ob Gauck wirklich das sagt, was er selbst denkt, oder ob er nur das daherplappert, was ihm seine linkslastige iranischstämmige Pressesprecherin ins Manuskript schreibt. Gauck - eine Enttäuschung!

Sieg nach Schlamm Schlacht

Zeman neuer tschechischer Präsident - Prager waren gegen ihn

Nach einer nationalistischen Schmutzkampagne hat der Sozialdemokrat Milos Zeman die Stichwahl um das Amt des tschechischen Staatspräsidenten gewonnen. Auf ihn entfielen 2,72 Millionen (54,8 Prozent) und auf seinen liberal-konservativen Gegenkandidaten Karl Schwarzenberg 2,24 Millionen (45,19 Prozent) der abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 59 Prozent, rund zwei Prozent weniger als in der vorausgegangenen ersten Wahlrunde. In dieser hatte Zeman 24,3 Prozent der Stimmen erhalten und Schwarzenberg mit 23,4 Prozent überraschend den zweiten Platz erzielt. In der Stichwahl siegte Schwarzenberg in der

Hauptstadt Prag mit 66 Prozent der Stimmen, doch gewann Zeman in allen übrigen Regionen des Landes. Rund 8,5 Millionen Bürger waren zur Wahl aufgerufen.

Die antideutsche Karte gespielt

Zeman bediente im Wahlkampf massiv antideutsche Ressentiments und schreckte vor keiner Diffamierung zurück. In einem TV-Duell lockte er Schwarzenberg auf das Glatteis der Benesch-Dekrete. Er warf ihm vor, früher Václav Havel zu einer Entschuldigung wegen der „Ausweisung“ der Su-

detendeutschen geraten zu haben. Schwarzenberg entgegnete: „Ich habe immer gesagt und bleibe dabei, dass das, was wir im Jahre 1945 begangen haben, heute als schwere Verletzung der Menschenrechte verurteilt werden würde. Wahrscheinlich würde sich die damalige Regierung des Präsidenten Benesch in Den Haag befinden.“ Darauf erklärte Zeman, Schwarzenberg habe Benesch einen Kriegsverbrecher genannt und rede wie ein „sudeták“ - ein abfälliger Ausdruck für Sudetendeutscher. Schwarzenberg wurde unterstellt, er bereite einer Eigentumsrückgabe an Sudetendeutsche den Boden. *Michael Leh*

(siehe Kommentar Seite 8)

Den Terror angelockt

Mali-Einsatz provoziert islamistische Vergeltungsanschläge in Europa

Die Bundesregierung versichert, durch den Militäreinsatz in Mali werde die Sicherheit in Europa verteidigt. Mit den Worten Guido Westerwelles klingt das so, dass Mali „nicht zu einer Hochburg des Terrorismus gewissermaßen unmittelbar vor unserer europäischen Haustür“ werden dürfe. Während die unzulänglichen Geografiekenntnisse des Bundesaußenministers allenfalls ein Schmunzeln hervorrufen, gibt eine neue, genau daraus resultierende Bedrohung Anlass zur Besorgnis. Die Terrorgefahr in Deutschland geht durch die deutsche Beteiligung an der Militärintervention nämlich nicht zurück, sondern sie wird sogar noch größer. Damit steht der Terror nun

wirklich vor der europäischen Tür. Während Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich allgemein von einer Zunahme der Terrorbedrohung und einer „angespannten Si-

Deutschland schickt Material und zahlt

cherheitslage“ in Deutschland spricht, wird Gilles de Kerchove, EU-Koordinator für Terrorismusbekämpfung, konkreter. Er geht davon aus, dass islamistische Terroristen in Europa Anschläge durchführen werden, um gezielt Vergeltung zu üben. Davon dürfte dann auch Deutschland betroffen sein, denn die Bun-

desregierung hat nicht nur drei Bundeswehrmaschinen zur Beförderung von Truppen und Ausrüstung der westafrikanischen Staatengemeinschaft Ecowas entsandt. Außerdem liefert sie den malischen Streitkräften Lastwagen, Splitterschutzwesten und ein Feldlazarett und stellt 20 Millionen US-Dollar für Malis Armee sowie die westafrikanische Unterstütmismission zur Verfügung. Die Gesamtkosten der unter afrikanischer Führung stehenden Militärintervention werden unterdessen auf 460 Millionen US-Dollar beziffert, von denen die afrikanischen Staaten jedoch nur rund zehn Prozent aufbringen können. Der Rest dürfte wohl zwangsläufig aus Europa und den USA kommen. *J.H.*



Zwischenruf

Woran lag es?

Der Katzenjammer in Niedersachsen CDU ist immer noch groß. Nun wird auch dieses Land durch Rot-Grün regiert, ein wichtiger psychologischer Putsch für das linke Lager hinsichtlich der Bundestagswahl im September. Es ist ein Kennzeichen der Bundes-CDU, das sie bei Wahlniederlagen die eigentlichen Ursachen nicht offen benennt. Gewiss, gelegentlich gibt es Rücktritte, wie bei der verlorenen NRW-Wahl. Das war es dann auch.

Die Wahlniederlage vom 20. Januar haben die Granden der CDU ausschließlich alleine zu verantworten. Rückblende: Im Wahlkreis Hildesheim – ein sicherer CDU-Wahlkreis – hatten die Christdemokraten einen neuen Direktkandidaten aufgestellt. Offensichtlich hatte man sich diesen Herrn nicht genau angeschaut. Der hatte seinen Lebenslauf mächtig geschönt. Das kam noch vor der Wahl heraus. Der Kandidat musste von seiner Kandidatur zurücktreten. Inzwischen war die Frist zur Aufstellung der Wahlkreisbewerber abgelaufen. Die CDU hatte in Hildesheim keinen Direktkandidaten.

Dies vor dem Hintergrund, dass weniger als 400 Stimmen ausgereicht hätten, um den Regierungswechsel in Hannover zu verhindern. Die CDU Niedersachsens war schon in der Vergangenheit dadurch aufgefallen, dass sie scheinbaren Egomane die Plattform für eine politische Karriere ermöglicht hat, wie Rita Süßmuth, Friedhelm Pflüger, Christian Wulf. Als Süßmuth gegen Gerhard Schröder bei der Landtagswahl 1990 unterlag, blieb sie doch lieber auf dem gut gepolsterten Stuhl der Bundestagspräsidentin sitzen.

Die geschrumpfte CDU-Landtagsfraktion in Hannover wird es schwer haben. Gestandene Landespolitiker wie Noch-Innenminister Uwe Schünemann und Noch-Kultusminister Bernd Althusmann gelang der Wiedereinzug in das Parlament nicht. Andere beendeten ihre politische Laufbahn. Ex-Ministerpräsident David McAllister sieht seine Zukunft eher in Berlin. Spannend bleibt, ob Rot-Grün bei der Arbeit im Landtag immer alle Mann an Deck haben wird. Eine Stimme Mehrheit ist nicht viel.

Wilhelm v. Gottberg

Die Schulden-Uhr: Spanien auf Platz 1

Innerhalb Europas werden die höchsten Aufsichtsratsvorsitzenden-Vergütungen mit durchschnittlich 1,1 Millionen Euro ausgerechnet im schuldengeplagten Spanien bezahlt. Am anderen Ende der Skala steht das eher wohlhabende Österreich mit durchschnittlich 51600 Euro. Der bundesdeutsche Mittelwert liegt mit 249000 Euro 34200 Euro über dem europäischen. Das ergab eine Studie der Hay Group.

M.R.

2.066.135.808.987 €

Vorwoche: 2.065.596.550.421 €
Verschuldung pro Kopf: 25.197 €
Vorwoche: 25.190 €

(Dienstag, 29. Januar 2013,
Zahlen: www.steuerzahler.de)

Islamisten unterwandern Opposition

Blutige Rivalitäten untereinander lähmen syrische Rebellen – Neues Feindbild »Freie Syrische Armee«

Nach dem Mord an einem Rebellenkommandanten im türkisch-syrischen Grenzgebiet durch eine verfeindete Rebellengruppe könnte der bewaffnete Konflikt in Syrien ganz neue Frontlinien bekommen. Der Aufstand gegen Assad scheint jetzt schon ins Stocken geraten zu sein.

Etwa ein Dutzend Rebellengruppen salafistischer Prägung haben sich dem Aufstand gegen Präsident Baschar al-Assad in Syrien angeschlossen und kämpfen Seite an Seite mit der „Freien Syrischen Armee“, die vor fast zwei Jahren mit dem bewaffneten Aufstand begonnen hatte. Sie tragen hochtrabende Namen, oft aus dem islamistischen Spektrum. Fast alle diese Gruppen wollen nicht nur das Assad-Regime beseitigen, sie wollen auch danach einen islamischen Gottesstaat und die Scharia einführen.

Die bedeutendste dieser islamistischen Rebellengruppe ist die Dschabhat (Front) al-Nusra. Diese trägt vor allem im Norden Syriens in den Provinzen Idlib und Aleppo die Hauptlast des Aufstandes gegen Assad. Die Dschabhat al-Nusra zählt zwischen 5000 und 10000 Mitglieder. Sie ist die mit Abstand effizienteste und kampferfahrenste aller islamistischen Rebellengruppen, weil ihre Mitglieder bereits im Irak Seite an Seite mit Al-Kaida gegen die Amerikaner gekämpft haben. Über 600 Attacken gehen auf ihr Konto, darunter auch der Anschlag in Damaskus vom Juli 2012, bei dem der halbe Sicherheitsrat von al-Assad ums Leben kam. Erst vor kurzem war es der al-Nusra-Front gelungen, den Militärstützpunkt Taftanaz bei Idlib zu erobern, einer der letzten Stützpunkte des Assad-Regimes im Norden Syriens. Die Dschabhat al-Nusra hat sich um die Jahreswende 2011/2012 bei den Kämpfen um Homs gebildet. Im September war nun jedoch einer der Anführer der Dschabhat al-Nusra bei Kämpfen zwischen Rebellenverbänden ermordet worden. Einer seiner Brüder hatte daraufhin Rache geschworen. Des Mordes verdächtigt wurde Thaer al-Wakkas, ein Kommandant der Faruq-Brigaden der

„Freien Syrischen Armee“. Am 9. Januar wurde nun al-Wakkas von einem Killerkommando der Dschabhat al-Nusra ermordet. Damit verloren die Faruq-Brigaden einen ihrer wichtigsten Führer. Sie hatten besonderen Ruhm erworben, als sie im Herbst 2011 mit Baba Amr in Homs erstmals einen Stadtteil einer Großstadt unter ihre Kontrolle brachten. In den letzten Monaten hatten sie jedoch viel Terrain an die Islamisten der Al-Nusra Front verloren.

Der Vorfall wirft ein Schlaglicht auf die Rivalitäten und Spannungen zwischen den vielen aufständischen Gruppen, die Präsident Bashar al-Assad stürzen wollen. Seit einigen Monaten hat der Aufstand an Schwung verloren. Noch keine Großstadt und auch noch keine Provinz sind ganz unter der Kontrolle der Rebellen. In Aleppo

und Homs haben die Regierungstruppen sogar wieder einige verlorene Stadtteile zurückerobert. Dafür werden Versorgungsprobleme, aber auch zunehmende Rivalitäten zwischen den einzelnen

Viel Energie für Blutrache verwendet

Gruppen verantwortlich gemacht. Die Aufständischen eint zurzeit nur ein Ziel, nämlich der Sturz von Assad. Wie es erreicht werden und welcher Staat danach zwischen dem Libanon und dem Irak ausgerufen werden soll, ist dagegen umstritten. Die mangelnde Einheit verunsichert nicht nur westliche Staaten, die grundsätz-

lich mit dem Aufstand sympathisieren.

Auch vor dem Attentat auf Wakkas waren die Spannungen innerhalb der syrischen bewaffneten Opposition deutlich zu spüren gewesen. Vor allem zwischen den hauptsächlich aus Ausländern bestehenden islamistischen Kampfgruppen und der aus syrischen Deserteuren bestehenden „Freien Syrischen Armee“, gärt es. Die Islamisten verdächtigen die „Freie Syrische Armee“, dass sich unter den Deserteuren auch eingeschleuste Assad-Anhänger befinden, die die bewaffnete Opposition unterwandern sollen. Auch scheinen die Islamisten dank ihrer militärischen Erfolge und dank ihrer Finanzquellen in den Golfstaaten über bessere Nachschubwege zu verfügen. Selbst das Nato-Mitglied Türkei scheint erkannt zu haben, dass die

Islamisten in Syrien den längeren Atem haben. Deshalb gibt es immer mehr Anzeichen, dass die Islamisten auch von türkischem Territorium aus unterstützt werden und gerade in grenznahen Gebieten, wie Ras al-Ain, neue Stützpunkte errichten. Auch dort flammen immer wieder Kämpfe zwischen Islamisten und kurdischen Selbsthilfegruppen auf.

Bei weiter ausbleibenden entscheidenden Erfolgen der Rebellen wird die Reibungsfläche zwischen den Rebellengruppen größer. Auch der Ruf nach einer gemeinsamen politischen Führung der Rebellen wird den Konflikt nicht lösen, weil Dschabhat al-Nusra wie auch alle anderen islamistischen Terrorgruppen in Syrien sich nicht dem im Dezember in Katar aus der Taufe gehobenen syrischen Oppositionsbündnis angeschlossen haben.

Dass der erste größere Konflikt zwischen den Rebellenfraktionen im unmittelbaren Grenzgebiet zur Türkei in der Nähe des großen Grenzübergangs Bab al-Hawa, der als erster im September 2012 von den Rebellen erobert worden war, stattfindet, ist kein Zufall. Der Grenzübergang, der zwar noch von der „Freien Syrischen Armee“ kontrolliert wird, aber dessen Umland bereits islamistische Kämpfer der Dschabhat al-Nusra kontrollieren, ist zum Schmugglerzentrum geworden. Die Islamisten, die vorgeben, sich den strengen Geboten des salafistischen Islam zu unterwerfen, halten den Deserteuren der „Freien Syrischen Armee“ Drogenschmuggel und Handel mit Hehlerware vor. Auch die einheimische Bevölkerung beschwert sich, dass es unter den Rebellen immer mehr korrupte Elemente gibt, die nicht aus Überzeugung gegen Assad kämpfen, sondern aus krimineller Absicht und um bessere Geschäfte zu machen. Die Islamisten dagegen, die über genügend Finanzmittel aus den Golfstaaten verfügen, teilen ihre Kriegsbeute, streng nach alten Gesetzen des Koran, mit den einheimischen Muslimen, um sich unter der einheimischen Bevölkerung Freunde zu machen. Bodo Bost



Syrien droht zum Gottesstaat zu werden: Allah spielt eine immer größere Rolle

Bild: Getty

Sehnsucht nach den Briten

Hongkong-Chinesen äußern offen Unzufriedenheit mit Peking

Es war ein Schock für Pekings Parteifunktionäre: Bei den jüngsten Massendemonstrationen zum Jahresbeginn gegen Gouverneur Leung Chun-ying wurden in Hongkong die britischen Flaggen aus kolonialer Vergangenheit geschwenkt. Präsident Hu Jintao richtete gar einen Appell an die Bevölkerung der vor 15 Jahren übernommenen, ehemaligen britischen Kronkolonie, die „Gnade und den Stolz“ mit der Volksrepublik zu teilen, „ein Chinese zu sein“.

Die politische Elite streitet derzeit, ob es sich um ein neues Autonomiestreben der Sieben-Millionen-Bevölkerung oder nur um den wachsenden Frust über den regierenden Gouverneur und eine zunehmende Stimmung gegen die Festlandschinesen handelt. Fest steht, so eine seriöse Untersuchung der City-Universität, dass die Zahl der Unzufriedenen 2012 um elf Prozentpunkte auf 46 Prozent hochgeschneit ist.

Das tiefe Misstrauen gegen Pekings Statthalter kam durch einen Antrag Hongkonger Anwälte zum Ausdruck, den Gouverneur seines Amtes zu entheben. Der Antrag scheiterte, da in der gesetzgebenden Institution mehrheitlich Befür-

worter der Volksrepublik sitzen, die von der Geschäftselite gestützt werden. Dickson Cheung, Gründer der Bewegung „Wir sind Hongkonger“, bloggte, dass viele Bürger denken, die Vergangenheit sei besser als die Gegenwart. Ströme von Festlandsbesuchern hätten die geltenden Regeln und das Preisniveau unterminiert, ja gefährdeten die ge-

Freie Wahlen soll es frühestens 2017 geben

samte Kultur der Insel. Ihnen sollte der Besuch verwehrt werden. Hongkongs Ökonomie wolle nicht leiden, sie stehe der gesamten Welt gegenüber und nicht nur dem „so genannten Mutterland“.

Horace Chin-Wan-kann, Professor an der Lingnan Universität, fordert, dass sich die Regierung in Peking aus den örtlichen Affären des Stadtstaates heraushält. Die mit Einkaufstüten beladenen Chinesinnen vom Festland, die wegen des Erwerbs der Privilegien eines Hongkongpässers ihre Kinder in den Hospitälern der Kommune zur Welt bringen wollen, müssten dar-

an gehindert werden, ebenso habe der Schmuggel von zollfreier Ware zum Festland zu unterbleiben. Immerhin der Geburtstourismus wurde jetzt verboten.

In der Tat sind die Probleme der Megacity gewachsen. Eine starke Wasserverschmutzung erhöht die Gesundheitsrisiken, fehlender Wohnraum und drastisch verteuerte Mieten addieren sich zu den politischen Problemen, die unter anderem in den Wahlvorschriften gipfeln. Nach ihnen wählt eine 1200 Köpfe große und von China eingesetzte Kommission den Gouverneur. Frühestens für 2017 oder 2020 werde es, so die Zentralregierung, freie Wahlen geben können. Unter dem von den Philippinen entlehnten Begriff „Peoples Power“ hat sich eine noch kleine militante Widerstandsbewegung gebildet. Auch die „Civil Human Rights Front“ von Jackie Hung sorgt für immer neue Proteste. Demgegenüber steht die Bewegung „Support CY, support the Government“. Mit Tausenden von Sympathisanten startet sie Gegendemonstrationen. Hongkongs Bevölkerung ist gespalten in Arm und Reich, Profiteure und Benachteiligte des Anschlusses. Der Protest geht in eine neue Runde. J. Feyrerabend

Mehr als fragwürdig

Energiesparprogramme der EU in der Kritik

Immer fragwürdiger wird das von der EU verhängte Verbot herkömmlicher Glühlampen. Auch für Energiesparlampen – bisher die gängige Alternative für die vom Markt verbannten Glühlampen – ist das Aus absehbar. Nach mehrjährigen Verhandlungen haben sich 147 Staaten darauf geeinigt, ab dem Jahr 2020 die Produktion und Verwendung von Quecksilber drastisch einzuschränken. Betroffen davon werden die Energiesparlampen sein, sie enthalten bis zu zwei Milligramm des hochgiftigen Schwermetalls.

Aber auch ohne das absehbare Verbot der Energiesparlampen waren die bisherigen Aktivitäten der EU-Kommission rund um das Glühlampenverbot schon fragwürdig genug. Nach Schätzungen kommunaler Entsorger landen 40 Prozent der Energiesparlampen in Deutschland einfach im Hausmüll, statt fachgerecht entsorgt zu werden. Auch der Einspareffekt hält sich in Grenzen. Im Schnitt entfallen in den deutschen Haushalten zehn Prozent der Stromkosten auf die Beleuchtung. Im Klartext: Die EU-Kommission hat mit viel Auf-

wand versucht, diesen geringen Anteil am Gesamtenergieverbrauch nochmals zu senken und das auch noch mit drastischen Nebenwirkungen.

Der Brüsseler Drang, Energie zu sparen, egal was es kostet, zeigt auch auf anderen Gebieten skurrile Resultate: Ein aktueller Bericht des EU-Rechnungshofs bescheinigt auch einem Fünf-Milliarden-Euro-Förderprogramm zur Energieeinsparung ein miserables Ergebnis. Dafür gedacht, durch die

Sanierung öffentlicher Gebäude in den Mitgliedsländern Energieeinsparungen zu erzielen, wurde das Programm oftmals dazu genutzt, mit EU-Geld staatliche Gebäude auf Vordermann zu bringen. Entsprechend haarsträubend fällt das Aufwand-Nutzen-Verhältnis aus. Im Durchschnitt vergehen 50 Jahre, bis sich durch die Energieeinsparungen die Kosten wieder amortisiert haben, so der EU-Rechnungshof. Hauptprofiteure des fragwürdigen Energiesparprogramms waren Italien, Tschechien und Litauen, die allein im Jahr 2011 eine Milliarde Euro kassiert haben. N.H.

Energiesparlampe vor dem Aus

Der ewige Weihnachtsbaum

Von VERA LENGSELD

Berlin baut nicht nur den größten und modernsten Flughafen Europas, es betreibt, wie die Berliner Stadtreinigung (BSR) auf ihrer Internetseite stolz berichtet, auch eine der größten Straßenreinigungsfirmen des Kontinents. Leider nicht eine der effektivsten.

Mittlerweile ist es Ende Januar und immer noch zieren ausrangierte Weihnachtsbäume vom letzten Fest die Straßenränder. Beileibe nicht nur in Problembezirken, wo sich die BSR, genau wie die Polizei, nicht mehr hintraut, nein, mitten in der Wohnstube Berlins, in der Nähe des Roten Rathauses, türmen sie sich zuhauf. Ein ähnliches Bild in den Bezirken, in denen jede verfügbare Lücke zugebaut wird, weil sie so begehrt sind. Auch hier liegen jede Menge Baumleichen herum. Je nach Witterung werden sie mal vom Wind auf den Fahrdamm geweht, mal von übermütigen Knaben dorthin gekickt. Wer Pech hat, so wie ich, wird fast in einen Auffahrunfall verwickelt, weil der Fahrer des Pkw, vor dessen Reifen die Nordmantanne landet, instinktiv ein Ausweichmanöver unternimmt, das sich auf die entgegengesetzte Fahrbahn erstreckt.

Wer glaubt, dass die Ordnungsämter Abhilfe schaffen, hat sich getäuscht. Auch wiederholte mündliche und schließlich schriftliche Fragen bewirken nichts. Immerhin konnte ich bei der Gelegenheit feststellen, dass allein der Bezirk Pankow mehr als zehn Angestellte mit den verschiedenen Anträgen, die für die Nutzung des öffentlichen Raums gestellt werden müssen, beschäftigt. Was diese fleißigen Menschen eigentlich tun, bleibt undurchsichtig. Wir können nur hoffen, dass der Bezirk genügend Yoga- und Gesprächsangebote bereitet, um die durch Unterforderung Gestressten bei Laune zu halten.

Vielleicht kommt ja einer auf die rettende Idee, die Bäume im März mit Ostereiern zu behängen. Dann wäre Berlin nicht nur sexy, sondern auch nachhaltig kreativ.

Die größte Stadtreinigung Europas, die in der Vergangenheit viel Geld in eine Imagekampagne gesteckt hat mit solch überwältigenden Ergebnissen wie: „We kehrt für you“, hat auf ihrer Internetseite eine Kummerecke eingerichtet. Hier wird der Bürger aufgefordert, Weihnachtsbäume, die nach Abschluss der BSR-Abholaktion noch gesichtet werden, zu melden. Sofortige Abhilfe wird zugesagt.

Tatsächlich bekommt man auf eine E-Mail innerhalb weniger Minuten eine automatische Antwort, in der bestätigt wird, dass dieselbe eingetroffen ist. Dann passiert nichts mehr. Die Bäume bleiben liegen.

Hat man die Hoffnung, mit dem Grün die Vermüllung der Straßen zu verdecken? Oder testet man die Belastbarkeit der Bürger für den Fall, dass der Straßenreinigung im Zuge der sich entwickelnden Energiewende das Benzin ausgeht?

Der eingebilddete Aufstieg

Peinliches Positionspapier der Berliner SPD-Spitze: Floskeln, Widersprüche, Selbstbetrug



Klaus Wowereit (Mitte), flankiert von seinen Kontrahenten Jan Stöß (l.) und Raed Saleh (r.): Der Frontmann der Berliner SPD-Linken, Stöß, nannte das von ihm mitunterzeichnete neue Programm „Berlin, Stadt des Aufstiegs“ einen Kompromiss aus „unterschiedlichen Positionen“

Bild: pa

Nach dem Flughafen-Chaos tritt Berlins SPD-Führung die Flucht nach vorne an und erfindet sich mit viel Eigenlob als Kümmererpartei in der Wohnungspolitik neu.

„Berlin, Stadt des Aufstiegs“ heißt ein elf Seiten umfassendes neues Strategiepapier der Berliner SPD-Funktionsspitze aus Klaus Wowereit, Raed Saleh und Jan Stöß. Vor allem als Wohnkonzept erdacht, ist der Punkte-katalog weder mit Partei oder Fraktion, noch mit den sozialdemokratischen Senatsmitgliedern abgestimmt. Der Tenor gibt dafür umso mehr Einblick in die neue Machtverteilung bei gleichgebliebenem Selbstbewusstsein der laut Papier „verjüngten“ Hauptstadt-SPD. Der öffentliche Wohnungsbestand soll laut den Thesen bis 2020 um 70 000 Einheiten auf insgesamt 340 000 Wohnungen wachsen, brisanterweise auch durch umstrittene Bebauung des Ex-Flughafengeländes Tempelhof.

Schon Seite eins vereint demonstrativ und übergroß die Signaturen von Wowereit und die seiner schärfsten Kontrahenten Saleh und Stöß. Letztere werden weiterhin als Nachfolger des wegen der Flughafenkatastrophe über die Parteigrenzen hinweg schwer angeschlagenen Bürgermeisters gehandelt. Gemeinsam treten die drei nun mit dem überraschend veröffentlichten Papier die Flucht nach vorne an.

Das Papier startet mit einer sozialdemokratischen Lagebeschreibung. Im dritten Jahrzehnt der Wiedervereinigung Berlins gelte es, „den sozialen

Zusammenhalt und den wirtschaftlichen Aufstieg zu gestalten“, begründen die drei ihren Vorstoß und jubeln schon mal, Wowereit habe „in unserer Stadt einen Mentalitätswandel eingeleitet“. Die Zeit vor ihm war demnach finster wegen „neoliberaler Politikansätze“ sowie eines „Strukturwandels, der viele Arbeitsplätze kostete“. „Mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit an der Spitze hat sich Berlin zu einer vibrierenden, weltoffenen und toleranten Metropole gewandelt. Hier entstehen in einem Klima der Kreativität und Innovation neue Ideen“, lautet nun die Bilanz, die auch als selbstge-rechter Abgesang auf die Ära Wowereit verstanden werden könnte.

Das Hohelied der Toleranz klingt für viele Berliner angesichts der jahrelang hochgeschnehten Zahl nächtlicher Brandstiftungen mit oft sozialen und politischen Motiven, der Attacken auf „Schwabens“ und andere vermeintlich Neureiche sowie der jüngsten tödlichen Gewalt gegen S- und U-Bahn-nutzer recht schief. Selbst in Berlins Schulpolitik, gerade erst hinsichtlich ihres Missverhältnisses von Ausgaben zu Lernergebnissen von unabhängigen Experten zur ineffektivsten Deutschlands gekürt, habe Wowereit „große Fortschritte“ erzielt.

Wegfallende Stellen, unzufriedene Lehrer, Eltern, die ihre Kinder zunehmend aus bestimmten Bezirken abmel-

den, in denen Ausländerkinder dann unter sich bleiben, all das lässt das Polit-Trio unerwähnt. Das neue Programm spielt nach Tourismuserfolgen und der wieder als „verlässlicher und stabiler Faktor“ wahrnehmbaren Industrie umgehend die soziale Karte aus. Viele hätten nämlich noch nicht Teil am Aufschwung, stellen die drei Politiker fest. Es folgt die Ankündigung eines SPD-Wohn- und Stadtteilprogramms: „Wir werden mit gezielten politischen Maßnahmen dafür Sorge tragen, dass Wohnen bezahlbar bleibt.“

Von „nachhaltigem Aufstieg“ Berlins sprechen die drei SPD-Politiker ebenso wie vom „Auseinanderdriften“ der Stadt. Doch die aktuellen Widersprüche quellen nur so heraus aus dem Text: Stolz wird vermeldet, die Liegenschaftspolitik Berlins trage dazu bei, „eine hohe Rendite“ für die Stadt zu erzielen. Dabei ist es gerade die gnadenlose Begünstigung meistbietender Investoren, welche die Mieten hochtreibt, was dieselben SPD-Größen an anderer Stelle dann wieder wortreich kritisieren.

Als Schnellschuss entpuppen sich auch die Lösungsvorschläge. Ein städtisches Mietbündnis solle von einem „sozialen Mietrecht auch auf Bundesebene“ begleitet werden. Die sonst empfohlenen Instrumente Zweckentfremdungsverbot und Mietspiegel bieten ebenfalls wenig Neues. Der oppositionelle Ton des linken Flügels be-

herrscht indes das Denken der SPD-Regierenden, die sich nun als eine Art Teil des Senats in Opposition begreifen: „Das vom Senat angestrebte Ziel, bis 2016 30 000 neue Wohnungen zu bauen“, werde „kaum ausreichen“. Landeseigene Wohnungsbaugesellschaften sollten daher expandieren. Von welchem Geld, bleibt offen. Dabei sah der bisherige SPD-Kurs gerade eine Austrocknung solcher Gesellschaften vor – Sparen hatte an der Spree Vorrang.

Als hätten Wowereit und seine Mitunterzeichner nichts aus den BER-Planungsfehlern gelernt, wollen sie, dass die Politik „Bebauungsplanverfahren mit einer Zahl von über 500 Wohneinheiten grundsätzlich an sich“ zieht. Unausgegorene „Zukunftsorte“ beleben den Text kaum. Eine „Nachnutzung des Flughafens Tegel als Standort für Urban Technologies“ leitet somit einen recht bunten Strauß Forderungen vermischt mit viel Eigenlob ein und reicht von Gründer-Messen bis zur Neugründung der Stadtwerke. „Insbesondere werden wir bei der Jugendarbeitslosigkeit ansetzen“, tönt das Trio, doch „hierbei sind insbesondere die Berliner Betriebe gefragt“. Kurzum, den Aktionismus der Nach-BER-SPD zahlen andere. Mehr städtische Investitionen plus Sparen, mehr vom Bisherigen. Die Ideologie tanzt und wird flankiert von Forderungen an den Bund, die Autobahnen A 13 und A 15 zwecks BER-Anbindung auszubauen, was Berlin bekanntlich nichts kostet. Sverre Gutschmidt

Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander

Zerstörerische Sparsamkeit

Berlin versinkt im Wasser, weil Senatspolitik die Preise hochtreibt

Wasser sparen wird als Tugend gepriesen. In Berlin erweist sich die als ökologisch gepriesene Knauerigkeit indes als Fluch. Aufsteigendes Grundwasser verursacht mittlerweile jährlich Schäden von 90 Millionen Euro an Gebäuden, schätzen Gutachter. Dass die Häuserwände immer öfter aufsteigendes Grundwasser regelrecht aufsaugen, liegt an der Sparsamkeit der Berliner Wasserverbraucher. Im Berliner Urstromtal, das quer durch die Stadt verläuft, steht das Grundwasser ohnehin besonders hoch, im Schnitt nur etwa drei Meter unter der Erdoberfläche. In einzelnen Gebieten stößt man allerdings bereits nach 50 Zentimetern auf Grundwasser.

Für Entlastung sorgten in der Vergangenheit die Wasserwerke, die Berlins Versorgung zu 90 Prozent über Brunnen im Stadtgebiet abdecken. Allerdings wird immer weniger entnommen, so dass das Bundeskartellamt die Forderung Grundwasser sehr viel stärker als

in der Vergangenheit nach oben drückt. Die Schließung von Fabriken, vor allem aber die hohen Wasserpreise und der daher sparsame Verbrauch haben dazu geführt, dass sich die Rohwasserförderung in Berlin seit 1989 fast halbiert hat.

Verbrauch fast auf vorindustrielles Niveau gesunken

Die hohen Preise sind Folge einer völlig fehlgeschlagenen Privatisierung. Inzwischen ist bei der Wasserförderung fast wieder vorindustrielles Niveau erreicht. Doch eine Umkehr der Politik ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Wenn es nach dem Senat geht, wird sich an den hohen Preisen erst einmal nichts ändern. Zwar liegt vom Bundeskartellamt die Forderung vor, die „missbräuchlich überhö-

ten“ Preise in drei Jahren um 19 Prozent zu senken – der Senat will die Auflage aber mit einem Trick umgehen: Statt dauerhafter Preissenkungen soll es einmalige Erstattungen an die Kunden geben.

Das Kalkül: Der Senat hofft, einen Prozess gegen das Kartellamt doch noch zu gewinnen und so an den bisherigen Preisen festhalten zu können. Die Knauerigkeit hat gute Gründe. Um die Privatisierung der Wasserbetriebe wenigstens zum Teil wieder rückgängig zu machen, muss Finanzsenator Ulrich Nußbaum 658 Millionen Euro in die Hand bekommen, um dem RWE-Konzern seinen Anteil wieder abkaufen zu können. Finanziert werden soll das aus den Erlösen der neu gekauften Anteile. Im Klartext: Wie bisher sollen die Berliner Verbraucher die Zeche für die völlig missratene Privatisierung der Wasserbetriebe zahlen, derweil die Fundamente der Hauptstadt im Grundwasser versacken. Norman Hanert

Zoo-Chef bleibt

Linke Kampagne ins Leere gelaufen

Eine vom „Tagesspiegel“ und der „taz“ in Szene gesetzte Kampagne gegen den Berliner Zoo-Chef Bernhard Blaszkiewitz lief vergangene Woche ins Leere. Nach einer in die Öffentlichkeit gelangten internen Aktiennotiz hieß es, Blaszkiewitz sei „frauenfeindlich“. Die Senatorin für Arbeit, Delik Kolat (SPD), forderte daraufhin seine Entlassung: „Das ist ein klarer Fall von Diskriminierung.“

Die damalige Betriebsratsvorsitzende Ursula Rahn versuchte danach, ihrem Chef am Zeuge zu flicken und suchte vergeblich in Geschäftsunterlagen nach Verfehlungen. Die Jahresabschlussprüfung durch den Wirtschaftsprüfer wurde mit einem uneingeschränkten Prüfungsvermerk versehen. Das Aufsichtsratspräsidium der Zoo AG hat beschlossen, an Blaszkiewitz festzuhalten. T.M.

Die Rache der roten »Überbleibsel«

Robbin Juhnke: „Blaszkiewitz ist ein rustikaler Typ. Natürlich fällt er dadurch bei der grünen Meinungspolizei aus dem Rahmen.“

Tatsächlich stehen ideologische Gründe hinter der Kampagne. Als Blaszkiewitz 1992 die Führung des Ost-Berliner Tierparks übernahm, kündigte er an, „alle kommunistischen Überbleibsel auszumerzen“.

Die damalige Betriebsratsvorsitzende Ursula Rahn versuchte danach, ihrem Chef am Zeuge zu flicken und suchte vergeblich in Geschäftsunterlagen nach Verfehlungen. Die Jahresabschlussprüfung durch den Wirtschaftsprüfer wurde mit einem uneingeschränkten Prüfungsvermerk versehen. Das Aufsichtsratspräsidium der Zoo AG hat beschlossen, an Blaszkiewitz festzuhalten. T.M.

Widerstand gegen Asylheim

Im sachsen-anhaltinischen Vockerode hat sich eine Bürgerinitiative gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in der Kleinstadt gebildet. Die Asylbewerber kommen aus dem nahen Möhlau. Dort war die Unterkunft geschlossen worden. Dies war neben anderem von den örtlichen Grünen gefordert worden, die eine „menschwürdige Unterbringung“ in Möhlau vermissten. Die Vockeröder klagen nun über Müllberge und Belästigungen. Michael Müller von der Bürgerinitiative: „Uns interessiert, ob es ein Limit für Vockerode gibt, und welchen generellen Plan der Kreis verfolgt.“ Die Bewohner der Unterkunft beanstanden ihrerseits den Wohnstandard in dem Asylantenheim. Seitdem deutsche Gerichte eine bessere finanzielle Ausstattung von Asylbewerbern verlangt haben, sind insbesondere aus Serbien und Mazedonien starke Zustrome zu verzeichnen. Die Anerkennungquote als politisch Verfolgten tendiert bei diesem Personenkreis gegen Null. T.M.

Zeitzeugen



Helena Benaouda – 2010 machte sich die zum Islam konvertierte Schwedin vollverschleiert mit mehreren Tausend in Schweden lebenden Muslimen auf den Weg zur Hadsch nach Mekka. Die Vorsitzende des Muslimischen Rates soll in Pakistan und Äthiopien sogar Terrorkontakte gehabt haben. Sie gilt als eine der prominentesten Konvertitinnen in Europa. Sie glaubt, dass Schweden spätestens 2050 ein muslimisches Land sein wird.

Manfred Weber – Der 1972 geborene CSU-Europaabgeordnete ist ein bekennender Konservativer, der für eine christlich-konservative und liberale Erneuerung eintritt. Gegen Kriminalität und Terrorismusgefahr will er jedoch nicht durch Gesetzesverschärfungen und Kontrollen, sondern „aus der eigenen Gesellschaft heraus“ schärfer vorgehen.



Pia Merete Kjærsgaard – Die 1947 geborene Politikerin ist Mitbegründerin und war bis 2012 Vorsitzende der Dänischen Volkspartei. Ihre Hauptziele sind, die Einwanderung zu begrenzen und die Souveränität des Landes insbesondere gegenüber der EU zu bewahren. Beim dänischen Euro-Referendum setzte sie sich 2000 erfolgreich gegen die Einführung des Euro ein. Ihre Partei, die bei den Wahlen 2011 12,3 Prozent der Stimmen erhielt, stützt immer wieder bürgerliche Minderheitsregierungen und verfolgt einen EU-kritischen Kurs. Zudem hat die Volkspartei entscheidend zu einer Verschärfung des dänischen Einwanderungs- und Asylrechts beigetragen. Kjærsgaard brachte ihre Gegner zudem mit islamkritischen Äußerungen gegen sich auf.



Muammar Gaddafi – Der gestürzte und ermordete Diktator Libyens (1942–2011) orakelte bereits vor Jahren: „Es gibt Zeichen, dass Allah dem Islam in Europa einen Sieg beschert – ohne Schwerter, ohne Gewehre, ohne militärische Eroberung. Wir brauchen keine Terroristen oder Bombenleger. Die 50 Millionen Muslime in Europa werden es in wenigen Dekaden in einen muslimischen Kontinent verwandeln.“ Der schillernde Despot, der bei Auslandsbesuchen stets in einem Beduinenzelt logierte, war ein Vertreter des arabischen Nationalismus und islamischen Sozialismus, zeitweise unterstützte er den internationalen Terrorismus und war der Initiator des Flugzeugattentats im schottischen Lockerbie.

Das Malmö-Desaster

Gescheiterte Integration: Eine Stadt wird zum Lehrbeispiel für Europa

In der schwedischen Gesellschaft gärt es. Die Geister scheiden sich an der Integrationspolitik und den besorgniserregenden Fakten einer unkontrollierten Entwicklung durch massive Einwanderung, wie sich explizit am Beispiel Malmö zeigt.

Von den heute etwa 300 000 Einwohnern Malmö sind 40 Prozent keine gebürtigen Schweden, etwa 30 Prozent Muslime. Norwegische Medien sprechen bereits vom „Chicago des Nordens“. Damit reiht sich Schweden in eine lange Liste von Städten Europas ein, in denen sich durch die Massenzuwanderung von Muslimen bedrohliche Veränderungen bemerkbar machen. So verlassen zum Beispiel gegenwärtig Hunderte von Juden Belgiens Hauptstadt Brüssel. Sie leiden unter massiven Attacken und fühlen sich in einigen Stadtteilen nicht mehr sicher. Auch in Malmö macht sich analog ein wachsender Antisemitismus breit und vertreibt jüdische Familien.

In der Tat wurde 2012 jeder vierte Bürger Opfer eines kriminellen Übergriffs, berichtet die Gesellschaft zur Prävention von Kriminaldelikten. Glen Sjögren von der Stadtpolizei schätzt, dass jeden Monat 200 Menschen auf der Straße ausgeraubt werden, ältere Mitbürger aus Angst kaum noch ihr Haus verlassen. Nur

Antisemitismus der Moslems zwingt Juden zur Flucht

zehn Tage nachdem Schwedens Prinz Daniel zum Nationalfeiertag in der Malmöer Oper die „neuen Schweden“ gefeiert hatte, wurde vor dem Gebäude der 60-jährige Göran Nilsson ermordet, als er gerade eine Polizeiwache verließ – von einem der „neuen Schweden“. Eine Polizeiwache, die solche Mordfälle untersucht, wurde in die Luft gesprengt – Zeichen einer sich ausbreitenden Anarchie, die ganze Straßen von muslimischen Jugendgangs beherrscht sieht. Aufruhr wie in

London und Paris mit brennenden Autos und ausgeraubten Ladengeschäften kennzeichnen zudem die prekäre Lage, die von den Sicherheitskräften kaum beherrscht wird. An manchen Tagen ist es nicht ratsam einen Zug oder einen Bus zu benutzen, die Kontrolleure verzichten dann darauf, Tickets zu verlangen. Die Medien berichten beschwichtigend und sprechen weiterhin von Toleranz, doch in der Bevölkerung wächst der Widerstand. Blogger wie Baron Boddissay sprechen sogar von einem drohenden Kollaps der Kommune und fürchten um ihr Leben.

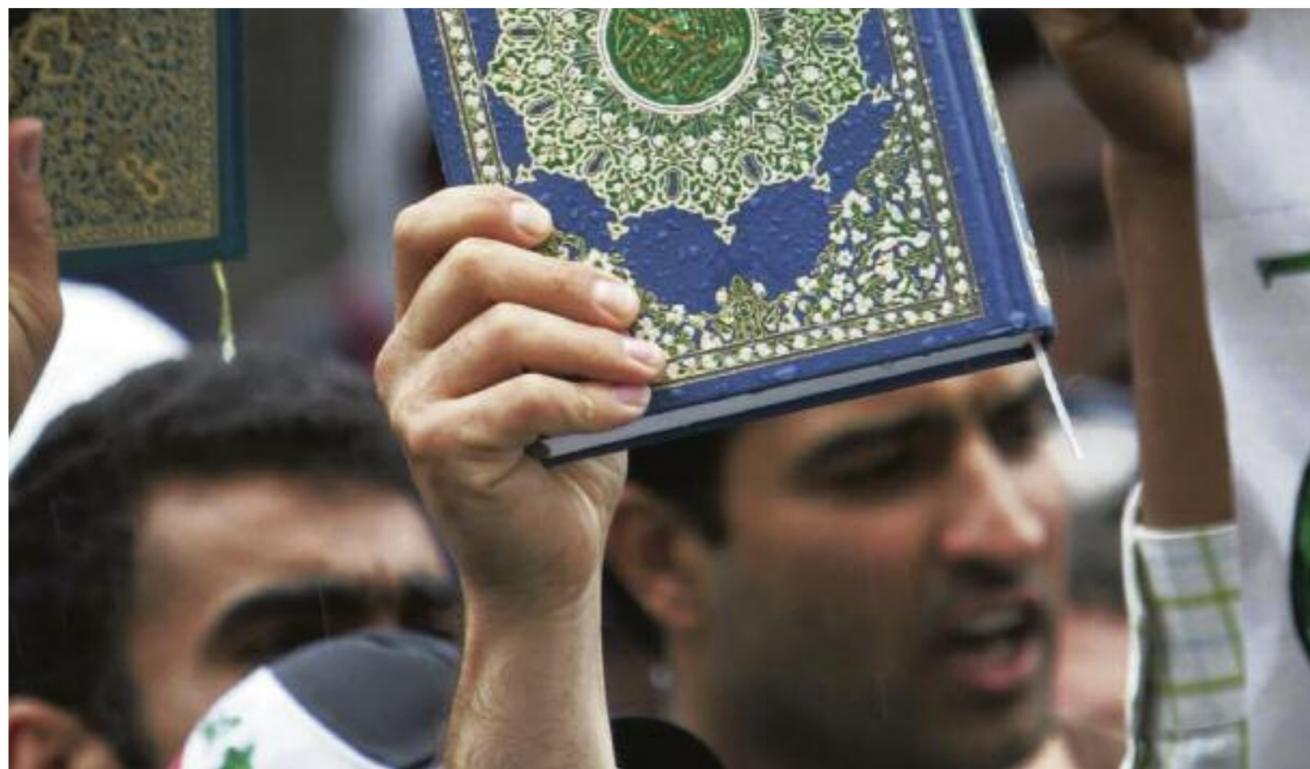
Mehr als 5000 Schweden, vorwiegend Frauen, sind bereits zum Islam übergetreten. Helena Benaouda, eine Konvertitin und die Vorsitzende des schwedischen Islamrates, spricht gar von 400 000 nicht in den offiziellen Statistiken

erfassten übergetretenen Bürgern des Neun-Millionen-Volkes.

Längst fordert „Sveriges Muslimska Förbund“, der mit 70 000 Mitgliedern größte islamische Interessenverband des Landes, eine eigene Gesetzgebung für Muslime. So gehöre der beleidigende und sündige Sexualkundeunterricht abgeschafft, müsse der gemeinsame Schwimmunterricht gestrichen und müssten spezielle Frauentage in Bädern und Saunen eingerichtet werden. Während des Freitaggebets seien Muslime von der Arbeit freizustellen und für den Bau von Moscheen müsse es zinslose Darlehen geben. Außerdem gehöre die Gleichstellung von Mann und Frau, zumindest für Moslems, gestrichen.

Das sind Warnsignale an das übrige Europa und sie machen deutlich, wie sehr durch die Immigranten des Halbmondes Gesellschaft, Justiz und Kultur von Scharia-konformen Gesichtspunkten unterwandert werden.

Joachim Feyerabend



Wenn es nach ihnen geht, ist der Koran bald auch in Schweden Gesetz: Demonstrierende Muslime

Bild: Getty

Polenkolonie im Nordmeer

Auf Island funktioniert die Ausländerintegration fast reibungslos

Auch der kleine Inselstaat Island muss sich seit einigen Jahren mit einem steigenden Einwanderungszuwachs auseinandersetzen. Der Ausländeranteil auf Island beträgt momentan fast ein Zehntel der Bevölkerung und hat sich damit innerhalb der letzten zehn Jahre verdoppelt. Unter den etwa 320 000 Isländern leben mindestens 25 000 Ausländer. Davon sind 9500 Polen, womit diese mit 36,8 Prozent aller Einwanderer die größte Minderheit bilden. Am zweit- und drittstärksten sind die Litauer und die Philippinos mit sechs beziehungsweise fünf Prozent vertreten. Doch nicht die Natur, die Ablegenheit und ein damit einhergehendes ruhigeres Leben zogen die Polen nach Island, sondern der günstige Kurs der isländischen Währung. Die Strategie war einfach. Während häufig der Großteil der Familie in Polen blieb, zogen einzelne oder wenige meist männliche Familienmitglieder zum Arbeiten nach Island. Auffällig ist, dass es deutlich mehr männliche als weibliche Polen auf Island gibt, obwohl die Zuwanderer insgesamt mehrheitlich aus Frauen bestehen. Der Trend, auf Island zu arbeiten, begann etwa 2005, als 25 Isländi-

sche Kronen nur einen polnischen Zloty wert waren. Das auf Island verdiente Geld wurde dann zu dem günstigen Kurs nach Hause geschickt. Vergleichbar ist dies mit den türkischen Gastarbeitern, die in den 1970er Jahren nach Deutschland kamen. Wenn die polnischen Familien nicht gleich mit

Größtes Problem bei der Arbeitssuche ist die Sprachbarriere

nach Island gezogen waren, kamen diese nämlich in vielen Fällen nach. Natürlich ergaben sich, wie in anderen Ländern auch, die typischen Probleme bei plötzlichen Einwanderungswellen. Erhebliche Sprachbarrieren verhindern beispielsweise häufig das Aufnehmen bestimmter Arbeiten. Laut Statistik der isländischen Ausländerbehörde sprechen nur fünf Prozent der eingewanderten Polen gut bis sehr gut Isländisch. So kommt es, dass 15 Prozent von ihnen arbeitslos sind und ein Fünftel eine Arbeit als ungelernte Reinigungskraft aufgenommen hat.

Die Finanzkrise, die 2008 besonders stark über Island hereingebrochen war, zog schwere Konsequenzen nach sich. Der früher so günstige Zloty war Ende 2009 mit 43,5 Isländischen Kronen etwa 40 Prozent mehr wert. Die Anzahl der Polen auf Island hatte 2009 noch ihren Höhepunkt mit über 12 000 Menschen; nur zwei Jahre später waren es bloß noch 9500. Obwohl die Zuwanderung und auch die absolute Zahl der eingewanderten Polen momentan rückläufig sind, haben sich viele auf Island eingelebt. Es ist zwar unvermeidlich eine Parallelgesellschaft entstanden, im Gegensatz zu vielen Minderheiten in anderen europäischen Ländern fallen die Einwanderer auf Island jedoch nicht durch erhöhte Kriminalität auf. Viele haben Kinder, die enger in die isländische Gesellschaft integriert sein werden, da es zwar Clubs, Gemeinschaften und Internetportale innerhalb der polnischen Isländer gibt, bislang jedoch keine speziellen Kindergärten oder Schulen für sie eingerichtet wurden. Die polnische Parallelgesellschaft lebt sich langsam ein, anstatt sich zu einer Gegengesellschaft zu entwickeln.

Sindri Grétarsson/M.H.

Schengen: Dänemark als Prügelknabe

Die Empörung in den Hauptstädten der EU und bei der Brüsseler Kommission war beträchtlich, als Dänemark im Sommer 2011, zehn Jahre nach seinem Beitritt zum Schengener Abkommen, Zollkontrollen wieder einführt – stichprobenartig, wie Kopenhagen klarstellte. Ziel der Maßnahme war es, den aus dänischer Sicht grassierenden Drogen- und Waffenschmuggel einzudämmen, der über die Grenzen der beiden Schengen-Nachbarn Deutschland und Schweden ins Land schwappt. Und eben keine Pass-, sondern nur Zollkontrollen, von denen „die Mehrheit aller Reisenden überhaupt nichts merken“ werde, wie ein dänischer Minister versprach.

Das beruhigte die Nachbarn kaum: Der CSU-Europaabgeord-

Still folgten später Berlin und Paris

nete Manfred Weber nannte die Kopenhagener Entscheidung „völlig unakzeptabel“. EU-Kommissionschef Manuel Barroso sah gar einen „Rückfall hinter die europäischen Verträge“. Als kaum ein Jahr später die beiden Schwergewichte der EU, Deutschland und Frankreich, forderten, ebenfalls für einen befristeten Zeitraum Grenzkontrollen wieder einführen zu dürfen, kam es zu keinerlei spürbarer Aufregung in der EU. Dies liegt womöglich auch daran, dass in Dänemark mit der „Dänischen Volkspartei“ eine von links als „rechtspopulistisch“ bezeichnete Partei an dem Grenzbeschluss beteiligt war, was eine besondere Beißwut im herrschenden Mitte-Links-Milieu der EU auslöst.

Berlin und Paris sorgen sich vor allem, weil Länder wie Griechenland und Italien ihre Grenzen nur unzureichend sichern und sie es dadurch illegalen Zuwanderern leicht machen. Viele davon reisen umgehend nach Norden weiter. H.H.

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbrief:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreussische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahltz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die *Preussische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preussischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preussischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preussischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32

Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47

Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42

Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:

www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de

anzeigen@preussische-allgemeine.de

vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:

www.ostpreussen.de

Bundesgeschäftsstelle:

lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de

Benutzername/User-ID: paz

Kennwort/PIN: 3549

Die Wahrheit hinter den Parolen

Geht es nach der Politik, sollen Frauen Karriere machen, doch die wollen das gar nicht immer

Eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) behauptet, Frauen würden aus anderen Gründen als der Diskriminierung seltener Karriere machen. Das gefällt nicht jedem.

Statt sich über die Studie des IW Köln zu freuen, nach der inzwischen 71,8 Prozent der Frauen in Deutschland berufstätig sind, reagierten SPD, Grüne und Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) zurückhaltend. Dabei hatten sich doch gerade diese Gruppierungen eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote auf die Fahnen geschrieben. Und nun kommt heraus, dass Deutschland sogar nach den skandinavischen Ländern den höchsten Wert aufweist, im EU-Durchschnitt arbeiten hingegen nur rund 65 Prozent der Frauen. Ein Haar in der Suppe wurde von linker Seite aber gefunden und zwar arbeiten gut 45 Prozent der berufstätigen Frauen in Teilzeit. Und da die Teilzeitarbeit vom IW Köln als einer der Hauptgründe genannt wurde, warum es so wenig Frauen in Führungspositionen gibt und warum sie weniger verdienen als Männer, forderte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid

Sehrbrock einen „Rechtsanspruch auf Rückkehr aus der Teilzeit“. Abgesehen davon gefällt dem DGB die Erkenntnisse des IW Köln nicht, dieses rechne „die strukturelle Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben“ klein.

Da Grüne, SPD und Gewerkschaften schon seit Jahren für mehr Chancengleichheit für Frauen am Arbeitsmarkt unter anderem mit der Forderung nach Frauenquoten kämpfen, nimmt ihnen das IW Köln den Wind aus den Segeln, wenn es behauptet, dass die unterschiedliche Höhe der Gehälter bei Mann und Frau auf Bildungsstand, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Unternehmensgröße, Art der beruflichen Tätigkeit, Be-

rufserfahrung und Branche zurückzuführen sei statt auf landesweite Diskriminierung durch männliche Chefs. Auch sei die Berufswahl für die Gehaltshöhe wichtig. Germanisten würden eben schlechter bezahlt als Ingenieure und zwar un-

ne Gründe, warum viele Mütter nicht in Vollzeit berufstätig sein wollen. „Wir können es uns finanziell leisten, dass ich mich drei Jahre um die Erziehung unserer Tochter kümmere“, so eine 33-jährige Groß- und Außenhandelskauffrau.

„Ich genieße die Elternzeit mit meinem Sohn derzeit in vollen Zügen und kann mir nicht vorstellen, diese für mich wertvolle Zeit in den nächsten Jahren gegen einen Vollzeit-Job einzutauschen“, lobt auch die 35-jährige Diplom-Ver-

Büro und wieder zurück. Vollzeit zu arbeiten ist somit unmöglich. Insofern bin ich durch das mangelhafte Kinderbetreuungssystem bei uns im Landkreis ausgebremst worden“, klagt eine 33 Jahre alte Referentin im öffentlichen Dienst.

Und die 35-jährige Bankfachwirtin Stephanie D., ein Kind (3,5 Jahre alt), sagt: „Ich arbeite bewusst 30 Stunden pro Woche, um Kind und Arbeit vereinbaren zu können. Als Frau muss man heute eigenständig am Ball bleiben, da man ansonsten in vieler Hinsicht verliert, siehe neues Scheidungsrecht oder Altersarmut. Andererseits möchte ich auch für mein Kind da sein, indem ich mit meiner Teilzeitleistung zum Beispiel nachmittags flexibler sein kann, wenn Eltern-Kind-Turnen oder Verabredungen mit anderen Kindern oder Arzttermine anstehen.“

Aber auch Müttern, die voll arbeiten müssen, weil sie beispielsweise alleinerziehend sind, steht nicht unbedingt der Sinn nach Karriere. Für sie ist die Arbeit vor allem dazu da, um Geld zu verdienen, haben sie Feierabend, rufen der Haushalt und die Kinder. Und: „Wie ist denn eigentlich Karriere definiert“, fragt die 35-

jährige Diplom-Biologin Nele G. „Ich habe nicht das Gefühl, dass ich darauf verzichte. Ich mache nur alles in einem für mich akzeptablen Rahmen“, so die alleinerziehende Mutter zweier Kinder, die sich jetzt Fotografin und Webentwicklerin selbstständig machen will.

Doch all diese Argumente tangieren die Politik wenig. Für sie ist die Chancengleichheit von Frauen ein beliebtes und ideologisch besetztes Thema im Wahlkampf. Am 8. März will die SPD ein bürokratisches Gesetz gegen Lohnungleichheit vorstellen, die Union legt wenig später auch eines vor. Ziel ist es, die Frauen zu „befreien“, ob sie wollen oder nicht. *Rebecca Bellano*



Stressig: Vor der Arbeit schnell das Kind in die Kita bringen und abends wieder abholen

Bild: photothek

abhängig vom Geschlecht. Da Frauen aber eher soziale Berufe und weiche Studienfächer wählten – nur 30 Prozent der Studenten der Studienfächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik sind Frauen –, sei es eine logische Folge, dass sie dann später auch weniger verdienen würden. Zudem sieht das IW Köln die hohe Teilzeittätigkeit von Frauen als wesentlichen Grund, warum Frauen insgesamt weniger verdienen. Doch, so die Wissenschaftler des arbeitgebernahen Instituts, würden die meisten Frauen sich mehr oder minder freiwillig hierfür entscheiden.

Bereits ein Blick in wenige Hamburger Büros offenbart verschiede-

„Meine Karriere kann ich auch später noch fortsetzen“, fährt sie fort, „und würde, so lange meine Tochter noch klein ist, lieber in Teilzeit arbeiten, damit ich mehr Einfluss auf ihre Erziehung neh-

PAZ sprach mit Müttern über Motive

men kann.“ Auch eine 31-Jährige Diplom-Betriebswirtin will sich in der für ihr Kind wichtigen Kleinkinderzeit nicht vorrangig um ihre berufliche Karriere kümmern und hat deswegen die Position der Ausbildungsleiterin in einem weltweit agierenden Konzern aufgegeben.

waltungswirtin Simone K. die Zeit mit ihrem Kind. „Ein anderer Grund, nicht wieder in Vollzeit anzufangen ist, dass weder meine Eltern noch Schwiegereltern in der Nähe wohnen, um bei Krankheit und Arztbesuchen oder ähnlichem spontan einspringen zu können“, ergänzt sie und spricht damit ein Problem an, das in der Diskussion um mehr Betreuungsplätze außen vor bleibt. Denn in die Krippe können nur gesunde Kinder, nur sind gerade kleine Kinder oft krank. Zudem stellen selbst vorhandene Betreuungsplätze ein Problem dar: „Die einzige Kita bei uns in der Region öffnet um 7.30 Uhr und schließt um 15 Uhr. Ich benötige eine Fahrzeit von einer Stunde ins

Mit zweierlei Maß

Eschweiler: Muezzin ruft, Glocken schweigen

Allahu akbar – „Gott ist groß“ – dieser Ruf soll künftig jeden Freitag im nordrhein-westfälischen Eschweiler ertönen. Die Stadt reiht sich damit in die Riege derjenigen deutschen Kommunen ein, in denen öffentlich per Muezzinruf zum Moscheebesuch aufgefordert wird. Bei einem Festakt am 11. Januar anlässlich des ersten Gebetsaufrufs waren neben

Eschweilers Bürgermeister Rudi Bertram (SPD) weitere Vertreter der Stadt, aber auch der Generalkonsul der Türkei aus Köln und weitere türkische Offizielle anwesend. Bereits im Dezember hatte der Eschweiler Stadtrat einstimmig einem entsprechenden Antrag für einen Muezzinruf der Moscheegemeinde, die über die Vereinigung Diti an die türkischen Religionsbehörde angebunden ist, stattgegeben – trotz kritischer Stimmen, wie der Bürgermeister einräumte. Verbunden wurde die Genehmigung an die Gemeinde mit der Vorgabe, eine bestimmte Lautstärke nicht zu überschreiten. Wahrscheinlich durch negative Erfahrungen anderer Kommunen angeregt, wurden technische Vorkehrungen zur Einhaltung zur Auflage gemacht.

Auf deutlich weniger Toleranz und Entgegenkommen scheint in Eschweiler unterdessen die katholische Pfarrkirche St. Bonifatius im Stadtteil Dürwiß zu treffen. Bereits seit vergangenen November verzichtet die Pfarrgemeinde darauf, in den Nachtstunden die Turmuhr der Kirche schlagen zu lassen. Der Anlass: Eine Interessengemeinschaft von Anwohnern hatte sich über die Lautstärke der Glockenschläge des Kirchturms beschwert, so der Pfarrbrief „Bonifatiusbote“.

Obwohl der Gemeindepfarrer Osnowski gegenüber der „Aachener Zeitung“ von „großem Unverständnis und auch Empörung“ bei Bürgern und Gemeindegliedern berichtete, sah die Gemeinde aus Angst vor rechtlichen Konsequenzen keinen anderen Weg, als die Turmuhr nachts verstummen zu lassen. Während in der Vergangenheit die fast 600 Jahre alte Bonifatius-Glocke im Kirchturm jede Viertelstunde angeschlagen hat, bleibt sie künftig in der Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr stumm. Nichtsdestotrotz wünschte sich Eschweilers Bürgermeister Bertram in einer Ansprache während des Festakts weiterhin offene Gespräche und Toleranz. *N.H.*

Toleranz ist nicht für alle das

Die Kanzeln leeren sich

Deutschland geht der Priesternachwuchs aus – Weltweit besteht aber kein Personalmangel

In Deutschland sinkt die Zahl der Kandidaten für das katholische Priesteramt dramatisch. Schon bald werden viele Pfarrstellen unbesetzt bleiben müssen. Der Ruf nach Reformen oder der Aufhebung des Zölibats erscheint jedoch vorschnell, da im Ausland die Zahl der Priesterbewerber wächst.

Von 2006 bis 2010 sank die Zahl der potenziellen Neupriester von 201 auf 127 Personen, hat die katholische Deutsche Bischofskonferenz (DBK) mitgeteilt. In einzelnen Diözesen sieht es besonders schlimm aus. Von den 23 Kandidaten im Erzbistum Hamburg, so der Leiter des Priesterseminars, Thomas Benner, sind kurz vor Beendigung der Ausbildung sechs junge Männer abgesprungen, so dass sich derzeit nur noch 17 auf den priesterlichen Dienst in dem Bistum von 400 000 Seelen im äußersten Norden Deutschlands vorbereiten. Wie viele von ihnen tatsächlich Priester werden, ist unsicher. In den 27 Bistümern Deutschlands waren es im Vorjahr nur noch 80 Männer und 16 weitere im Bereich der Orden, die tatsächlich geweiht wurden. So sinkt seit Jahren die Zahl der Priester in Deutschland, von 17 783 (1998) auf 14 847 Priester (2011) laut der Statistik der DBK. Dieser Rückgang von etwa 20 Prozent in 13 Jahren

erschien verkraftbar, wenn nicht der Altersdurchschnitt bereits so hoch wäre. In manchen Diözesen kann man die Priester unter 35 Jahren an einer oder zwei Händen abzählen.

Anstatt den Priesterberuf attraktiver für junge Menschen zu machen, reagierten die deutschen Bischöfe auf diese bedrohliche Entwicklung mit eher gegenteilig wirkenden strukturellen Maßnahmen. Sie begannen schon vor einigen Jahren mit der Fusion von Kirchengemeinden zu Großgemeinden, die heute bereits große Gebiete und bis zu 20 000 Mitglieder umfassen können. Auch mit Priestern aus dem Ausland versuchte man, die Lücken in der Versorgung zu stopfen, die oftmals bei den Gläubigen, allein schon wegen fehlender Sprachkenntnisse, weniger akzeptiert sind. Unter diesen Strukturereformen litt nicht nur die persönliche Verbindung der Gläubigen zu ihrem Pfarrer, sondern zugleich wurde auch die Arbeit des Pfarrers unattraktiver, da dieser nun in fünf oder sechs Kirchen für

Gottesdienste zu sorgen hat und die Sakramente spenden muss.

Auf jene, die sich für den Beruf des katholischen Priesters interessieren, wirken diese Nachrichten abschreckend. Auf diese verfahrenere Situation mit der Zulassung von verheirateten Männern und auch Frauen zum Priesteramt zu reagieren, wie es von einigen „Reformkatholiken“ gefordert wird, ist aber wegen der weltkirchlichen Lage nicht möglich. In Indien, vielen Ländern Afrikas oder Asiens stoßen solche Reformvorschläge auf Ablehnung. Man kann dort nicht verstehen, warum der Priesterberuf unattraktiv sein sollte. Priesterseminare in Indien, Nigeria oder Uganda können sich vor Bewerbern kaum retten. Weltweit hat sich die Zahl katholischer Priester allein in der Zeit des Pontifikats von Johannes Paul II. (1978–2005) von 200 000 auf 400 000 verdoppelt. Auch in den Ländern Skandinaviens gibt es im Verhältnis etwa fünfmal so viele Kandidaten für das Priesteramt wie im Erzbistum Hamburg.



Priesterweihe

Bild: O. Lang/Globe

MELDUNGEN

Strom wird komplizierter

Berlin – Um das Stromnetz stabil zu halten, müssen Übertragungsnetzbetreiber wie Tennet Angebot und Nachfrage ausgleichen, doch das wird schwieriger. Tennet musste 2012 knapp 1000-mal eingreifen, um einen Stromausfall zu verhindern. 2010, vor der Energiewende, waren es nur 290-mal. Diese Eingriffe haben bisher zwar ihren Zweck erfüllt, kosten jedoch Geld, was der Stromverbraucher bezahlt. An dessen Geld will auch Eon-Chef Johannes Teyssen, da sonst von anderer Seite ein Stromausfall drohe. Über bei Bedarf einsetzbare Gaskraftwerke könnten die schwankungsintensiven erneuerbaren Energien bei Flaute ausgeglichen werden. Doch Gaskraftwerke brächten so kaum Gewinn, es sei denn, der Verbraucher zahle für ihre Existenz statt für ihre erbrachte Leistung. *Bel*

Überwachung für »Lohnungleichheit«

Berlin – Nachdem die SPD angekündigt hat, am 8. März, dem Weltfrauentag, ein „Entgeltgleichheitsgesetz“ vorzustellen, bei dem es darum geht, vermeintliche Gehaltsunterschiede von Männern und Frauen (siehe Aufmacher) zu beheben, nimmt sich auch die CDU des Themas an. Die SPD plant, dass Betriebe mit mehr als 15 Mitarbeitern künftig ihre Bezahlungsstrukturen offenlegen. Sollte dabei offenbar werden, dass Frauen weniger verdienen als Männer, sollen die Unternehmen dies begründen oder Strafe zahlen. Auch die CDU lässt derzeit an einem Gesetzestwurf zu Unisex-Löhnen arbeiten, denkt aber auch über eine Verschärfung der Rechenschafts- und Dokumentationspflichten von Unternehmen nach. Eigentlich sind Löhne und Gehälter Thema für Gewerkschaften, deren Tarifverträge aber auch keinen Unterschied zwischen Mann und Frau bei der Bezahlung machen. *Bel*

MELDUNGEN

Mit Waffen für Entschädigung

Santiago de Chile – Das Indianer-volk der Mapuche in der chilenischen Region Araukanien begehrt auf: Seit Jahresbeginn tobt eine Welle der Gewalt mit Überfällen, Landbesetzungen, Mord und Brandschatzung im Süden des Landes und macht selbst vor Schulen nicht halt. Der streitbare Indiostamm fühlt sich von Chiles weißen Bürgern entrechtet. Er will nun mit Waffengewalt eine Wiedergutmachung erzwingen. Manche der weißen Grundbesitzer geben angesichts der Gefahr bereits auf und veräußern ihr Land an die Regierung, die die indigene Bevölkerung mit Forst- sowie Staudammprojekten verärgert hat und den Naturschutz außer Acht lässt. Von den einst 30 Millionen Hektar Land verblieben den Indios gerade mal 250 000 Hektar. Die Mapuche sind die wichtigste indianische Minderheit in Chile. Sie machen etwa fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung von rund 17 Millionen aus. *J.F.*

EU-Millionen für Millionär

Sofia – Über 3,2 Millionen Lewa – umgerechnet 1,6 Millionen Euro – an EU-Fördergeldern kann sich der erfolgreichste Musikproduzent Bulgariens, Mitko Dimitrow, freuen. Obwohl dessen Plattenfirma „Payner Music“ nach eigenen Angaben auf einen Marktanteil von 80 Prozent kommt, soll das Unternehmen EU-Gelder zur Förderung der Konkurrenzfähigkeit erhalten. Gegen Dimitrow, zu dessen Firmenimperium auch der Musiksender „Planeta TV“ und die Franchise-Diskothekekette „Planeta Payner“ gehören, sind inzwischen Vorwürfe laut geworden, die EU-Fördergelder an ihn seien nur deswegen geflossen, weil er Mitglied der regierenden Partei GERB sei. *N.H.*

Einer Studie des Bundesnachrichtendienstes (BND) zufolge sollen die USA bis 2020 größter Ölexporteur der Welt werden. Möglich werden soll dies durch Vorkommen an Öl und Gas in Schiefergestein, die nun durch neue Förder-techniken erschließbar geworden sind. Zweifel an der Prognose sind angebracht, doch zugleich geraten andere mögliche US-Pläne in den Blick.

Die vertrauliche BND-Studie, zu der anscheinend die Nachrichtagentur Reuters Zugang hatte, wirft in Bezug auf die Prognosefähigkeit der Schlapphüte aus Pullach und Berlin gleich mehrere Fragen auf. Bemerkenswert spät scheint man beim BND auf die steigende Öl- und Gasförderung in den USA aufmerksam geworden zu sein. Die Entwicklung hält bereits mehrere Jahre an, inzwischen wachsen bereits die Zweifel, ob der Energieboom nachhaltig sein wird. Einer der renommiertesten Kritiker, „Öl-Guru“ Art Berman, hat erst unlängst die Selbstversorgungs-Euphorie in den USA regelrecht zerpfückt. Die Ölförderung aus Schiefer zählt zu den teuersten und kompliziertesten Förderverfahren überhaupt, so Berman. Auch wenn die Branche nicht gern darüber spricht, klar ist inzwischen, dass ein extremer Aufwand nötig ist und zwar dauerhaft. Die Fördermengen gehen schon nach wenigen Jahren an den einzelnen Förderstellen drastisch zurück. Die Folge: immer neue Bohrtürme und damit neue Kosten. Das Fazit Bermans: Allein um die erreichte Fördermenge dauerhaft stabil zu halten, sind künftig „astronomische“ Summen nötig. Zweifelhaften Wert hat die BND-Studie allerdings auch im Hinblick auf eine andere Prognose.

Nach dieser würden die USA wegen des neuen Energiereichtums das Interesse an der Golfregion verlieren. Realistisch dürfte wohl eine andere Entwicklung sein. Der steigende Selbstversorgungsgrad schafft den USA ein Zeitfenster für eine historisch einmalige Möglichkeit, nämlich eine komplette Umgestaltung des Mittleren und Nahen Ostens. Die eigene hochgeschraubte Ölförderung – ergänzt durch Importe aus Mexiko und Kanada – sichert zumindest einige Jahre lang

Kolleg in Rom zu Schulungszwecken und für Planspiele Landkarten im Gebrauch, auf denen ein

Zwietracht schwächt die Ölstaaten

Staat „Kurdistan“ eingezeichnet war. Ein drastischer Protest anwesender türkischer Offiziere war die Folge. Auch die aktuelle Ent-

annt nach seinem Verfasser, Oded Yinnon, einem hochrangigen Mitarbeiter des israelischen Außenministeriums, wird in dem Papier eine Strategie entworfen, wie eine israelische Überlegenheit durch Umgestaltung der gesamten Region zementiert werden kann. Zentrum des Plans: Die Zerschlagung des Iraks in einen kurdischen und zwei arabische Staaten – einen für die Schiiten, einen für die Sunniten.

Die Entwicklung ist unter dem Stichwort „Föderalisierung“ in-

dan und Libyen – eine Auflösung der staatlichen Strukturen angekündigt. Sogenannte „Failed states“ – gescheiterte Staaten – die vom Rest des Kontinents isoliert sind. Ein Blick auf die Lage in Libyen und vor allem Ägypten lässt den 30 Jahre alten Yinnon-Plan verblüffend aktuell aussehen. Vertieft und überarbeitet wurde das Yinnon-Konzept im Jahr 1996 von US-Hardlinern um Richard Perle, die für Benjamin Netanjahu eine israelische Strategie für das Jahr 2000 ausgearbeitet hatten. Titel der Studie: „Clean Break“ (Sauberer Bruch). Auch hier, – wie im „Peters-Plan“, den ein US-Militär im Jahr 2006 vorgelegt hat – finden wir das Konzept einer vollständigen Zerstückelung des Nahen Ostens. Der „Balkanisierung“ – der Schaffung von Kleinststaaten – folgt die „Finnlandisierung“: Die Beherrschung und Unterwerfung durch die USA als Schiedsrichter.

Zumindest für diese Weltregion ausgedient hat dann das Konzept Multikulti. Entstehen sollen rein sunnitische und schiitische Staaten, die verfeindet sind und sich so gegenseitig in Schach halten. Der entscheidende Berührungspunkt, an dem die Umbaupläne für den Mittleren und Nahen Osten – meist aus den Reihen der israelfreundlichen Falken, unter den US-Republicanern – und die aktuellen Außenpolitik Obamas zusammenkommen, ist der Gegner China. Nach den USA ist

das Reich der Mitte mittlerweile zweitgrößter Ölverbraucher der Welt. Der weitaus größte Teil der chinesischen Öleinfuhren stammt aus dem Mittleren Osten. Sollten US-Pläne für einen „Neuen Mittleren Osten“ eines Tages Erfolg haben, dann würde das energiehungrige China in der Falle sitzen. *Norman Hanert*



Nahost: Wo Krieg herrscht, gibt es keinen geregelten Handel

Bild: Getty

eine Unabhängigkeit gegenüber Ölpreisschocks.

Pläne für eine „große Lösung“ im Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika liegen längst in den Schubladen. Dass es sich dabei nicht um Verschwörungstheorien handelt, wurde im Jahr 2006 deutlich. Türkischen Presseberichten zufolge waren im Nato-

wicklung in Nordafrika, im Irak oder Syrien, lässt die Vermutung aufkommen, dass es sich bei dem, was Geo-Strategen aus den USA und Israel in der Vergangenheit an Konzepten vorgelegt haben, mehr als um bloße Gedankenspiele gehandelt hat.

Bereits aus dem Jahr 1982 datiert etwa der Yinnon-Plan. Be-

nerhalb des Irak längst im Gange. Ebenfalls Teil des Konzepts für ein „neues Umfeld“ Israels: Länder wie Äthiopien, Uganda und Kenia werden als Bollwerke gegen die islamischen nordafrikanischen und arabischen Staaten in Stellung gebracht. Für Nordafrika selbst wurde von Yinnon – ausgehend von Ägypten über den Su-

Schmutzige Wäsche in Kiew

Timoschenko erneut angeklagt – lebenslängliche Haft droht

Das Lager des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch lässt in der Sache Julia Timoschenko nicht locker: Nachdem die ehemalige Ministerpräsidentin wegen Amtsmissbrauchs zu sieben Jahren Haft verurteilt worden und der Prozess wegen Steuerhinterziehung läuft, erklärte Generalstaatsanwalt Viktor Ptschonka auf einer Pressekonferenz, gegen Timoschenko werde offiziell wegen Mordes ermittelt. Sie soll vor 16 Jahren an der Ermordung des Abgeordneten Jewgenij Schtscherban mitgewirkt haben. Gemeinsam mit Ex-Regierungschef Pawel Lasarenko soll sie Mafia-Boss Alexander Militschenko mit der Beseitigung Schtscherbans für eine Summe von 2,8 Millionen Dollar, die zum großen Teil von ihr aufgebracht wurde, beauftragt haben. Jewgenij Schtscherban, seine Ehefrau und zwei Techniker wurden im Flughafen Donezk erschossen.

Laut Staatsanwaltschaft war das Motiv ein rein wirtschaftlicher Interessenskonflikt. Timoschenko war 1995 der Aufstieg an die Spitze des Energiekonzerns „Vereinigte Energiesysteme der Ukraine“ (EE-SU) gelungen, was ihr den Namen „Gasprinzessin“ einbrachte. Pawel Lasarenko, damals Premierminister, soll eine Verordnung des Ministerkabinetts vorangebracht ha-

ben, die vorsah, dass jedes Gebiet der Ukraine nur einen Erdgaslieferanten haben durfte, und die jedes Unternehmen verpflichtete, nur bei diesem Lieferanten zu dessen Preis zu kaufen. Der liberale Politiker Schtscherban hinderte Lasarenko und Timoschenko an der Umsetzung ihrer Pläne. Mit Hilfe des Gouverneurs des Donezsk-Ge-

Mordmotiv: Ausschaltung eines Konkurrenten

biets wurde der „Industrielle Verband des Donezbeckens“ mit Sitz in Donezk zum regionalen Erdgaslieferanten erklärt.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt, weil Ruslan Schtscherban, der Sohn des Ermordeten, im Herbst 2012 erklärt hatte, Beweise für die Beteiligung Timoschenkos an der Ermordung des Vaters vorlegen zu können. Oppositionelle aus Timoschenkos Partei „Vaterland“ sehen in den Anschuldigungen den Versuch der Regierung, sowohl die Oppositionsführerin als auch deren Partei zu diskreditieren, um sie auszuschalten. Dafür spricht die Tatsache, dass Timoschenko zurzeit isoliert in ihrer Zelle sitzt. Ihrer Tochter wurde der Kontakt ver-

wehrt, gegen den Anwalt Wlasenko soll ebenfalls ein Verfahren wegen verschiedener Straftaten eingeleitet werden. Timoschenko klagt über eine Verschlechterung ihres Gesundheitszustands, sie glaubt, dass sie bestrahlt und vergiftet wird. Es drohe Lebensgefahr, sagen diejenigen, die zuletzt Zugang zu ihr hatten. Regierungsvertreter unterstellen Timoschenko allerdings, zu simulieren, um dem Prozess zu entgehen.

Für Janukowitsch bringt eine Mordanklage gegen Timoschenko Vorteile, denn die Ratifizierung des für die Ukraine wichtigen Assoziierungsabkommens mit der EU wurde wegen des Falls ausgesetzt. Sollte sich der Mordverdacht erhärten, kann man dem Präsidenten nicht mehr vorwerfen, das Verfahren sei politisch motiviert. Dass die Regierung eine Schlammschlacht plant, lässt der Hackerangriff auf die E-Mail-Konten von Tochter Jewgenija Timoschenko, bei deren Veröffentlichung auch die deutschen Ärzte der Charité, die Timoschenko im vergangenen Jahr behandelten, in Misskredit gebracht worden sind, vermuten.

Jean-Paul Mignon, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, den die Opposition um Hilfe gebeten hatte, will sich in Kürze in Kiew ein Bild von der Lage machen. *M. Rosenthal-Kappi*

Schlechtes Vorbild

Schwarze Kassen bei Spaniens »Saubermännern«

Während in der spanischen Bevölkerung der Unmut über weitere Sparrunden wächst, braut sich bei der regierenden Partido Popular (Volkspartei) ein ausgewachsener Korruptionsskandal zusammen. Mittlerweile gilt nicht einmal als ausgeschlossenen, dass der Skandal Premierminister Mariano Rajoy am Ende die Macht kosten und Spanien in eine politische Krise stürzen könnte.

Im Zentrum der Vorwürfe steht der langjährige Schatzmeister der Volkspartei, Luis Barcenás. Einem Bericht der Tageszeitung „El Mundo“ zufolge, die den Skandal unter Berufung auf anonyme Informanten ins Rollen gebracht hat, soll Barcenás schwarze Parteikassen unterhalten haben. Während die Regierung Rajoy lautstark den Kampf gegen die in Spanien grassierende Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung propagiert, wurde nun bekannt, dass in der Partido Popular Steuerhinterziehung gang und gäbe war und zwar jahrzehntelang. Bereits seit 20 Jahren wurden an führende Parteifunktionäre Zuwendungen zwischen 5000 und 15 000 Euro gezahlt – an der Steuer vorbei, de facto also ein zweites „schwarzes“ Gehalt. Genauso anrüchig ist allerdings auch die Herkunft der Gelder: Bestechungsgelder von Baufirmen an die Partei

sowie angebliche anonyme Spenden.

Barcenás ist für die spanische Justiz kein Unbekannter. 2010 trat der Parteischatzmeister zurück, als Vorwürfe laut wurden, er habe 1,6 Millionen Euro an Schmiergeldern in die eigene Tasche gewirtschaftet. Ermittlungen des Nationalen Gerichtshofes haben inzwischen erge-

Schwarzarbeit bekämpfen wollen, aber den Staat beklauen

ben, dass Barcenás bis zum Jahr 2009 zeitweise bis zu 22 Millionen Euro auf einem Schweizer Konto versteckt hatte.

In Erklärungsnot wegen der Zustände in seiner Partei kommt mittlerweile auch Premierminister Rajoy. Zwar steht er nicht im Verdacht, selbst von den steuerfreien „Sonderzahlungen“ aus dubiosen Quellen profitiert zu haben, allerdings soll er die Zustände in der Partei lange geduldet haben. Erst im Jahr 2009 soll von ihm die Anweisung gekommen sein, die illegale Praxis der schwarzen Kassen zu beenden, so die anonymen Aussagen ranghoher Parteifunktionäre. Dass Rajoy die Affäre unbeschadet übersteht, gilt nach diesen Vorwür-

fen nicht mehr als sicher. Politische Sprengkraft könnten auch noch die Ermittlungen wegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung gegen Ex-Schatzmeister Barcenás entwickeln, die von der Madrider Staatsanwaltschaft inzwischen aufgenommen wurden.

Es ist nicht der einzige Skandal, der in Spanien derzeit für Wirbel sorgt. In Katalonien musste die Partei Unió Democràtica de Catalunya (UDC) – der christlichdemokratische Flügel der Regierungallianz Convergència i Unió (CiU) – eingestehen, sich an EU-Geldern bereichert zu haben. Bereits in den 90er Jahren sollen vom regionalen Arbeitsministerium – damals unter einem Minister der UDC – Gelder an ein parteinahes Unternehmen geflossen sein. In Rechnung gestellt wurden EU-geförderte Kurse für Arbeitslose – tatsächlich landeten aber umfangreiche Summen in der Parteikasse der UDC.

Dass angesichts von landesweiten Ermittlungen gegen 300 Politiker das Vertrauen der spanischen Bevölkerung auf einen absoluten Tiefpunkt gesunken ist, dürfte kaum verwunderlich sein. Einer aktuellen Umfrage der Zeitung „El País“ zufolge sehen mittlerweile rekordverdächtige 96 Prozent der befragten Spanier ein hohes Maß an politischer Korruption im Land. *N.H.*

Subventionen als Lebenselixier

Die EU ist nicht einmal in der Lage, ihre Agrarförderung zu reformieren, dabei ist das dringend notwendig

Brüssels Agrarreform schwankt zwischen einer Bürokratie für wachsende Ökolandwirtschaft und dem Status Quo – die Systemfrage bleibt ungestellt.

Europa steht eine Agrarreform bevor. Die Gelder für die Landwirtschaft stellen mit rund 40 Prozent (2012) traditionell den größten EU-Haushaltsposten dar. Doch trotz Euro-Krise und europaweitem Spardruck aus Brüssel sollen die 2012 gezahlten 59 Milliarden Euro für die Landwirtschaft auch künftig kaum sinken oder gezielter verteilt werden. Umweltaktive und viele Bauern sehen daher eher ein Reförmchen. Ökologen bemängeln dessen anhaltende Ausrichtung an Weltmarkt und Massenproduktion. Anderen Landwirten geht die Reform schon zu weit. Der Verbraucher verliert angesichts der agrarpolitischen Pirouetten von ökologischer Komponente („Greening“) bis zum undurchsichtigen System verschiedener EU-Kassen für Subventionen den Überblick. Dabei geht es um den Preis gesunder Nahrung wie Landwirtschaft.

„Sie sind der VIP ihres MEP!“, ruft die Lobbygruppe „meine-landwirtschaft.de“ Verbrauchern zu. Wie ein Prominenter solle man die Europaabgeordneten (MEP) jetzt mit Anfragen bestärken, selbstbewusst nachhaken, vor allem freitags und zwischen dem 11. und 15. Februar, wenn die Abgeordneten sich ihren Wahlkreisbüros widmen. Im März entscheidet das Europaparlament und damit jeder Abgeordnete über die Reform. Die Lobby-Gruppe ist nur eine von vielen in der EU, die den anstehenden Agrarkurs noch ändern will. Das scheint aus mehreren Gründen dringend nötig. Seit Jahren bereitet Brüssel eine grundlegende Reform vor, bisher ohne Erfolg. Wo viel Geld über lange Zeiträume verteilt wird, haben sich Gewohnheiten und Abhän-

gigkeiten eingeschlichen. Viel des letztlich aus Steuern finanzierten EU-Geldes versickere als kaum geprüfte Zahlung pro Hektar bewirtschafteten Landes, so Kritiker. Statt Zuwendungen an Auflagen wie Landschaftspflege zu knüpfen, erhielten vor allem die Landbesitzer Geld aus Brüssel, außerdem alle, die viel Fläche mit Massenproduktion bearbeiteten und somit kaum Unterstützung bräuchten. Immerhin sollte die Umwelt profitieren: 30 Prozent der Mittel sollten über das sogenannte „Greening“ gebunden an umweltgerechte Bewirtschaftung den Bauern zugeteilt werden. Doch nach manchen Änderungen in den Gremien der EU ist von dem Vorstoß des EU-Agrarkommissars Dacian Cioloş wenig übrig.

„Es ist wichtig, dass bewilligte Mittel wirtschaftlich sinnvoll ver-

wendet werden und einer strikten Haushaltsdisziplin unterliegen“, fordert das Bundesfinanzministerium in seinem Internetauftritt zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Davon scheint die Gemeinschaft weiter entfernt denn je. Der Euro-

»Greening«-Konzept soll Umweltfreunde befriedigen

päische Rechnungshof kritisierte jüngst viele Ungereimtheiten und manche Verschwendung im Agrarsektor. Brüssel hatte teils ungewollt und ungeprüft Landwirtschaftsmittel für Wohnhäuser und Industrie locker gemacht. Allein fünf Milliarden Euro flossen zudem 2011 in die Landwirtschaft Osteu-

ropas aus dem Topf „Single Area Payment Scheme (SAPS)“ mit der einzigen Bedingung, dass die Flächen in wirtschaftlich gutem Zustand sein mussten. Auch hier sprudelten laut Rechnungshof Mittel ungeprüft, kassierten Landbesitzer, die selbst nichts bewirtschafteten. Doch die wiederholte Kritik der Rechnungsprüfer hatte bisher kaum Einfluss auf die Reform.

Das Brüsseler Zuwendungssystem sei nur teilweise nachvollziehbar, bemängelt auch die Organisation „farmsubsidy.org“. Sie listet die bekannten und damit vor allem die großen Empfänger Brüsseler Agrarmittel auf. Kleinere und mittlere Empfänger hält die EU anonym. Die Höhe der einzelnen Fördermittel wie die Nutzer überraschen. Die britische Königin erhielt aus Brüssel demnach seit

1999 gut elf Millionen Euro. Deutsche Großbetriebe wie Nordmilch und Südzucker profitieren ebenfalls ganz groß. Aber auch Gefängnisgärtnereien wurden bezuschusst. Brandenburgs Landesumweltamt bekam seit 2002 über 31 Millionen Euro. Dem Verbraucher ist kaum zu vermitteln, wozu ein Staatsoberhaupt, agrotechnische Großbetriebe sowie Behörden sein aus Brüssel verteiltes Steuergeld als Hilfe brauchen.

Prämien für die Stilllegung von einstigem Acker- und Weideland sind ein weiterer aktueller Streitpunkt. Ilse Aigner (CSU), Bundesministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz, fordert einen neuen Reformentwurf. „Sieben Prozent ökologische Vorrangfläche brachliegen zu lassen, das wäre absurd.“ Cioloş Mitarbeiter reagieren mit neuen „Greening“-Vorschlägen, Kennziffern und Prozentzahlen. Vor allem die EU-Kommission sowie die Lobbygruppen prägen somit das bis 2020 gültige Reformpapier. Die grundsätzlichen Mängel der EU-Agrarwirtschaft kommen nicht auf die Tagesordnung. Nur die Debatte ums „Greening“ nimmt Fahrt auf: Bauernverbände begrüßen die jüngste Abschwächung des Prinzips durch den Ausschuss des EU-Parlaments. Die Klärung der Frage, wie viel Fläche pro Betrieb brach bleiben und trotzdem bewirtschaftet werden dürfen, solange nur mineralische Dünger zum Einsatz kommen, bessert aber kaum die Umweltbilanz noch schmälert sie die Bürokratie. Auch die jüngste Demonstration für eine umweltgerechte Reform der Reform spart das Grundproblem aus. Gegen Bienensterben und Agrarfabriken gingen in Berlin laut Kampagnennetzwerk Compact 25 000 Menschen auf die Straße. Konventionell wie „bio“ wirtschaftende Landwirte, die auf Subventionen verzichten, haben in Brüssel indes keine Lobby. SV



Es geht vor allem ums Geld: Sinnhaftigkeit und Effizienz spielen keine Rolle

Bild: pa

KURZ NOTIERT

Deutsche Sparer stehen noch vergleichsweise gut da: Laut einer Umfrage, die im Auftrag der Direktbank ING-DiBa erfolgt ist, haben ein Drittel der Deutschen keinerlei nennenswerte Ersparnisse. Die anderen zwei Drittel hingegen verfügen zum Teil über beachtliche Summen, die sie auch über die Finanz- und Euro-Krise bisher erfolgreich haben retten können. Anders sieht es indessen in Ländern wie Spanien und Italien aus. Dort gab es zwar auch viele sparsame Bürger, doch vor allem die Mittelschicht ist aufgrund von Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen gezwungen, diese zu „verfrühstücken“, so dass sich bei gut der Hälfte der Sparer das Vermögen im letzten Jahr deswegen verringert hat. Bel

Flucht aus Frankreich I: Der französische Vermögensverwalter Carmingnac plant Teile seines Fondsmanagements nach Luxemburg zu verlegen. Der konzernunabhängige Fonds verwaltet rund 50 Milliarden Euro von Anlegern. Da die geplante Reichensteuer der Regierung von Präsident François Hollande in Frankreich hochbezahlten Mitarbeitern ihr Nettogehalt drastisch reduziere, sollen derartige Positionen vor allem in Luxemburg angesiedelt werden. Bel

Flucht aus Frankreich II: Der geplante Umzug des französischen Ex-Präsidenten Nicolas Sarkozy mit seiner Frau nach London sorgt in Frankreich für massiven Unmut. Offiziell will Sarkozy vor der geplanten Reichensteuer mit einem Spitzensteuersatz von 75 Prozent fliehen, Kritiker unterstellen jedoch, er wolle der Justiz aus dem Weg gehen, die wegen Korruption gegen ihn ermittelt. Bel

Flucht aus Frankreich III: Frankreichs reichster Staatsbürger, Bernard Arnault, hatte angekündigt, die belgische Staatsbürgerschaft anzunehmen, auch um so keine Steuern an Frankreich mehr zahlen zu müssen. Doch sein in den Medien mit viel Aufmerksamkeit verfolgter Plan lässt sich vorerst nicht in die Tat umsetzen. Arnault muss zuvor mindestens drei Jahre in Belgien gelebt haben, das ist jedoch nicht der Fall. Bel

Opfer der Energiewende

Immer mehr Firmen wird das Offshore-Geschäft zum Verhängnis

Gewaltige Zukunftspotenziale“ bescheinigt Bundesumweltminister Peter Altmaier der Offshore-Windenergie. Dennoch bleiben Unternehmen der Branche auf der Strecke oder ziehen sich aus dem Offshore-Geschäft zurück. 2010 stieg die SIAG Schaafl Industrie AG in dieses Geschäftsfeld ein und wollte mit der Übernahme der Thyssen Nordseewerke das größte Offshore-Komponentenwerk in Europa mit 700 Angestellten gründen. Einer der ersten Aufträge kam vom Anlagenhersteller Areva Wind. Zusammen mit dem Stahlbauer Weserwind und dem Erdtebrücker Eisenwerk sollte die SIAG Nordseewerke GmbH die 40 Dreibeinfundamente für den Offshore-Windpark „Global Tech I“ bauen. 2012 zeichnete sich jedoch ab, dass die Aufträge nur bis Mai 2013 reichen würden und das Kapital für den laufenden Geschäftsbetrieb fehlt. Letztlich musste Insolvenz angemeldet werden. Das auf die Serienproduktion von Fundamenten und Türmen ausgerichtete Unternehmen stieß mit seinen Überkapazitäten auf ungünstige Rahmenbedingungen. Die Errichtung von Offshore-Windparks geht nämlich langsamer voran als von der Bundesregie-

rung geplant. Durch ungeklärte Haftungsfragen, wer die Risiken bei einer verspäteten Anbindung der Anlagen ans Stromnetz zu tragen hat, verzögert sich der Netzausbau und lässt Investoren beim Einstieg in den milliardenschweren Markt zögern.

Im Vorfeld der Niedersachsenwahl warf der SPD-Spitzenkandi-

Haftungs- und Risikofragen verzögern den Netzausbau

dat Stephan Weil der CDU/FDP-Landesregierung vor, dass sie ein Unternehmen aus einer zukunfts-trächtigen Branche drängen würde, weil das Land keine Kredite bewilligen wollte. Der Europaabgeordnete Matthias Groote (SPD) sah sogar die gesamte Energiewende in Gefahr. Übersehen wurde, dass beispielsweise der Anlagenbauer Nordex sich aus dem Offshore-Geschäft aufgrund des schlechten Verhältnisses zwischen Ertrag und Risiko zurückgezogen hatte. Ordnungspolitische Gründe oder eine verfehlte Unternehmensstrategie bei SIAG wurden aufgrund der

bevorstehenden Wahl erst gar nicht angesprochen. Die jetzt anstehende Übernahme der SIAG Nordseewerke durch DSD Steel aus dem Saarland garantiert lediglich den Erhalt von 240 Arbeitsplätzen, weitere 150 will ThyssenKrupp Marine Systems übernehmen. Olaf Lies, designierter SPD-Wirtschaftsminister in Niedersachsen, will die Dauer der Transfergesellschaft für die übrigen Arbeiter von drei auf sechs Monate verlängern und dafür zwei Millionen Euro aus Landesmitteln bereitstellen.

Um den Ausbau der Windparks voranzubringen, beschloss der Bundestag Ende 2012 die sogenannte Offshore-Haftung. Die Entschädigungspflicht bei einer verzögerten Netzanbindung ist auf 17,5 Millionen Euro je Schadensereignis gegenüber den Windparkbetreibern begrenzt, so dass die darüber hinaus gehenden Kosten über eine „Entschädigungsumlage“ auf die Stromverbraucher abgewälzt werden. Dass damit wirklich Planungssicherheit für die Unternehmen besteht, darf angezweifelt werden. Zu überhastet ging die Bundesregierung die Energiewende an und vergaß dabei, einen vernünftigen ordnungspolitischen Rahmen zu setzen. Ulrich Blode

Bankenaufsicht à la française

Paris leitet EZB ungeprüft falsche Zahlen weiter

Deutschland muss bei der Besetzung eines wichtigen EU-Postens erneut zurückstecken. Chefin der neu entstehenden europaweiten Bankenaufsicht bei der EZB wird die Französin Danièle Nouy. Deutsche Hoffnungen, wenigstens über die Personalpolitik Einfluss auf die wichtige neue Behörde nehmen zu können, haben sich damit weitgehend in Luft aufgelöst – durchgesetzt hat sich erneut eine knallharte Interessenpolitik Frankreichs. In Brüssel wird die Berufung der Französin als Gegenleistung dafür gewertet, dass Frankreich die Ernennung des niederländischen Finanzministers Jeroen Dijsselbloem zum neuen Euro-Gruppenchef akzeptiert hat.

Der personelle Zugriff auf die EU-Bankenaufsicht ist allerdings nicht der einzige französische Verhandlungserfolg. Bevor Dijsselbloem auch von Paris akzeptiert wurde, hatte Frankreichs Finanzminister Pierre Moscovici eine regelrechte Unterwerfungsgeste vom Niederländer verlangt. Als die Berufung Dijsselbloems bereits als gemachte Sache galt, blockierte Moscovici die Ernennung und verlangte eine schriftliche Festlegung des Niederländers zu zentralen Euro-Fragen. Dijsselbloem beugte

sich dem Druck. In einem sechsseitigen Brief kam er französischen Wunschvorstellungen – etwa für nachhaltiges Wirtschaftswachstum sorgen zu wollen – weit entgegen.

Kaum vorstellbar ist, dass von deutscher Seite eine ähnliche Forderung an die französische Kandidatin für die EU-Bankenaufsicht Nouy gestellt werden könnte.

Es ging um den Wert von Schuldscheinen

Dabei sind Zweifel an der Eignung Nouys – bisher Chefin der Aufsichtsbehörde der französischen Zentralbank – durchaus angebracht. Nur kurze Zeit vor ihrer Berufung sind ausgerechnet auf dem französischen Bankensektor umstritte Praktiken und ein Versagen der Zentralbank in Paris bekannt geworden. Konkret geht es um Ungereimtheiten auf dem Markt für kurzlaufende Schuldscheine, den sogenannten „Commercial Papers“. Vor allem französische Großbanken greifen gern auf diese Anleihen mit Laufzeiten zwischen einigen Tagen bis zu

einem Jahr zurück, um sich zu finanzieren. Damit nicht genug: Auch der weltweit zweitgrößte Vermittler von „Commercial Papers“, die Euroclear Bank, hat ihren Sitz auf französischen Boden. Bei der Aufsicht des Marktes hat die französische Notenbank damit eine zentrale Rolle und sie hat bei ihrer Kontrollfunktion massiv versagt.

Wie nun bekannt wurde, hat sich die französische Zentralbank weitgehend blind auf Angaben von Euroclear verlassen, ohne selbst zu prüfen. Das Resultat: In nachweislich 113 Fällen hat die französische Zentralbank falsche Daten an die EZB nach Frankfurt weitergeleitet. Mehr als ein Formfehler: Die Schuldscheine der Banken lassen sich bei der EZB als Sicherheit für Kredite verwenden, de facto eine Lizenz für frisches Geld. Die „irrtümliche Datenübermittlungen“ der französischen Zentralbank hatte zur Folge, dass die EZB die vorgelegten Anleihen höher beliehen hat, als es vorgesehen war. Die Unregelmäßigkeiten dürften kaum ein gutes Omen für die EU-Bankenaufsicht unter dem Dach der EZB sein. Schon jetzt scheint nicht einmal auf die Zusammenarbeit der EZB mit der französischen Zentralbank Verlass zu sein. N.H.

Selbstverleugnung

Von Rebecca Bellano

Wir sind bald das letzte Bundesland mit Studiengebühren. Muss man das noch weiter ausführen“, klagt Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer über die Studiengebühren, die seine Partei 2007 selbst eingeführt hat. Zwar hat der CSU-Chef nicht selbst das Volksbegehren gegen Studiengebühren, das dieser Tage abließ, mit unterzeichnet, das wäre doch zu viel der Selbstverleugnung gewesen, es wurde aber deutlich, dass es in der CSU viele gibt, die die von der Opposition geforderte Abschaffung begrüßen würden.

Und warum? Ist man nun in der Partei grundsätzlich gegen

Studiengebühren? Wohl eher nicht. Das unterfinanzierte Hochschulsystem freut sich über jeden Euro und der Freistaat will auch nur ungern finanziell einspringen, schließlich ist doch ein ausgeglichener Haushalt ein hohes Ziel. Aber im Herbst sind in Bayern auch Landtagswahlen und unzufriedene Studenten kosten Wählerstimmen. Dass andere Wähler dieses peinliche Geschacher um Stimmen durchschauen und dass dies die CSU vielleicht noch mehr Stimmen kostet, scheint man in München nicht zu erkennen. Immerhin, das ist zumindest eine Gemeinsamkeit mit der Schwesterpartei CDU.

Die Lüge siegt

Von Michael Leh

Pravda vitezi“ – „Die Wahrheit siegt“, steht auf dem Wappen des tschechischen Präsidenten. Alexandra Mostyn schrieb in der „tageszeitung“ („taz“) zu Recht: Wenn Milos Zeman die Präsidentschaftswahlen gewinnt, sollte er den Wahlspruch ändern: „Lez zvitezila“ – „Die Lüge hat gesiegt“. Zu den vielen Lügen über Schwarzenberg gehörte eine ganzseitige Anzeige in der auflagenstärksten tschechischen Zeitung „Blitz“, die ein früherer Angehöriger des Prager Geheimdienstes schalten ließ. Darin hieß es, Schwarzenberg bereite den Boden „für die Rückgabe des Eigentums an die Nachfahren der Kriegsverbrecher“. Schwarzenberg stellte Strafanzeige, doch die gerade auch von Zeman betriebene Angstkampagne zeigte nicht nur in den früher sudetendeutsch besiedelten Gebieten Wirkung.

Der älteste Sohn von Václav Klaus verbreitete die Lüge, der Vater Schwarzenbergs hätte mit den Nationalsozialisten kollaboriert. Klaus erklärte, er werde Schwarzenberg die kritischen Aussagen über Benesch „nie verzeihen“. Auch dass Schwarzenberg als Elfjähriger mit seinen Eltern aus Prag vor den Kommunisten floh, verwendete er gegen ihn.

Zeman selber ist in antideutscher Hetze seit Langem geübt. So hatte er schon 2002 zynisch erklärt, mit ihrem „Abschub“ hätte man den Sudetendeutschen nur einen Wunsch erfüllt: „Sie wollten ‚heim ins Reich‘, und dahin gingen sie auch.“ Viele von ihnen hätten Landesverrat begangen, worauf eigentlich die Todesstrafe gestanden hätte: „Wenn sie also vertrieben oder transferiert worden sind, war das milder als die Todesstrafe.“

»Nie wieder Krieg« ist perdu

Von Manuel Ruoff

Die westliche Wertegemeinschaft ist doch verlogen. Im Rahmen des Geschichtsunterrichts wurden wir im Westen Deutschlands mit dem Bild „Guernica“ konfrontiert. Als allerdings vor zehn Jahren die Führungsmacht des Westens im UN-Sicherheitsrat Stimmung für ihren geplanten Angriff auf den Irak machen wollte, wurde die Kopie im Vorraum des Sitzungssaals verhängt (siehe Seite 10).

Ähnlich paradox verhält es sich mit einem anderen runden Jahrestag, der gerade hinter uns liegt: 50 Jahre Elysée-Vertrag. Wir haben uns in der Bundesrepublik daran gewöhnt, mit Zugeständnissen an Paris, beispielsweise bei der Währungspolitik, der EU-Agrarpolitik oder der Bevorzugung frankophoner Entwicklungsländer durch die EU, die französi-

sche Freundschaft beziehungsweise Frankreichs Wohlwollen zu erstreben. Nun kann man durchaus der Ansicht sein, dass der Frieden es uns wert sein sollte,

Nun fordern die Freunde: »Germans to the front«

haben, sind verständlicherweise verblüfft, dass ihnen ihre Friedensliebe nun als Feigheit vorgeworfen wird. Dabei hat das alles System. Es gibt drei Möglichkeiten, wie sich die Deutschen verhalten können: Sie kämpfen gegen den Westen, sie kämpfen überhaupt nicht oder sie kämpfen für den Westen. Nach den Befreiungskriegen gegen das

Überhaupt wirkt die Erwartungshaltung gegenüber uns Deutschen seitens unserer Freunde im Westen irritierend. Viele Bundesbürger, die in der Nachkriegszeit die Erziehung zum Frieden und die Kritik an der angeblichen Kriegslüsternheit ihrer Nation ehrlich verinnerlicht

haben, sind verständlicherweise verblüfft, dass ihnen ihre Friedensliebe nun als Feigheit vorgeworfen wird. Dabei hat das alles System. Es gibt drei Möglichkeiten, wie sich die Deutschen verhalten können: Sie kämpfen gegen den Westen, sie kämpfen überhaupt nicht oder sie kämpfen für den Westen. Nach den Befreiungskriegen gegen das

napoleonische Frankreich, dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 und den beiden Weltkriegen herrschte im Westen die Erfahrung vor, dass die Deutschen gegen den Westen und dessen Interessen kämpfen. Von daher lautete die Devise in der von den Westalliierten besetzten Alt-Bundesrepublik: „Nie wieder Krieg.“ Mittlerweile jedoch gelten die Deutschen offenkundig als derart erfolgreich in den Westen eingebunden, um nicht zu sagen domestiziert, dass diese Tradition beendet scheint, sich der Westen kämpfende Deutsche nur noch an seiner Seite und in seinen Diensten vorstellen kann. Folgerichtig lautet die von den ehemaligen Kriegsgegnern vorgegebene Devise an die Deutschen nun: „The Germans to the Front“ (Die Deutschen an die Front).



Carl Röchlings Gemälde „The Germans to the Front“: Bei der Niederschlagung des sogenannten Boxeraufstandes in China griff der Westen in der Person des britischen Expeditionskorpsleiters Admiral Sir Edward Hobart Seymour, von dem der Befehl stammt, gerne auf militärische Hilfe aus Deutschland zurück und viele Deutsche waren auch noch stolz darauf

Bild: BpK

Das ganze Land ist in Alarmstimmung. Wir müssen gesünder leben, gesünder essen, weniger essen, nur naturbelassene Lebensmittel essen. Am besten gar nichts essen (Heilfasten). Durch die Supermarkt-Lautsprecher hallen die Durchsagen, die uns mitteilen, dass diese Eier nur aus ökologischer Bodenhaltung stammen. Die Hähnchen natürlich auch. Mit solchen Albernheiten wie „Milch von glücklichen Kühen“ hält sich niemand mehr auf, dazu ist die Lage zu ernst, und die in Jahren grüner Mitregierung seit 1998 gezüchtete Angst, etwas Falsches zu kaufen oder zu verkaufen, viel zu groß. Fangen wir gleich an mit dem grünen Tee. Verhindert angeblich Krebs. Der Umsatz steigt. Außerdem gehört er zu den fair bezahlten indischen Produkten. Also nicht mehr glückliche Kühe, sondern glückliche Inder. Und Indios. Denn der Kaffee stammt auch von fair bezahlten Produzenten, Schokolade und Kakao längst. Na also, geht doch. Längst beschränkt sich die Aufklärung nicht auf die linken Blättchen und die professionell aufgeregten, immer wie kurz vor dem Weltuntergang Alarm schlagenden Magazinsendungen. Skandal im Hühnerstall. Neue Tiermisshandlungen!



Moment mal!

Eine Verbesserung der Volksgesundheit ist nicht festzustellen

Auch in der Bodenhaltung nicht genug Platz zum Scharen, das bedeutet „Stress“ für unsere kaum noch gefiederten Freunde. Längst hat sich die Müslifraktion von den Sitzbänken der strickenden grünen AbgeordnetInnen aus über das ganze Land verbreitet. Da will keiner mehr zurückstehen, auch Aldi, Lidl und Penny nicht. Längst ist die Angst mit im Billigangebot. „Bild“ brachte letzte Woche gleich auf zwei Seiten alles über die 100 gesündesten Nahrungsmittel. Fürs Herz. Gegen Krebs. Fürs Immunsystem.

Eigentlich kann man da nichts mehr falsch machen. Was aber, wenn die noch so

glücklichen Hähnchen ja eines Tages geschlachtet werden? Der letzte Schrei aus tiefer Not ist deshalb – „Keine Tiere essen!“

Essen Sie noch „Tiere“? Dann haben Sie den „Spiegel“, den „Stern“, das Fernsehen, das Internet zur Grünen Woche in Berlin nicht wahrgenommen. Zur Eröffnung der Messe durch Ministerin Ilse Aigner (CSU) stürmten Tierschutz-Aktivistinnen mit Bildern von „Haftbedingungen in den Tierfabriken“ und skandierten: „Wir haben Ilse Aigner satt!“ Die Betonung liegt auf dem Wort „satt“. Die Tierschützer sind – im Gegensatz zu einem Drittel der Erdbevölkerung – satt. Sie haben schon gegessen, wenn sie nun, wie der NRW-Umweltminister Rammel, die kleinen Leute ermahnen, höchstens zweimal in der Woche Tiere, aber dann nur „gutes“ Fleisch zu essen, von dem man genau weiß, wo es herkommt. Woher? Sie haben es erraten! Vom Biobauern.

Die heutigen „Bionahrungsmittel“, in großen Mengen in ganz Deutschland konsumiert, stammen häufig aus dem Ausland, beispielsweise aus Spanien, Italien oder aus Nordafrika und werden dort kaum und vom Zwischenhandel nur lasch kontrolliert. Die jeweils aufgedruckten Garantie-Sprüche („Tend aus biodynamischem Anbau“ etc.) sind eben so wenig einlagbar wie das „strahlendste Weiß meines Le-

Löcher im Immunschirm

Von KLAUS RAINER RÖHL

bens“. Alles in Butter. Diätmargarine mit garantiertem Cholesterinsenker. Aber nun kommt das Problem.

Rund eineinhalb Milliarden Chinesen, von der Ming-Dynastie bis Mao hauptsächlich von Reis und Gemüse lebend, freuen sich gar nicht mehr über die Frohkost, sondern wollen auch an die Fleisch-töpfe. Die anderen Völker werden folgen, während die Vegetarier Tofu-Ente (die gibt es!) essen und die Frutarier Äpfel aufsameln. Und jede Menge Vitamine und Nahrungsergänzungspillen in der Apotheke kaufen, ohne die sie gar nicht lange überleben könnten.

Wenn es nach dem außerordentlich gestiegenen Konsum an Vollwertkost sowie Bionahrung und Bioheilmitteln (wie Echinazinn und dem scheußlich stinkenden Combyzym) ginge und die angepriesenen „Überlebensmittel“ eine so positive Wirkung hätten, müsste eine statistisch spürbare Verbesserung der Volksgesundheit die Folge sein. Das ist jedoch nicht der Fall. Im Gegenteil, der Anteil psychisch Kranker oder sich krank Fühlender hat erheblich zugenommen. Neue Krankheitsbilder schießen wie Pilze aus dem Boden. Befindlichkeiten! Alltagsprobleme werden zu seelischen Störungen erkannt und müssen behandelt werden. Millionen Menschen werden so über Nacht zu Krankheitsfällen. Eine Entwicklung, wie sie ähnlich bei den Geistheilern und Psychotherapie-Gruppen zu verzeichnen ist. Ihre Zahl hat sich ver-hundertfacht.

Tiere nicht essen? Denn es sind ja tote Tiere, also eigentlich Leichen, die man da isst! Woran erinnert mich das? An 1943. Die Nationalsozialisten hatten auch eine Müsli-Fraktion, und waren in manchem die Vorläufer der Grünen und Alternati-

ven. Und der oberste Führer war bekanntlich ihr Vorbild. Der Führer war Abstinenzler und Vegetarier. Und es gab Gurus wie heute. Wanderprediger zogen übers Land und hielten Vorträge an den Schulen. Die fanden 1943 während der Unterrichtszeit in der Aula unserer Oberschule in Danzig-Langfuhr statt. Da belehrte uns der vom Kriegsdienst freigestellte Aufklärer: „Ein Ei ist ja praktisch ein totes Küken. Wenn Sie ein Ei kochen, haben sie in Wirklichkeit den Tod im Topf!“ Das war besonders grotesk, weil es damals kaum mal ein Ei zu kaufen gab. Ein Ei zum Frühstück, welche Ausnahme! Das sollte nun der Tod im Topf sein. War es ein besonderer Zynismus von Goebbels, uns auch diese letzte Freude zu vermiesen? Möglich, denn er förderte auch eine Vortragsreihe über das Fletschern, das auch heute noch gelegentlich von unerbittlichen Gesundheits-Fanatikern empfohlen wird. Fletschern hieß: jeden Bissen 25-mal kauen. Nur dann würde die Nahrung erst richtig verdaut. Die Methode stammt von dem amerikanischen Ernährungswissenschaftler Horace Flet-

scher, der 1910 die Kaumethode am eigenen Gaumen ausprobierte und später Millionen mit Vorträgen verdiente. Auch er predigte den Verzicht auf Fleisch.

Den Endsieg für Goebbels hat auch das Fletschern nicht gebracht. Aber es stellt sich die Frage: Wie hat das deutsche Volk sechs Jahre Krieg ohne grünen Tee überstanden? Die meisten unserer eingebildeten Krankheiten gab es in Stalingrad nicht. Aber Hunger, schwere Verwundungen, Erfrierungen und Tote.

Am Ende der Marsch in die Gefangenschaft. Von den 107 800 Soldaten der 6. Armee, die heute vor 70 Jahren in russische Gefangenschaft gerieten, blieben knapp 6000 übrig. Die anderen hatten keine Befindlichkeitsstörungen und keine Lö-

Wie sind wir bloß ohne grünen Tee durch den Krieg gekommen?

cher im Immunschirm und keine Macke an der Backe. Sie sind verhungert oder erfroren, wurden erschossen oder erschlagen. Die Überlebenden des Krieges bauten aus Trümmern das Wirtschaftswunder auf – übrigens unter starker Beteiligung der Vertriebenen. Die Generation der Hypochonder wurde erst geboren, als alles fertig war.

Heute gibt es seit vielen Jahren Hilfe für die neu geschaffenen Krankheiten: Selbst-erfahrungskurse, Tantra, Reiki, Tai Chi, Re-Birthing, Bachblütenkur und pränatale Fußreflexzonenmassage für ungeborene Kinder, Stresstraining für Kleinkinder und „Kitas“ für Hunde. Eine ganze Helfer- und Heiler-Industrie ist aus dem Boden geschossen und voll beschäftigt. Jedes zweite oder dritte Kind in den Kitas hat eine Betreuerin. Doch die vielen Betreuerinnen müssen allmählich selber psychisch betreut werden. Der Bedarf an Betreuern wächst geometrisch. Frage: Geht es den Fleischverweigerern, den Tofu- und Grünkernessern und ihren Kindern nun wirklich besser? Ich weiß nicht recht.

Goldiger Nebeneffekt

Die Stadt und ihr Festival – Wie Berlin und die vom 7. bis 17. Februar stattfindende Berlinale sich gegenseitig befruchten

Hauptsache dabei sein, egal, was läuft. Die Berlinale lockte das Publikum zuletzt oft nur mit dem Ruf als weltbekanntes Filmfestival an und weniger mit herausragenden Filmen. Profiteur ist vor allem die Stadt Berlin, die sich über Millioneneinnahmen durch die Festivalbesucher freuen kann.

Anders als ihre beiden Schwestern, die Filmkunst-Festivals in Cannes und Venedig, bietet die Berlinale kein sonnenbeschienenes Meer vor den Kinopalästen, auch kein glamouröses Flair oder eine Renaissance-Kulisse. Stattdessen bietet es niedrigere Temperaturen und eine höhere Zuschaueranzahl. Es ist das größte Publikumsfilmfestival überhaupt. Schon deshalb wird die Stimmung auch im 63. Jahr der Berlinale wieder gespannt sein.

Dann tummeln sich unter der hängengelassenen Weihnachtsbeleuchtung am sterilen Potsdamer Platz anstelle der flanierenden Touristen aufgeregt diskutierende Festivalfans, ein großer Teil von ihnen mit Akkreditierungskarten und Berlinale-Taschen bestückt. Hier und da bilden sich Trauben, Kameras blitzen auf, weil gerade irgendein bekanntes Filmgesicht das Auto, Kino oder Hotel verlässt. Hier ein Empfang, da eine Preisverleihung, dort ein Interview, wie etwa der tägliche „Nighttalk“ von Radio Eins in der Cinemaxx-Lounge. Es summt und brummt draußen wie drinnen.

Lange Menschenschlangen ziehen sich durch die Potsdamer Arkaden hin zu den kleinen Kartenhäuschen, selbst vor den Schaltern mit den im Voraus bezahlten Tickets. Oft ist der

gewünschte Film nach der Wartezeit ausverkauft, dann wird eben etwas anderes genommen und sei es ein noch so schwacher, unverständlicher Beitrag. Die Hauptsache ist, dabei zu sein, wenn der Vorhang aufgeht und sich explodierende Sterne zu einem Bären formieren. Das Publikum ist auffallend unkritisch und die preisgekrönten Filme sind selten Publikumsrenner.

Denn alle, die nur Verdacht laufen, Mainstream-Unterhaltung zu bieten, laufen im Wettbewerb sowieso schon außer Konkurrenz, wie dieses Jahr „Before Midnight“ von Richard Linklater, der das bereits dritte Techtelmechtel zwischen Julie Delpy und Ethan Hawke inszeniert, oder die Romanverfilmung „Nachtzug nach Lissabon“, die mit Jeremy Irons, Melanie Laurent und Martina Gedeck prominent besetzt ist.

Auch das Martial-Art-Epos „The Grandmaster“, welches das Festival eröffnet, läuft außerhalb der Wertung. Es soll bloß kein Verdacht der Vetternwirtschaft aufkommen. Denn schließlich ist der Regisseur des Films, Wong Kar-Wai, zugleich Präsident der Jury, die entscheidet, welche der 19 Filme im Wettbewerb den Goldenen oder die Silbernen Bären erhalten. Der Wettbewerb bietet den üblichen Themenmix: entweder introvertierte Geschichten oder politisch Ambitioniertes.

Da spielt Juliette Binoche eine in die Irrenanstalt verfrachtete „Camille Claudel 1915“. Oder es suchen im Auswanderer-Drama „Gold“ von Thomas Arslan, dem einzigen deutschen Regisseur im Rennen, Nina Hoss und Uwe Bohm 1897 in Kanada ihr Glück.

Das in einer nuklear verseuchten Wüste spielende Drama „Dark Blood“ entstand schon vor 20 Jahren und wurde erst jetzt von dem inzwischen 80-jährigen Autorenfilmer George Sluizer fertiggestellt. Grund: Hauptdarsteller River Phoenix verstarb während der Dreharbeiten.

seinem Drama „Promised Land“ auf. Hier geht es um die risikobehaftete Gewinnung von Schiefergas. Matt Damon kommt als Vertreter eines Gaskonzerns mit den Landbewohnern Pennsylvanias und mit sich selbst in Konflikt.

Weitere Gesellschaftsbetrachtungen bieten die 52 Filme im

Die noch individuellere Sektion „Forum“ präsentiert auffallend viele Filme aus Osteuropa. Die „Homage“ ist diesmal Claude Lanzmann gewidmet. Neu bei dieser Berlinale ist die Reihe „NATIVE“ für indigene Filme.

Am beweglichsten und experimentierfreudigsten ist die Unter-

damer Platz bezieht die Berlinale besucherfreundlich lauter klassische Orte in der ganzen Stadt ein.

Die Kinder- und Jugendfilmreihe „Generation“ nimmt Platz im Haus der Kulturen der Welt, der „Talentcampus“ mit Studenten und berühmten Experten im Theater „Hebbel am Ufer“, das „Kulinarische Kino“ im Martin Gropius Bau, die Reihe „Berlinale Spezial“ mit anschließenden Diskussionen im Friedrichstadtpalast und im Haus der Berliner Festspiele. Die Retrospektive, diesmal dem „Weimarer“ Filmstil gewidmet, nutzt das Zeughauskino im Deutschen Museum. Die Reihe „Berlinale goes Kiez“ trägt neben einem „fliegenden roten Teppich“ die Wettbewerbsfilme zu den verborgenen, kleinen „Kiezkinos“ von Weißensee bis Babelsberg. Abwegig ist dies nicht. Berlin hat mit 95 Spielstätten mehr als dreimal so viele Kinos wie Hamburg.

Die Berlinale ist ein nicht unerheblicher Wirtschaftsfaktor für das Land Berlin. Das aktuelle Jahresbudget beträgt 21 Millionen Euro, 6,5 Millionen kommen aus öffentlicher Förderung. Fast 300 000 Eintrittskarten wurden auf dem letzten Festival verkauft, hinzu kamen knapp 20 000 akkreditierte Fachbesucher. Sie vor allem besuchern Hotels, Restaurants und Einzelhandel erhöhte Einnahmen. Die Investitionsbank Berlin hat die auf die Berlinale 2012 zurückzuführenden Umsatzsteigerungen auf 66,2 Millionen Euro geschätzt sowie daraus resultierend über sechs Millionen Euro zusätzliche Einnahmen für Berlin berechnet. Kein schlechter Nebeneffekt für die finanzschwache Stadt. *Dorothee Tackmann*



Bärendienst am Potsdamer Platz: Im Zentrum der Berlinale stehen die Goldenen Bären Bild: Berlinale

Aktuellere politische Filme steuern Regiegrößen wie Steven Soderbergh bei. „Side Effects“ ist ein Psychothriller um die Nebenwirkungen eines Medikaments. Regisseur Jafar Panahi, in seiner Heimat Iran immer noch unter Hausarrest, ist mit dem Film „Parde“ („Geschlossener Vorhang“) vertreten. Ein sehr brisantes Thema greift Gus Van Sant in

„Panorama“, der Festivalsektion für das Autorenkino mit kommerzielleren Ambitionen. Schauspielerei Joseph Gordon-Levitt präsentiert hier seine erste Regiearbeit, in der er selbst das schwere Erwachsenwerden eines 30-Jährigen zeigt. Isabel Coixet zeigt ein düsteres Zukunftsdrama in Spanien. Das Independent-Kino aus ganz Amerika ist stark vertreten.

sektion „Forum Expanded“, die die künstlerischen Aspekte stark betont. Neben 30 neuen Filmen, wie von Isabella Rossellini, präsentiert sie fünf Ausstellungen, unter anderem im Liquidrom und im Silent Green Kulturquartier, dem ehemaligen Krematorium von Berlin-Wedding. Immer weiter breitet sich das Festival aus. Neben allen Kinosälen am Pots-

Gehüpft wie gesprungen

Die Tanzshow »Rock the Ballet« lockt Jung, Alt und sogar Männer an

Das ist jetzt das erste Mal seit gut 20 Jahren Ehe, dass ich meinen Mann dazu bewegen konnte, mit mir ins Ballett zu gehen“, erzählt eine Mittvierzigerin während der Pause in der Schlinge vor der Damentoilette. Mit Männern in langen Unterhosen, die zu klassischer Musik „hüpfen“, könne ihr Gatte gar nichts anfangen, doch diese Tänzer würden ihn total begeistern, so die erfreute Ehefrau weiter. Und tatsächlich bietet die US-Tanzshow „Rock the Ballet“, die derzeit wieder durch Deutschland tourt, nicht nur Freunden des Balletts eindrucksvolle Tänzeinlagen.

Und so sind die Hallen, in denen die Tänzer des New Yorker Ensembles „Bad Boys of Dance“ immer zu siebt plus einer weiblichen Kollegin auftreten, zumeist gut besucht. In Hamburg waren fast alle der rund 1000 Plätze besetzt, als die Tänzer in Jeanshosen und farblich aufeinander abgestimmten Polo-hemden an einem Sonntagabend ihre Show begannen.

Die sieben Tänzer sehen dabei aus wie smarte New Yorker Jungs, die sich gerade an einem lauen Sommerabend treffen. Nur dass diese jungen Männer zur modernen Musik herumwirbeln und tanzen, als wäre das Leben eine wahre Freude. Nur die eine Tänzerin, die hauptsächlich auf jeweils einen der Männer als Tanzpartnerin fixiert ist, ist

gekleidet, wie es auch beim klassischen Ballett vorkommt.

Da die moderne Rock-Musik im Gegensatz zu klassischen Stücken die Zuschauer selbst zum Tanzen animiert, sieht man viele von ihnen sich im Takt mitbewegen. Auf ihren Gesichtern spiegelt sich zumeist Begeisterung, wenn die Tänzer Elemente des klassischen Balletts mit Hip-Hop und anderen modernen Tanzstilen vermischen und sogar noch akrobatische Einlagen bieten. Der Choreograf Rasta Thomas – gerade 31 Jahre



Echter Hingucker: Solist in Aktion Bild: Philipp Guelland/dapd

alt, aber in der Welt des modernen Balletts schon eine bekannte Größe – hat sich eine interessante und zum Teil gewagte Mischung einfallen lassen. So manchen Freund des klassischen Balletts mag es verwirren, wenn der hergebrachte Stil von kantigen, ja teilweise auch etwas albern marionettenhaft wirkenden Bewegungen unterbrochen wird. Zudem werden jene enttäuscht, die mit Ballett automatisch Spitzenschuhe assoziieren. Das geht bei jedem Orthopäden und Grausen auslösenden Schuhwerks

wird sogar häufig barfuß getanzt. Das Bühnenbild besteht aus einer Leinwand, die bei einem Lied von Coldplay eine Winterlandschaft zeigt, bei Titeln von Michael Jackson hingegen bunte, sich rasch abwechselnde Formen.

Im zweiten Teil nach der Pause tragen die Herren Anzüge und Krawatte beziehungsweise Teile eines Anzugs, während die Dame in Disco-Bekleidung auftritt. Die Musik ist rasanter, die Bewegungen weniger fließend, aber dafür schnell und zackig. Sprünge und Pirouetten folgen rasant aufeinander. Nach drei Zugaben verlassen die Besucher von den vielen Eindrücken gebannt den Saal. Eine junge Frau zieht ihre Großmutter durch die Menschenmassen zum Ausgang. „Na, wie fandest du es“, fragt sie die über 80-Jährige. „Klasse“, erwidert diese, „die Musik war nur etwas laut. Aber es war toll, mal mit dir zusammen ins Ballett zu gehen.“ *Rebecca Bellano*

„Rock the Ballet“ ist vom 5. bis 10. Februar in Berlin zu sehen, danach in Cottbus (12. Februar), Erfurt (13. Februar), Münster (14. Februar), Mannheim (15. Februar), Baden-Baden (16. Februar) und Heilbronn (17. Februar). Es folgen unter anderem Stuttgart, Essen, Bremen, Frankfurt am Main und München. Die genauen Termine erfahren Sie unter www.rock-the-ballet.de oder unter Telefon (01805) 570099.

Am Anfang war der Strich

Am Computer zum Leben erweckt: »Pixar«-Welt in Hamburg

Als 1995 mit „Toy Story“ der erste vollständig am Computer entstandene Animationsfilm ins Kino kam, stöhnten viele auf. Das gute alte Kunsthandwerk des Trickfilms würde es bald nicht mehr geben, hieß es. Keine Tuschemalereien und keine Hintergrundzeichnungen mehr, vor denen Zeichen- oder Knetfiguren einzeln bewegt werden. Im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe kann man sich jetzt vom Gegenteil überzeugen. Denn die Ausstellung über das US-Animations-Studio „Pixar“ zeigt, dass für digitale Trickfilme nicht nur Computerexperten benötigt werden, sondern Künstler, die nach wie vor ganz herkömmlich mit einem Blatt Papier und Zeichenstift arbeiten.

Die über 500 Exponate wie Skizzen, Grafiken, Zeichnungen, Pastellmalereien und Skulpturen sind dabei nur das verschwindend geringe Ausschussmaterial, das bei der Anfertigung eines abendfüllenden Animationsfilms anfällt. „Normalerweise entstehen pro Film Tausende solcher Studien, die hinterher fast alle in der Mülltonne landen“, sagte Ausstellungsleiter Dennis Conrad.

Zum 20. Geburtstag von Pixar hatte man einige dieser Kunstobjekte vor der Vernichtung bewahrt und sie 2006 für eine Ausstellung im berühmten New Yorker „Museum of Modern Art“ zusammengestellt. Die Schau war so

erfolgreich, dass sie seitdem weltweit auf Tour ist. Hamburg hat das große Glück, bis zum 12. Mai eine zum 25. Pixar-Jubiläum mit neuen Exponaten erweiterte Ausstellung zeigen zu können.

Viele Bekannte tauchen dabei auf: frühe Skizzen der Clownfische von „Findet Nemo“, Ölgemälde von den menschlichen „Cars“, gezeichnete Szenenbücher (Storyboards) von den „Unglaublichen – The Incredibles“, Charakterstudien von Sulley und Co. aus der „Monster AG“



„Menschelnder“ Pixar-Star „Car“ Bild: 2012 Disney Enterprises/Pixar

und 3D-Modelle der Spielzeugfigur Woody aus der „Toy Story“.

Dieser erste von bislang 13 Pixar-Langfilmen war auch der mit Abstand erfolgreichste. Rund 360 Millionen Dollar spülte der Film in die Kasse der bis dahin kleinen Firma. Und er machte den 2011 gestorbenen Apple-Mitgründer Steve Jobs seinerzeit zum Milliardär. Denn Jobs kaufte 1986 den bei San Francisco ansässigen, auf Trickeffekte spezialisierten Betrieb von „Star Wars“-Regisseur George Lucas auf, taufte ihn in Pixar um – einem Neologismus

aus „Pixel“ und „Art“ – und machte aus ihm eines der führenden Animationsstudios der USA. Nach „Toy Story“ brachte er die Firma an die Börse und verdiente damit ein Vermögen. Heute gehört sie mit ihren fast 2000 Mitarbeitern zum Disney-Konzern.

Wer in die Ausstellung geht, muss kein Computerexperte sein. Denn der Schwerpunkt ist darauf gesetzt, was an künstlerischem Aufwand nötig ist, bevor die Figuren und die Geschichten am Rechner zum Leben erweckt werden.

So erfährt man, dass bis zu 20 Zeichner damit beschäftigt sind, einen Charakter zu entwerfen. Nach einem bis zu fünfjährigen Schaffensprozess verschmelzen ihre individuellen Handschriften zu einer massentauglichen Filmfigur. War der Cowboy Woody aus „Toy Story“ anfangs ein ziemlich böse dreinblickender Griesgram, so ist er

am Ende eine kindertaugliche Figur mit großen Kulleraugen. Höhepunkt der Schau ist das „Zoetrop“. Dabei handelt es sich um eine Art dreidimensionales Daumenkino, bei dem eine große Anzahl an Pixar-Figuren auf einer schnell rotierenden Scheibe unter einem Stroboskoplicht die Illusion erzeugt, als würden sich alle bewegen. Begleitend zur Ausstellung zeigt das Passage-Kino das praktische Filmergebnis der Pixar-Skizzen und -Modelle. Weitere Infos unter www.mkg-hamburg.de. *Harald Tews*

Patriot auf verlorenem Posten

Für Jakob Kaiser stand die deutsche Einheit an erster Stelle – Er war der Gegenspieler Konrad Adenauers in der CDU

„Kein deutscher Politiker kann vor der Geschichte bestehen, der die Hand dazu bieten würde, die Vereinigung der deutschen Teile zu verhindern oder sie auch nur hinauszuschieben.“ Der CDU-Politiker Jakob Kaiser war es, der im Juni 1947 dieses Postulat erhob. Weiter führte er aus, dass es weder östlich noch westlich orientierte Politiker geben dürfe, sondern nur deutsche, deren Willen auf den Zusammenhalt gerichtet sei.

Schon dieser kleine Ausschnitt ist für das nahezu rastlose Wirken Kaisers seit Mitte 1945 symptomatisch: Das Ziel, dem er die höchste Priorität einräumte, hatte er klar formuliert – die deutsche Einheit. Ebenso eindeutig hatte er die seiner Meinung nach einzige Möglichkeit aufgezeigt, um dieses Ziel zu erreichen – einen Weg zwischen Ost und West, einen „dritten Weg“. Und schließlich war Kaiser, wie so oft, viel Beifall beschieden. Dabei blieb es allerdings. Seine Forderungen und Mahnungen verhallten zwar nicht ungehört, wurden in der Praxis aber kaum als Orientierung betrachtet und schon gar nicht in politisches Handeln umgesetzt. Ein Teil der Vorstel-

lungen Kaisers mag illusorisch gewesen sei, dennoch verdient er eine besondere Würdigung, gerade in der heutigen Zeit, in der die Westbindungs-Politik Konrad Adenauers meist unhinterfragt als einzig mögliche und vor allem allseits unterstützte präsentiert wird.

Es gibt nicht viele führende Politiker, denen die deutsche Einheit in der Nachkriegszeit und den Anfangsjahren der Bundesre-

publik ein Herzensanliegen war und die man ohne Einschränkung als Patrioten bezeichnen kann. Jakob Kaiser steht hier in der ersten Reihe, ebenso wie der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher und Thomas Dehler von der FDP. Eine entsprechende Haltung war also bei allen großen Parteien zu finden. Im Übrigen waren die drei Genannten konsequente Gegner der Nationalsozialisten gewesen.

Jakob Kaiser wurde am 8. Februar 1888 in Hammelburg geboren. Der gelernte Buchbinder engagierte sich in der Zentrums- sowie in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Hier hatte er verschiedene Führungspositionen inne. Nachdem 1933 jegliche Gewerkschaftsaktivität verboten war, fiel Kaiser die Aufgabe zu, für die materielle Absicherung der ehemaligen Funktionäre zu sorgen. Dies war mit vielen Reisen verbunden, die Kaiser nutzte, um den Widerstand zu vernetzen. Kontakt hatte er zu zahlreichen Persönlichkeiten, unter anderem stand er in engem Austausch mit Carl Goerdeler. Bereits 1938 war Kaiser für ein halbes Jahr in Gestapohaft gewesen. Nach dem Staatstreichversuch des 20. Juli 1944 musste er untertauchen, bis Kriegsende lebte er versteckt in Berlin.

Später war es ihm ein Anliegen, dem Widerstand ein ehrenvolles Andenken zu bewahren. Er verwendete sich auch mehrfach für Hans Globke, den er in Kontakt mit führenden Widerstandskreisen gebracht hatte. Kaisers oppositionelles Wirken gegen das NS-Regime stellte niemand infrage, wodurch er

den Besitzern selbstbewusst gegenüberzutreten konnte.

Im Juni 1945 gehörte er zu den Mitbegründern der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in der sowjetischen Besatzungszone, im Dezember desselben Jahres übernahm er den Vorsitz. Die Partei erhob gesamtdeutschen Anspruch, was jedoch aufgrund des sich schnell verstärkenden Einflusses der Sowjets beziehungsweise der SED immer weniger realistisch erschien. Im Dezember 1947 wurde Kaiser, der sich jeglicher Vereinnahmung durch die „Blockpolitik“ strikt verweigert hatte, faktisch abgesetzt.

In diese Jahre fiel der Höhepunkt seines politischen Einflusses. Im Gegensatz zu Adenauer, der früh auf die Bindung des im Westen entstehenden Teilstaates an die „freie Welt“ setzte, hatte Kaiser immer ganz Deutschland im Blick. „Wir haben Brücke zu sein zwischen Ost und West, zugleich aber suchen wir unseren

eigenen Weg zu gehen zu neuer sozialer Gestaltung.“ Kaiser erteilte sowohl dem Marxismus als auch dem Liberalismus eine klare Absage. „Synthese“ war einer seiner Leitbegriffe, „östliche“ und „westliche“ Ideen wollte er vereinen. Vom Osten war für ihn die Umwälzung der sozialen Verhältnisse ausgegangen, vom Westen die Proklamation der Menschenrechte. Dies mündete in Kaisers Konzept eines „christlichen Sozialismus“. Außenpolitisch korrespondieren sollte ein neutrales Deutschland, dem eine Mittlerrolle zugeordnet war. Hier sah Kaiser eine Möglichkeit, die sich abzeichnende Spaltung zu verhindern. Im November 1947 mahnte er: „Für die Teilung Deutschlands in vier Zonen trifft nicht uns die Verantwortung. Unsere Schuld aber würde da anfangen, wo wir uns mit

dieser Teilung abzufinden beginnen.“ Dass die Einheit nur ohne jegliche Einschränkung von Freiheit erstrebenswert war, stand für ihn außer Frage.

Zentraler Ausgangspunkt für Kaiser war Berlin. Sein westdeutscher Gegenpart Adenauer, der sich nicht scheute, Kaiser eine heimliche Zusammenarbeit mit den Sowjets nachzusagen, setzte sich vor dem Hintergrund des Kalten Krieges letztlich durch. Bezeichnend für Adenauer ist der denunziatorisch gemeinte und in diesem Zusammenhang zugleich unsinnige Satz: „Wer Berlin zur neuen Hauptstadt macht, schafft geistig ein neues Preußen.“ Die Sowjets ihrerseits stellten Kaiser als Agenten der Amerikaner dar.

Ab 1949 wirkte er in der Bundesrepublik als Minister für gesamtdeutsche Fragen und Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse. Adenauer musste den ungeliebten Widersacher einbinden. Dieser wich oftmals von der Li-

nie des Kanzlers ab. Kaiser war der Überzeugung, dass die Einheit nicht gegen die Sowjetunion zu erreichen sei. 1952 wollte er die Stalin-Note als zu prüfendes Angebot verstanden wissen. Dies erregte den Unmut Adenauers, ebenso wie Kaisers Engagement für die Rückkehr des Saarlands nach Deutschland anstelle einer „Europäisierung“.

Seit 1957 schwer erkrankt, ist Jakob Kaiser am 7. Mai 1961 in Berlin gestorben.

Offen bleibt, ob Kaisers „Brücke-Konzept“ von vornherein unrealisierbar war. Unbestritten ist sein Rang als überzeugter Kämpfer für die deutsche Einheit in Freiheit, der auch betonte: „Missachtetes Nationalempfinden ist stets Nährboden für falschen und aggressiven Nationalismus.“

Erik Lommatzsch



Vor 125 Jahren im unterfränkischen Hammelburg geboren: Jakob Kaiser

Bild: pa

Deutsche sollten Brücke sein zwischen Ost und West

Ohne Fußlappen

Russlands Armee soll Strümpfe bekommen

Entsprechend einer Weisung des russischen Verteidigungsministers Sergej Schojgu muss die Armee des Landes innerhalb dieses Jahres die Fußlappen abschaffen, sogar den Begriff „portjanki“ vergessen. Hätte er der Infanterie die Kalaschnikow und den Musikern die Balalajka weggenommen – das Entsetzen hätte nicht größer sein können.

International gelten Fußlappen als russisches Know-how, Franzosen nennen sie nur „chaussette russe“ (russische Socken). Das ist historisch nicht korrekt, da schon die alten Römer „fasciae“ um die Füße wickelten. Nach Russland kamen sie im Gepäck Peters des Großen, der sie 1698 aus Holland mitbrachte. Seither sind sie fester Bestandteil russischen Soldatenlebens, und wie das 40 mal 90 Zentimeter große Tuch um den Fuß zu wickeln ist, wird im „Kurs des jungen Kämpfers“ (Grundausbildung) intensiv geübt. Wer es nicht lernt, der legt den Lappen über den Stiefel und steckt den Fuß von oben hinein, was auch geht. „Alles Geniale ist simpel“, sagen die Russen.

Die „portjanki“ sind die „besten Kameraden der Soldaten“: pflegeleicht, zu jedem Extremwetter in Sommer und Winter, in Nord und Süd passend, nicht einmal von „sapogi“, den groben Soldatenstiefeln,

zu zerreißen. Auch in der deutschen Armee waren Fußlappen bis zum Zweiten Weltkrieg gebräuchlich, in Finnland, das bis 1917 zu Russland gehörte, hielten sie sich bis 1990. In den Armeen des Warschauer Pakts waren sie obligatorisch und wurden erst allmählich ausgemustert, zuerst in der DDR 1968. Anderswo überdauerten sie das Ende der Allianz, waren in der Ukraine bis 2007, in Weißrussland

gar bis 2011 in Gebrauch. In Russland, sagt jetzt Minister Schojgu, sei die Strumpfaltnative

ein „Überbleibsel der Vergangenheit“, wie Tschako und Säbel. Die Armee müsse modernisiert werden. Dazu gehöre, dass sie frostfeste Uniformen, solides Schuhwerk und Strümpfe statt Fußlappen bekomme. So hatte man es schon 2008 geplant, damit aber nicht reüssiert. Jetzt will man es mit „zusätzlichen Mitteln“ stemmen, und das wird erst recht nicht. General Wladimir Isakow, Chef des ganzen Armee-Nachschubs, sieht das Ende der „portjanki“ in „bestenfalls drei Jahren“, will es im Grunde nicht, da er dann auf 16 Millionen Fußlappen und ungezählten Stiefeln sitzen bliebe. Vermutlich wird er recht behalten, und Minister Schojgu sollte sich daran erinnern, dass „portjanki“ bei russischen Journalisten ein Synonym für „Schwätzer“ ist. Wolf Oschlies

Auf mehrere Etagen verteilt

Vor 100 Jahren wurde das Grand Central Terminal eröffnet

Das Grand Central Terminal an Manhattans 42. Straße und Park Avenue ist nicht nur mit über einer halben Millionen Nutzern das meistbesuchte Gebäude New Yorks, sondern auch mit 44 Bahnsteigen und 67 Gleisen der größte Bahnhof der Welt. Dabei kann die Größenordnung leicht unterschätzt werden, da sich die Bahnsteige und Gleise auf zwei Ebenen verteilen, die wie bei „Stuttgart 21“ platzsparend unter der Erde untergebracht sind. So ist die oberirdische Bahnhofshalle von keinen Gleisen durchfurcht und vermittelt einen ungemein repräsentativen und großzügigen Eindruck. Ihre Länge wird mit 113 Metern, ihre Breite mit 40 Metern und ihre Höhe mit 38 Metern angegeben. Aber es sind nicht nur die für das Land der unbegrenzten Möglichkeiten so typischen großen Ausmaße, die imponieren. Zu nennen ist hier vor allem die dunkelblaue Deckenausmalung, die einen Sternenhimmel darstellt.

Möglichlich wurde die Verbannung der Gleise und Bahnsteige in den Untergrund durch die Elektrifizie-

rung der Eisenbahn. Vor dem Bau des Etagenbahnhofs war das Gelände bereits als Bahnhof genutzt worden, allerdings mit oberirdischen Gleisen. 1871 war das Grand Central Depot fertiggestellt worden. Es bestand aus einer Gleishalle, in der mehrere Eisenbahnen zusammenliefen, mit angeschlossenem Hauptgebäude, in

sem durch die Umbenennung von „Grand Central Depot“ in „Grand Central Station“ Rechnung.

Schließlich wurde 1903 mit dem Rückbau des Kopfbahnhofes begonnen und an seiner Stelle entstand bis 1913 das heutige Grand Central Terminal. Als Stil wählten die Amerikaner ähnlich wie die Preußen bei ihrem 1904 eröffneten Bode-Museum in Berlin Beaux-Arts. Am 2. Februar 1913 wurde das teilweise noch bis heute wie sein Vorgängerbau „Grand Central Station“ genannte Grand Central Terminal eingeweiht.

Im Autoland USA hat der Bahnhof mittlerweile seine ursprüngliche Bedeutung verloren. Die Fernzüge wurden abgezogen. Wegen der hohen Grundstückspreise sollte er sogar abgerissen werden, aber entsprechende Pläne brachte das oberste Gericht der USA 1978 zu Fall. Statt abgerissen zu werden, wurde er für rund 200 Millionen US-Dollar restauriert. Heute ist das Grand Central Terminal zwar nicht mehr der infrastrukturelle Knotenpunkt von einst, aber dafür wieder prächtig wie eh. Manuel Ruoff



Grand Central Terminal: Die Bahnhofshalle

Bild: Archiv

Als »Guernica« verhüllt wurde

Im Vorraum des Sitzungssaals des UN-Sicherheitsrates in New York hängt seit 1985 eine Kopie von Pablo Picassos Gemälde „Guernica“. Vor zehn Jahren jedoch wurde diese Kopie des wohl bekanntesten Anti-Kriegs-Bildes des 20. Jahrhunderts auf US-amerikanisches Betreiben hin von einem blauen Vorhang mit UN-Logos verhüllt. Anlass zu dieser Aktion war der damalige Versuch des US-Außenministers Colin Powell, im Sicherheitsrat für den bevorstehenden Angriff seines Landes

Anti-Kriegs-Bild passte den USA nicht

auf den Irak zu werben. Es sei, so ein Diplomat, kein „angemessener Hintergrund“, wenn der Außenminister der USA oder deren Botschafter bei den UN über Krieg redeten und dabei von schreienden Kindern und Tieren umgeben seien, die durch Bombardements verursachte Leid zeigten. Rückendeckung bekamen die USA von einem UN-Sprecher, der den Vorhang als „einen angemessenen Hintergrund für die Kameras“ verteidigte. Vorausgegangen waren der Verhüllungsaktion TV-Aufnahmen, auf denen neben dem Haupt des UN-Waffeninspektors Hans Blix, der im Konflikt um den Irak eine zentrale Rolle spielte, der Kopf eines vor Schmerzen wiehernen Pferdes aus Picassos „Guernica“ zu sehen war. MR. (Siehe Kommentar Seite 8)

Als Ostpreußen Preußen Vorbild war

Vor 200 Jahren beschlossen die ostpreußischen Landstände die Befreiung Preußens vom französischen Joch

Der Staat Friedrichs des Großen war 20 Jahre nach seinem Tod von Napoleon zerschlagen worden. Aber der Geist Friedrichs lebte in den Menschen Preußens weiter. Er trug dazu bei, dass Preußen 1813/14 neu entstand. In Preußen, vornehmlich in Ostpreußen, begann der Widerstand gegen Napoleon.

Mit seinen Feldzügen von 1806/07 überzog Napoleon Europa mit Krieg. Auf dem Festland war ihm niemand gewachsen. Preußen und seine Armeen wurden vernichtend geschlagen. Napoleon annektierte alle preußischen Territorien westlich der Elbe und auch Preußens Zugewinn aus der Dritten Polnischen Teilung von 1795. Russland, zunächst mit Preußen im Bunde, zog sich hinter die russische Westgrenze zurück.

Doch in dem geknechteten Land, das auf seine Kernprovinzen reduziert war, tat sich Erstaunliches. Gemäß der Empfehlung der Königin Louise, „lasst uns besser werden, dann wird es besser“, wurde Restpreußen reformiert und modernisiert. Die Stein-Hardenberg'schen Reformen im zivilen Sektor und die der preußischen Armee verordnete militärische Modernisierung waren wichtige Voraussetzungen für den Wiederaufstieg. Doch die Wende kam noch nicht schnell.

Im Sommer 1812 ließ Napoleon auch gegen Russland marschieren. Dazu hatte Preußen ein Hilfskorps zu stellen, das der preußische General Ludwig von Yorck befehligte. Das Ergebnis des französisch-deutschen Einmarsches nach

Russland ist bekannt. In Moskau und dann wenig später auf dem Rückzug wurde die Große Armee (Grande Armée) Napoleons weitgehend zerschlagen, aber noch nicht besiegt. Das preußische Hilfskorps hatte die linke Flanke des Rückzuges zu decken. Yorcks Soldaten marschierten ganz im Norden – im Baltikum – zurück. Das preußische Korps wurde von einem russischen Korps bedrängt,

fernt. Dabei erörterte man den Plan, dass das preußische Korps aus dem französischen Militärverband ausscheiden und sich neutralisieren könne. Dieser Zustand solle andauern, bis der preußische König Friedrich Wilhelm III. weitere Weisungen erteile. Nach weiteren Beratungen wurde diese Abmachung – Konvention von Taurroggen – am 30. Dezember 1812 in der Poscherauer Mühle unweit

chendes Schreiben des Königs den General. Sofort begab sich Yorck nach Königsberg, um den weiteren preußischen Widerstand gegen Napoleon zu organisieren. Hilfreich dabei war, dass er seit 1811 preußischer Militärgouverneur für Ost- und Westpreußen war. Die Entscheidung, sich gegen die französische Knechtschaft zu erheben, wurde in der ganzen Provinz mit Jubel begrüßt. Dies

zu Dohna-Schlobitten inne; in einer früheren Funktion war er preußischer Staatsminister gewesen. Das Bürgertum war in dieser Versammlung ebenso stark vertreten wie der Adel. Vor dieser Versammlung hielt General Yorck seine historische Ansprache, in der er die ostpreußischen Stände im Namen des Königs aufforderte, zur Verteidigung des Vaterlandes alle nur denkbaren Anstrengungen zu unternehmen. Der begeisterte Beifall aller Anwesenden zeigte an, dass die Volkserhebung gegen die Franzosenherrschaft umfassend war.

Am 7. Februar 1813 beschloss die Ständeversammlung: Es wird eine ostpreußische Landwehr mit 20000 Mann gebildet, dazu eine Reserve von 10000 Mann. Die Kosten dafür sind von den Gemeinden und Domänen zu übernehmen. Das Landwehrgesetz bestimmte, dass alle waffenfähigen Männer zwischen 18 und 45 Jahren zum Dienst in der Landwehr verpflichtet seien.

Der geistige Vater des Landwehrgesetzes war Alexander Dohna, maßgeblich daran mitgewirkt

hat Clausewitz.

Ende April 1813 war die ostpreußische Landwehr fast vollzählig aufgestellt und unter Waffen. Das ist ein Ruhmesblatt in der ostpreußischen Geschichte und ein vorbildliches Beispiel für Opferbereitschaft und Dienst für das Vaterland. Die Königsberger Landwehr hat sich bei der Völkerschlacht bei Leipzig im Oktober 1813 hervorragend bewährt. Das ostpreußische Landwehrgesetz fand Nachahmung in anderen preußischen Provinzen. *Wilhelm v. Gottberg*



General von York in der Versammlung der ostpreußischen Stände zu Königsberg am 5. Februar 1813: Farbdruck nach Gouache von Woldemar Friedrich (1846–1910)

Bild: akg

das von dem Schlesier in russischen Diensten General Hans Karl von Diebitsch befehligt wurde. In dessen Stab befand sich der preußische Offizier Oberstleutnant Carl von Clausewitz, der 1812 in den russischen Dienst getreten war.

Auf Clausewitz' Vermittlung hin kam es am 26. Dezember 1812 zu einer Begegnung zwischen Yorck und Diebitsch in der Nähe des Ortes Taurroggen, nur wenige Kilometer von der damaligen russisch-preußischen Staatsgrenze ent-

Taurroggens von den Generalen Diebitsch und Yorck unterzeichnet.

Die in Ostpreußen noch vorhandenen französischen Truppen unter dem Oberbefehl des Marschalls Jacques MacDonald begaben sich daraufhin auf einen beschleunigten Rückmarsch nach Königsberg und dann weiter nach Danzig.

Der preußische König hatte nach längerem Zögern die Entscheidung Yorcks akzeptiert. Ende Januar 1813 erreichte ein entspre-

war nicht erstaunlich, denn Ostpreußen war von der französischen Besatzungsmacht völlig ausgeplündert worden. Als Napoleon am 22. Juni 1812 Russland den Krieg erklärte, ging der Hauptstrom der französischen Armee – 600000 Soldaten – durch Ostpreußen. Zurück blieb ein ruiniertes Land.

Vor 200 Jahren, am 5. Februar 1813, trat in Königsberg die ostpreußische Ständeversammlung zusammen. Die Leitung der Versammlung hatte Graf Alexander

Folgenreiches Einvernehmen

Es ist ein tragisches Element der deutsch-polnischen Beziehungen, wenn nicht gar Quelle eines antagonistischen Interessengegensatzes, dass es einerseits Deutschen und Russen gut ergangen ist, wenn sie sich verstanden, hingegen in Polen die Erfahrung gemacht wurde, von Zwist zwischen den beiden großen Nachbarn als lachender Dritter profitieren zu können. Die Bismarck-Ära gehört zu den eher positiven Phasen des deutsch-russischen Verhältnisses. Das lag auch daran, dass Otto von Bismarck im Einvernehmen mit seinem König Wilhelm I. dessen Generaladjutanten Gustav von Alvensleben mit dem russischen Vizekanzler Alexander Michailowitsch Gortschakow in Petersburg die sogenannte Alvenslebenskonvention abschließen ließ. Gemäß dieser Militärkonvention vom 8. Februar 1863 war russischen wie analog auch preußischen Truppen bei der Verfolgung von Aufständischen das Überschreiten der gemeinsamen Grenze erlaubt. Diese Regelung lag im unmittelbaren Interesse Russlands, bekämpfte es doch damals gerade den polnischen Januaraufstand. Doch auch Preußen profitierte von dem Einvernehmen. Dass wenige Jahre später Russland seinem westlichen Nachbarn bei den Einigungskriegen den Rücken freihielt und damit die Reichsgründung ermöglichte, liegt nicht nur, aber auch an der Konvention von Alvensleben. *M.R.*

Alvensleben

Der Namensgeber der Alvenslebenskonvention, Gustav von Alvensleben (1803–1881), diente Wilhelm I. bereits als Stabschef, als dieser noch Generalgouverneur der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen war. Als Wilhelm 1858 Prinzregent wurde, nahm er Alvensleben mit nach Berlin; als er drei Jahre später König wurde, machte er diesen zu seinem Generaladjutanten. Das bedeutende Mitglied des Militärkabinetts setzte sich für Bismarcks Berufung zum Ministerpräsidenten ein. Abgesehen von der nach ihm benannten Konvention trat der Offizier auf diplomatischem Gebiet noch 1866 im Deutschen Krieg durch seine Kapitulationsverhandlungen mit Hannover hervor. *M.R.*

Ein Preuße auf Hamburgs Bürgermeisterstuhl

Max Brauer: In der Weimarer Zeit stand der Nachkriegs-Senatspräsident der Hansestadt an der Spitze Altonas

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hat den Stadtstaatsregierungschefs der Bundesrepublik offenkundig große Betätigungsfelder geboten. So gehört wie in Bremen und Berlin auch in Hamburg ein Amtsinhaber der unmittelbaren Nachkriegszeit zu den bedeutendsten Bürgermeistern der Stadt. Was Wilhelm Kaisen für Bremen und Ernst Reuter für Berlin, das ist deren Parteifreund und Zeitgenosse Max Brauer für Hamburg. So wie der Senatspräsident Kaisen ein gebürtiger Hamburger und der Regierende Bürgermeister Reuter ein gebürtiger Schleswig-Holsteiner war, so war der Erste Bürgermeister Brauer ein gebürtiger Preuße.

Am 3. September 1887 kam Brauer in Ottensen zur Welt. Von seinem Vater, einem Glasbläser, der den vielseitig interessierten Jungen bereits mit 14 Lebensjahren von der Schule nahm, hatte er spätere Berufspolitiker seinen erlernten Beruf, von seiner Mutter

die sozialdemokratische Gesinnung.

Nachdem Max Brauer zu einem Streik aufgerufen hatte, konnte er in seinem erlernten Beruf kaum noch arbeiten. Er machte stattdessen Karriere als Arbeiterfunktionär in Gewerkschaft, Partei und Genossenschaftswesen. 1889 wurde Brauers Geburtsort Ottensen ein Stadtteil von Altona. Nachdem

Vor 40 Jahren starb der Politiker

er 1916 bereits für die SPD in die Stadtversammlung von Altona eingezogen war, ermöglichte ihm die Novemberrevolution nun auch, in Altonas Exekutive Karriere zu machen. Darum bemüht, eine Zäsur zu vermeiden und einen fließenden Übergang der Macht zu bewerkstelligen, überließen die Sozialdemokraten schließlich wie in Hamburg auch in Altona das Amt des

Stadtrepräsentanten ihrem kleineren linksliberalen Koalitionspartner und begnügten sich zumindest fürs erste mit dem Amt des Zweiten Bürgermeisters, das sie mit Brauer besetzten. Als jedoch 1924 der bisherige Oberbürgermeister Bernhard Schnackenburg plötzlich starb, rückte Brauer nach.

Als Stadtoberrhaupt von Altona machte sich Brauer einen Namen als ambitionierter Macher. In seiner Amtszeit wuchs die Stadt mit dem Groß-Altona-Gesetz um eine Reihe von umliegenden Elbdörfern und Geestgemeinden und nahm viele Investitionen vor. Brauer machte Furore und war auch für gesamtpreußische Ämter im Gespräch. Seine Umtriebigkeit hatte allerdings auch ihren Preis. Er machte Altona zu einer der meistverschuldeten Städte Preußens.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten war für den Sozialdemokraten Brauer vorerst Schluss mit der Regierungstätigkeit. Rechtzeitig gewarnt, entzog er sich

dem Zugriff der Nationalsozialisten durch eine Flucht ins Ausland, die ihn schließlich in die Vereinigten Staaten führte, deren Staatsangehörigkeit er auch annahm.

Mit Hilfe der US-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung gelang ihm nach dem Krieg die Rückkehr an die Elbe. Altona war mittlerweile durch das Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 Stadtteil Hamburgs geworden und so stürzte er sich nun in die Hamburger Politik. Der Remigrant aus dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten, wo Milch und Honig fließen, wurde zum Hoffnungsträger seiner Parteifreunde und schließlich auch seiner Mitbürger. Bei den ersten Nachkriegswahlen in Hamburg 1946 wurde die SPD stärkste Partei und deren Spitzenkandidat Brauer anschließend Erster Bürgermeister. Mehr noch als vor dem Krieg an der Spitze Altonas konnte Brauer nun als Macher glänzen. Dass er nach der Bürgerchaftswahl von 1953 trotzdem einem Bürgerlichen weichen musste,

lag weniger an ihm, denn an der gesamtpolitischen Konstellation.

Die Oppositionsbänke waren dem Macher Brauer zu hart. Belei-



Max Brauer im Jahre 1927

dig ob seiner Abwahl zog er sich aus der Landespolitik zurück – um dann allerdings vier Jahre später bei der nächsten Bürgerschaftswahl

als Spitzenkandidat seiner Partei ein Comeback als Regierungschef Hamburgs feiern zu können. Allerdings hatte sich das politische Regierungssystem mittlerweile etabliert und bot Brauer nicht mehr die gewohnten Möglichkeiten, als Macher frei zu agieren. 1960 zog sich der mittlerweile Mitte-70-Jährige aus der Landespolitik zurück.

Nach der Wahl von 1961 zog der vormalige Landeschef in den Bundestag ein, von wo man allerdings kaum noch etwas von ihm hörte. Die Folge war, dass die Partei ihm für die darauffolgende Bundestagswahl von 1965 weder einen sicheren Wahlkreis noch einen sicheren Listenplatz überließ. Wieder zog sich Brauer im Groll aus der Politik zurück, diesmal allerdings ohne Wiederkehr. Dem unfreiwilligen Auszug aus dem Bundestag folgten noch acht Jahre Ruhestand. Von den Folgen eines Schlaganfalls gezeichnet, starb Max Brauer am 2. Februar 1973 in einem Hamburger Krankenhaus. *Manuel Ruoff*

Krankes Hausarzt-System

Zu: „Auf Fortbildung“ (Nr. 3)

Seit über einem Jahr habe ich nun die PAZ abonniert und lese Sie zu meiner großen Freude intensiv durch, weil ich dort Dinge erfahre, die in anderen Zeitungen gar nicht zu lesen sind oder erst Monate später. Wenn ich jedoch das Wort Hausarzt lese, schaue ich besonders genau hin, weil ich selbst einer bin. Die Hausärzte sind übrigens zur Fortbildung verpflichtet (was der Ehrliche und Gute auch früher freiwillig getan hat) und muss hierfür Punkte sammeln.

Dank Politik-Kassen-Selbstverwaltungs-Bürokratie muss er im Jahr 50 Punkte sammeln (ein Punkt entspricht etwa einer Fortbildungsstunde, bei drei Punkten pro Abendveranstaltung mit An- und Abfahrt entsprechend etwa 80 Stunden Arbeitszeit und somit zwei Wochen eines Angestellten). Sonst wird ihm zunächst das „üppige Salär gekürzt (gleichgeblieben inflationsbereinigt seit 1990) und letztlich droht der Entzug der Zulassung. Zum Nachweis bringt man seine Barcode-Etiketten mit, wird eingescannt und beweist damit sein persönliches Erscheinen.

(Da hat es mein Hund leichter, denn der hat schon einen Chip.)

Übrigens kann ich die Verfasserin beruhigen. Der Notdienst wird besser werden, da in größeren Städten (vielleicht ziehen Sie mal um) ein regelrechter Verteilungskampf um Notarztendienste angekommen ist, um das Gehalt nebenbei aufzubessern. Eventuell treffen Sie ja dort ihren Hausarzt wieder.

Leider funktioniert das System der Einkommensverbesserung nicht wirklich, weil dieser Arztnotdienst auch noch von den niedergelassenen Ärzten bezahlt

werden muss. Und wird daher mehr und mehr von Ärzten verrichtet, die gar nicht niedergelassen sind und nur noch Notdienst machen. Die junge Arztgeneration wird man auch durch Geld nicht aufs Land locken können, weil diese auch noch mit der Familie leben möchte und jeder dumme Arzt verstehen kann, das bei über 40 Arbeitsjahren mit mehr als 70 Wochenstunden in der Regel die „Altersrente“ (wenn es dann noch berufsständische Versorgungswerke gibt) gar nicht erst erreicht wird.

Dr. med. Holger Krück, Hagen

Dank an Ungarn

Zu: „Ungarn wieder Vorbild“ (Nr. 50)

Es ist gut, dass die Menschen in Ungarn anregend-vorbildlich beschlossen haben, künftig jeweils am 19. Januar eines Jahres einen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung der Deutschen einzurichten. Das ist eine über Grenzen hinweg erhabene Brüderlichkeit eines herzerwärmenden geeinten Europas. Mögen die schlimmen Zeiten, die so viel Leid und Bitterkeit gebracht haben, in der Erinnerung verblassen. **Elfriede Hardt Bad Münder**

Röhl hat recht

Zu: „Tugendterror: 20 Jahre Politische Korrektheit“ (Nr. 3)

Dieses ganze „politisch korrekte“ Zeug – ich kann es langsam nicht mehr hören! Ständig versuchen die System-Medien uns einzureden, was wir sagen, denken und tun sollen! Die Regierung und ihre System-Medien versuchen, die Menschen permanent zu kulturlosen Fremden im eigenen Land zu erziehen, indem sie uns zum Beispiel einreden, Friedrich der Große wäre schwul gewesen (siehe der Wüstenfilm mit Katharina und Anna Thalbach). Ich habe zwar nichts gegen Schwule, aber jemanden als homosexuell darzustellen, der nicht schwul war, ist eine einzige Unverschämtheit.

Aber das ist ja noch nicht das Schlimmste. Das Schlimmste ist der „Kult mit der Schuld“. Jeden Tag bringen sie im Fernsehen etwas über Hitler und Konsorten; als würde die deutsche Geschichte nur aus zwölf Jahren bestehen und nicht aus 2000 Jahren. Man will uns damit ein schlechtes Gewissen einreden, dabei können wir gar nichts dafür. Niemand ist für die Taten eines anderen verantwortlich; das ist Sippenhaft! Und Sippenhaft ist Faschismus.

Zeitungen wie die PAZ müssen zusammen mit anderen patriotisch gesinnten Organisationen unbedingt dagegenwirken, dass man uns unsere Kultur und Identität wegnimmt! **Tom Orden, Berlin**

Beim Lesen des Röhl-Textes kann man schmunzeln, aber die Ausmaße, die die Politische Korrektheit inzwischen erreicht hat, sind schockierend. Ich fände es gut, wenn sie sich ein anderes Volk suchen würden, allerdings werden sie wohl keines finden – wer will schon so blöd werden.

Daniela Jentzsch, Wiernsheim

Ich bin sehr erfreut und auch ermutigt darüber, dass mit Röhl ein Linker ganz offensichtlich nicht aufgehört hat zu denken, wie das so viele Alt-68er getan haben, die seit 30 Jahren ihr Gehirn nicht mehr eingeschaltet haben. Dieser Artikel ist sowohl von seiner historischen Herleitung als auch von seiner Beurteilung her einfach nur gut.

Doris Mohrmann, Ober-Ramstadt

Dem deutschen Volk ist nicht mehr zu helfen, da es sich, tief gedemütigt und täglich mit Schmutz beworfen, zum Sterben niedergelegt hat. Dass es so ist, kann leicht nachvollzogen werden am Wahlverhalten der Bürger. Sie wählen sich ihre Metzger immer wieder selbst, und die Superschlaunen geben ihre Stimmen dem Schwachsinn der Piratenpartei, oder die Deutschenhasser einer Partei, die sich eine Farbe als Bezeichnung gegeben hat. In zirka 50 Jahren wird es keine Deutschen mehr geben.

Reinhard Bertelsmann, Velbert

Was Röhl befürchtet, wird ja schon längst gemacht! Was glaubt er denn, warum wir so viele Türken und andere Ausländer in unser Land hereinlassen? Damit soll das deutsche Wesen verwässert werden. Das ist die erklärte Politik der Grünen und der mit ihr in Geistesverwandtschaft stehenden Parteien. Und leider auch jener Parteien, die auf die Parolen der Grünen hereingefallen sind!

Helmut Bernemann, Flörsheim

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Schläfrige Umweltpolitik

Zu: „Bäume für die Welt“ (Nr. 3)

Insgesamt ist „Plant for the Planet“ eine schöne Initiative. Problematisch wird das Ganze nur, wenn Politiker und Industriemanager sich der Initiative zu Werbezwecken bedienen, in Wirklichkeit aber nichts geschieht und die Natur den Bach runtergeht. Der Zusammenhang von Natur- und Menschenschutz muss dem Bürger nahegebracht werden.

Wenn Hans Heckel in derselben Ausgabe darum weiß, dass „Klimaleugner“ von führenden Politikern und Leitmedien als „außerhalb der Zivilgesellschaft“ gebrandmarkt werden, hat das weder mit Demokratie noch Naturschutz zu tun. Die Mutmaßung, wonach CO₂-Ausstoß eine angeblich nachteilige Klimaerwärmung auslöse, wird in der Politik zum Schröpfen der Bürger (EEG-Abgabe), zum Verkauf von CO₂-Zertifikaten und zum Bau ökonomisch ineffektiver Windkraftanlagen benutzt. Die CO₂-Reduktionen in Deutschland liegen in den letzten

15 Jahren bei Null. Werden für Biogasanlagen und deren dafür benötigten Energiepflanzen zunehmend Feuchtgebiete kultiviert, dann werden dadurch Schadstoffe (Stickoxide, Nitrate und Methan) freigesetzt. Diese Art Politik ist das genaue Gegenteil von Naturschutz.

In diesem Licht sind Baumpflanzaktionen, zu denen Politiker wie Horst Seehofer (CSU) aufrufen, nett, bringen aber nichts für den Erhalt einer gesunden, vielfältigen Naturlandschaft. Hatte nicht Walter von Sanden aus dem Kreis Angerburg, der das Naturschutzgebiet Guja-See angelegt hatte, nach 1945 sich jahrzehntelang erfolglos für den Erhalt des Dümmer Sees in Niedersachsen eingesetzt? Bis endlich nach seinem Tod die Notwendigkeit der Renaturierung des Dümmer erkannt wurde. Die Politik sollte im eigenen Interesse beginnen, sich ernsthaft für den Schutz der Natur, unserer Umwelt, einzusetzen.

Bernd Baumgart, Berlin



Wird er von den Klimaschützern instrumentalisiert? Der Schüler Felix Finkbeiner gründete die Baumpflanzaktion „Plant for the Planet“, die angeblich die (Um-)Welt retten soll

Bild: pa

Keine TV-Vielfalt

Zu: „Demokraten“ (Nr. 3)

Der Wochenrückblick von Herrn Heckel lässt uns Leser glücklicherweise wieder einigermaßen zufrieden ins Wochenende gehen. Denn was uns vom staatlichen Fernsehen täglich vorgesetzt wird, ist zum Teil kaum noch zu ertragen. Man stelle sich vor, man hätte nur diese Informationsquelle zur Verfügung. Für den kritischen Bürger eine schier unerträgliche Vorstellung.

Aber wenn man sich das Wahlverhalten anschaut, dann kann es nicht anders sein, als dass der größte Teil unserer Landsleute sich nur vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen informieren lässt. Im Rückblick erscheint es mir so, dass die damalige „Aktuelle Kamera“ der DDR gegen unsere jetzigen Nachrichten ein Hort der Wahrheit und des freien Journalismus war.

Ohne die Möglichkeiten des Internets würden wir in einer wahren Informationswüste dahinvegetieren. Schauen wir uns nur die Kriminalität an. Wie da die Tatsachen verschleiert und verbogen werden, ist einfach unfassbar. Oder all die Magazinsendungen. Überall und jede Woche dieselben Gesichter, die uns mit ihrem seichten Gewäsch das Gehirn vernebeln wollen. Gibt es mal ein kritisches Thema, das man nicht unterdrücken kann (Sarrazin), sitzt da dann ein einsamer Warner und wird von vier oder fünf linken Gutmenschen niedergemacht und die Moderatoren verbünden sich mit ihnen.

Bringen wir es auf den Punkt, wir haben eindeutig eine gleichgeschaltete Medienwelt mit ein paar ganz wenigen Ausnahmen, die sich aber leider nur auf die Printmedien beschränken. Es ist sehr, sehr traurig, was aus unserem Land geworden ist.

Peter Schumacher, Melsungen

Zu: „Bäume für die Welt“ (Nr. 3)

Wenn ein Junge im Alter von neun Jahren sich für das Wirken der kenianischen Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai (Mutter der Bäume) interessiert, so ist das schon „wirklich erstaunlich“. Soweit ich mich erinnere, habe ich mich – und das gilt auch für meine damaligen Mitschüler – mit neun Jahren nicht für Friedensnobelpreisträger interessiert. Sicherlich hatte auch keiner von uns wie Felix Finkbeiner einen Vater, der selbst in einer Umweltinitiative aktiv ist.

Vor zirka zehn Jahren nahm ich in China in der Nähe von Wuhan an einer Aufforstungsaktion teil, die von der Provinzverwaltung organisiert war. Man hatte auch alle derzeit in der Provinz vorhandenen ausländischen „Spezialisten“ dazu geholt. Es wurde gepflanzt, chinesische Reden gehalten und zum Schluss festlich gespeist. Es war ein unangenehm

kühler Tag, aber insgesamt gesehen ein „Mordsspaß“. Wenn man bedenkt, das in China jährlich mit neuen Kohlekraftwerken in etwa so viel CO₂ in die Luft gepustet wird, wie in Deutschland insgesamt pro Jahr emittiert wird, dann hat solch eine Baumpflanzaktion nur einen symbolischen Wert und ist bezogen auf die CO₂-Bilanz letztlich ein Flop.

In meiner Kindheit gab es bereits Baumpflanzaktionen wie zum Beispiel den „Tag des Baumes“, so dass die Initiative des neunjährigen Felix eigentlich nichts Neues oder Besonderes ist. Felix hat jetzt aber das Pflanzen der Bäume mit dem Klimawandel verquickt und als Ursache das CO₂ ausgemacht. Solche Kenntnisse sind wirklich erstaunlich. Ich habe zuerst im Biologie- und Chemieunterricht des Gymnasiums gelernt, dass es CO₂ gibt. Es gab allerdings damals auch keine Klimadiskussion. Darüber hinaus weiß Felix auch, wer die „Haupt-

verantwortlichen für den CO₂-Ausstoß“ sind, nämlich „Politiker und Manager“. So einfach ist das! Im nächsten Satz ist zu erfahren, dass „... als Ursache dafür die voranschreitende Entwaldung ausgemacht“ ist. Daraus könnte man ableiten, dass Politiker und Manager die Wälder abholzen lassen.

Desweiteren berichtet Felix, dass „Klimaskeptiker die natürlichen Schwankungen als Ursache für den Temperaturanstieg in Betracht ziehen“. Ich gehöre zu den sogenannten „Klimaskeptikern“, kann aber mit der nicht näher definierten Formulierung „natürliche Schwankungen“ wenig anfangen. Als Naturwissenschaftler und Techniker möchte ich Felix den Rat geben, seine „wirklich erstaunlichen“ Fähigkeiten zum Erlernen einiger physikalischer Grundlagen zu verwenden. Bereits mit der Anwendung des ersten und zweiten Hauptsatzes der Wärmelehre und Kenntnissen der kinetischen Gastheorie erscheint

die CO₂-Hypothese nicht haltbar. Wahrscheinlich kann ihm sein Vater als Umwelt-Aktivist bei einer solchen Initiative aber nicht behilflich sein.

Im mittleren Teil des Artikels wird informiert, dass Felix in Südkorea (wer zahlt das?) referiert hat. „Mehrere hundert Kinder aus 56 Ländern“ kamen anschließend „zu ihm auf die Bühne und versprachen, sich für dieses Ziel (eine Million Bäume zu pflanzen) einzusetzen“. Ich habe Schwierigkeiten mir vorzustellen, wie so viele Kinder auf einer Bühne Platz haben und wie das „Versprechen“ abgelaufen sein sollte. Aber genug damit.

Fazit: Ich erachte den gesamten Artikel für „naiv“. Ich werde den Verdacht nicht los, dass man ein Kind, das durchaus Initiative besitzen mag, für die Verfolgung ideologischer Ziele instrumentalisiert und überstrapaziert.

Dr. Gerd Scheppers, Marl

Naive Vorstellung der Klimaschützer

Der frühere englische Premierminister Winston Churchill sagte einmal: „Haltet Großbritannien weiß!“ („Keep Britain white!“) Europa befindet sich seit Churchill in Auflösung, nicht weil es die Bevölkerung so wollte, sondern weil die politische Elite es so will und unzählige Institute, Agenturen, NGO's und Stiftungen wie zum Beispiel der „Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration“, eine GmbH, die von der Stiftung Mercator, der Volkswagen-Stiftung, der Bertels-

mann-Stiftung, der Freudenberg-Stiftung, der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Körber-Stiftung und der Vodafone-Stiftung Deutschland finanziert wird, sowie die Medien viel Propaganda für eine schrankenlose Einwanderung machen.

Ähnlich wie schon zu Beginn des römischen Kaiserreiches zu beobachten, zieht sich die Mittelschicht in das Private, auf ihre Latifundien (Landgüter) innerhalb und außerhalb der eigenen Grenzen zurück und ergibt sich widerstandslos ihrem Schicksal. Parallel gibt es noch viele, unter anderem die allmähliche Auflösung der ehemals fast unbesiegbaren römischen Armee, der dramatische Rückgang der Geburtenrate innerhalb der einheimischen Bevölkerung und die Gleichgültig-

keit angesichts der Entwicklung im eigenen Land, in summa sind Ausprägungen ein und derselben Krankheit: der Verlust des Glaubens an die eigene Kultur und Zivilisation.

Aus der Geschichte zu wissen, dass Zivilisationen nicht ewig leben und trotz oder sogar aufgrund ihrer Überlegenheit untergehen, ist eine Sache, aber hautnah miterleben zu dürfen, wie die eigene Kultur und Zivilisation sich auf das Sterbebett legt oder eher gelegt wird, ist eine andere Sache. Aber selbst wenn die politischen Eliten die Totengräber Europas sind, trägt nicht jeder einzelne von uns den selbstzerstörerischen Freudschen Todestrieb unserer Zivilisation in sich?

Ralf Schmidt, Berlin

Tragen wir einen selbstzerstörerischen Trieb in uns?

Zu: „Heikles Wachstum“ (Nr. 3)

Deutschland ohne Deutsche? Nach der neusten Einwanderungsstatistik gab es im Jahr 2011 fast 110 000 Einwanderer aus Asien, aus Afrika kamen rund 25 000 Einwanderer. Insgesamt betrug die Zahl der Immigranten aus Nicht-EU-Staaten 181 000 Personen.

Alleine die Zahl der Einwanderer aus Asien und Afrika entspricht der Gesamtbevölkerung einer ganzen Mittelstadt und einer ganzen Kleinstadt – in nur einem Jahr. Im ersten Halbjahr 2012 hat sich dieser Trend noch einmal deutlich verstärkt fortgesetzt.

Die Entwicklung erinnert an den schleichenden Untergang des spätrömischen Reiches, an dessen Ende, auch befördert durch Ein-



MELDUNGEN

Kostenlose Ausnüchterung

Allenstein – Die Ausnüchterung in Allensteins „Ambulatorium für Nicht-Nüchterne“ ist seit dem 17. Januar kostenlos. Ärztliche Behandlung, einfache Schuhe, ein Bett einschließlich Decke sowie morgens Gerstenkaffee und die Möglichkeit zum Duschen – bis vor Kurzem musste man für eine solche Übernachtung in einer Allensteiner Ausnüchterungs-Zelle 250 Zloty (knapp 60 Euro) bezahlen. Inzwischen wird den Patienten des Ambulatoriums für Nicht-Nüchterne in Allenstein, dem einzigen im südlichen Ostpreußen, beim Verlassen der Unterkunft keine Rechnung mehr präsentiert. Anna Szewczyk, stellvertretende Direktorin des „Städtischen Zentrums für Heilung und Vorbeugung von Abhängigkeit“ begründet dieses damit, dass es keine rechtliche Grundlage für eine Rechnung gäbe. Die diesbezüglichen bisherigen Vorschriften sind vom Verfassungsgericht für nichtig erklärt worden und neue sind vom Staatspräsidenten noch nicht unterschrieben worden. Die Kosten der Unterhaltung des Ambulatoriums in Allenstein trägt die Stadt aus ihrem eigenen Haushalt, sie rechnet allerdings mit einer Erstattung durch den Staat. In der ersten Nacht nach der Abschaffung der Gebühr profitierten drei Personen davon. Bereits am darauffolgenden Vormittag suchten zwei weitere Personen die Einrichtung auf. Keiner von ihnen wäre im Stille gewesen seinen Aufenthalt zu bezahlen. Das ist durchaus typisch. Bevor jetzt die Gebühren abgeschafft worden sind, waren nur 20 Prozent von ihnen auch wirklich gezahlt worden. *PAZ*

»Wie Gott es will«

Braunsberg/Allenstein – Die diesjährigen Veranstaltungen aus Anlass des 400. Todestages der Seligen Regina Protmann, der Gründerin der Gemeinschaft der Katharinen-Schwesterinnen, haben in Braunsberg, ihrem Geburts- und Sterbeort, ihren Anfang genommen. Nach der Vesper-Feier in der Braunsberger Basilika begann ein Gottesdienst für die Jugend. Die Hauptveranstaltungen zum Todestag der am 18. Januar 1613 gestorbenen Seligen Regina werden im Mai in der Woiwodschaftshauptstadt Allenstein stattfinden. Die Ermländisch-Masurische Universität wird dabei sein. Geplant sind wissenschaftliche Konferenzen und die Präsentation des Buches über die Selige Regina unter dem Titel „Licht, das nicht verlöschen kann“, herausgegeben von der Schwester Kamilla Leszczynska und dem Pfarrer Dariusz Sonak. In der Republik Polen arbeiten zurzeit mehr als 140 Katharinen-Schwesterinnen. In der ganzen Welt sind es ihrer mehr als 600. Die Schwesterinnen arbeiten in Krankenhäusern, führen Kinderheime, Exerzitien-Häuser, lehren in Schulen und Kindergärten. Ihr geistiges Motto ist das der Gründerin, der Seligen Regina: „Wie Gott es will“. *PAZ*

Fischdorf darf weiter wachsen

Militär verweigerte bislang Übergabe eines Grundstücks – Verteidigungsminister Schojgu sagte Hilfe zu

Vor etwa zehn Jahren hat man am Pregelufer mit dem Bau des ehrgeizigen Projekts „Fischdorf“ begonnen. Es handelt sich um einen Gebäudekomplex in einer an die Architektur der Hanse erinnernden „historisierenden“ Bauweise. Der Weiterbau geriet allerdings aufgrund von Streitigkeiten mit dem Grundstückseigner, der Baltischen Flotte, ins Stocken. Ein Treffen des Gouverneurs Nikolaj Zukanow mit Verteidigungsminister Sergej Schojgu hat Bewegung in die Sache gebracht.

Mehrfach wurde in der Vergangenheit der Weiterbau des modernen Gebäudekomplexes „Fischdorf“ am Pregelufer in Königsberg aufgeschoben. Dass die ursprünglichen Pläne nicht realisiert wurden, liegt zum einen in der Wirtschaftskrise begründet, zum anderen gab es jedoch einen Grund, der mit der Krise nichts zu tun hat. Ein Metallzaun, hinter dem sich Gebüsch und halbzerstörte Gebäude befinden, lässt ahnen, dass es weitere Gründe für den Baustopp gibt. Schon als der Uferabschnitt zwischen dem Kneiphof und der Jubiläumsbrücke fertiggestellt wurde, war ein Grundstück eingezäunt. Dort sollten eigentlich die größten Gebäude des Architekturkomplexes entstehen. Was war hier geschehen?

Im Jahr 2004 schloss die Baufirma „Gesellschaft für Projektfinanzierung“ mit der Stadtverwaltung Königsberg und dem Kommando der Baltischen Flotte einen sogenannten Investitionsvertrag. In diesem Vertrag verpflichtete sich das Militär, der Stadt das Grundstück am Pregel mit den sich darauf befindlichen Gebäuden kostenlos zu übergeben, wobei die Stadt Königsberg die Grundstücke dann zur Bebauung



Noch ein unvollendetes Projekt: Gebäude im „Hansestil“ am Pregelufer in Königsberg

Bild: J.T.

mit Wohnraum für Militärangehörige und ihre Familien aufteilen sollte. Im Norden Königsbergs wurde der Wohnkomplex „Selma“ gebaut, jedoch hielt sich das Verteidigungsministerium danach nicht an die Vertragsbedingungen, indem es die Grundstücksübergabe in dem Moment verweigerte, als die Bauarbeiten am Pregel beginnen sollten.

Die Stadtverwaltung wandte sich an das Schiedsgericht, das eine für sie positive Entscheidung fällte. Im August 2012 wurde das Verteidigungsministerium dazu angehalten, der Stadt sieben unbewohnte Gebäude sowie ein Grundstück von 6400 Quadratmetern Größe kostenlos zu übertragen. Bei Gericht erklärten die Vertreter des Militärs, sie könnten das

Grundstück nicht kostenlos übernehmen, da ihnen dann die Mittel zur Erfüllung ihrer Verteidigungsaufgaben fehlen würden. Stattdes-

Militär wollte das Grundstück verkaufen

sen wollten sie das Grundstück lieber gewinnbringend verkaufen.

Experten schätzten den Wert des umstrittenen Grundstücks auf umgerechnet knapp 900 000 Euro. Nur im Sommer fährt der Zug täglich. Zu ihm gehören Großraum-Waggons mit 30 Sitzplätzen. Der Zug hält an den Stationen Heiligenbeil, Braunsberg, Elbing, Marienburg und Tschew, danach wird der Waggon nach Berlin an den Zug Kiew–Berlin angehängt und nimmt die Route über Frankfurt an der Oder in die deutsche Hauptstadt.

Die größte Konkurrenz für die Bahnverbindung ist die seit Sommer 2012 wieder bestehende Flugverbindung der „Air Berlin“ zwischen den beiden Städten. Jedoch schwanken die Preise für ein Flugticket zwischen 100 Euro und 300 bis 400 Euro. Da normalerweise Air-Berlin-Tickets auch in entferntere Ziele mit über drei Stunden Flugzeit unter 100 Euro kosten, ist der hohe Preis wohl ein Grund dafür, dass auch im Sommer die Flugzeuge in der Regel nur halb besetzt fliegen. *J.T.*

scheidung des Schiedsgerichts nicht zufrieden war, hat es Beschwerde eingelegt. Das 13. Berufungsgericht von Sankt Petersburg hat die Entscheidung des Königsberger Schiedsgerichts aufgehoben. Mit anderen Worten: Eine höhere Instanz hat dem Verteidigungsministerium genehmigt, das Gelände beim Fischdorf zu behalten.

Doch vor Kurzem hat die Situation eine unerwartete Wendung erfahren. Der neue Verteidigungsminister Sergej Schojgu hat die Position der Stadtverwaltung gestärkt. Das geschah bei einem Treffen von Königsbergs Gouverneur Nikolaj Zukanow mit dem Minister in Moskau. Es gelang ihm, eine vereinfachte Übergabeprozedur für das Grundstück

beim Fischdorf zu vereinbaren. Nach dem Treffen versicherte Zukanow: „Wir können die Fortsetzung des Projekts Fischdorf anstoßen. Von Seiten des Verteidigungsministers gibt es guten Willen.“

Nun gibt es neue Hoffnung, dass der Architekturkomplex Fischdorf doch noch vollendet wird. Auf dem umstrittenen Grundstück sollen Viertel mit den historischen Bezeichnungen „Carolinenhof“, „Turm Albrecht“ und „Alte Hanse“ entstehen, in denen neue Hotels, Restaurants und Cafés, Büros, Geschäfte und Kunstgalerien untergebracht werden sollen. Das Kultur- und Geschäftszentrum „Turm Bassel“ und der Aussichtsturm mit Uhr „Lomse“ sollen den Fischdorf-Komplex abschließen. *Jurij Tschernyschew*

Komfortabler Bahn fahren

Modernere Waggons auf der Strecke Königsberg–Berlin eingesetzt

Seit zehn Jahren gibt es eine ständige Bahnverbindung zwischen Königsberg und Berlin. In diesem Jahr soll die Bahnfahrt komfortabler werden, denn die Russische Eisenbahn setzt seit diesem Jahr auf einigen Routen neue Waggons mit Dusche ein, so auch auf der nach Berlin. Es handelt sich um Waggons vom Typ RIC, in dem es zwei Toilettenkabinen gibt, eine von ihnen ist mit einer Dusche ausgestattet. Die Türen werden elektronisch mit Plastikkarten bedient.

Ab 2014 sollen auf der Route Moskau–Berlin neue Züge vom Typ Talgo der spanischen Firma „Patentes Talgo S.L.“ eingesetzt werden. Diese Waggons sind mit einer Automatik zum Wechsel der Spurbreite von der russischen Breitspur auf die europäische Normalspur ausgerüstet. Dadurch kann unterwegs viel Zeit eingespart werden, weil die Reisenden an der Grenze nicht mehr warten müssen, bis die Fahrwerke gewechselt werden.

Ob durch den höheren Komfort zukünftig mehr Reiselustige auf die Bahn umsteigen werden, bleibt abzuwarten. Zurzeit hält viele der hohe Fahrpreis davon ab, die Bahn zu benutzen. Etwas befremdet zeigten sich die ersten

Aber eine Senkung der hohen Preise ist noch nicht geplant

Passagiere über die Waggons vom Typ RIC und deren Konstruktion. Sie sind enger als die bisher in Russland gebräuchlichen. Die größten stammen noch aus der DDR aus Ammendorf. Im Vergleich zu den klassischen Großwaggons sind die vom Typ RIC sehr eng, eine Gepäckablage scheint gar nicht vorgesehen.

Bislang war die Zugfahrt Berlin–Königsberg offensichtlich nicht die beliebteste Art zu reisen. In den vergangenen beiden Jahren wurde die Zugverbindung

wegen der rückläufigen Passagierzahl nur noch von Mai bis September angeboten, während sie früher ganzjährig bestand. Nur im Sommer fährt der Zug täglich. Zu ihm gehören Großraum-Waggons mit 30 Sitzplätzen. Der Zug hält an den Stationen Heiligenbeil, Braunsberg, Elbing, Marienburg und Tschew, danach wird der Waggon nach Berlin an den Zug Kiew–Berlin angehängt und nimmt die Route über Frankfurt an der Oder in die deutsche Hauptstadt.

Die größte Konkurrenz für die Bahnverbindung ist die seit Sommer 2012 wieder bestehende Flugverbindung der „Air Berlin“ zwischen den beiden Städten. Jedoch schwanken die Preise für ein Flugticket zwischen 100 Euro und 300 bis 400 Euro. Da normalerweise Air-Berlin-Tickets auch in entferntere Ziele mit über drei Stunden Flugzeit unter 100 Euro kosten, ist der hohe Preis wohl ein Grund dafür, dass auch im Sommer die Flugzeuge in der Regel nur halb besetzt fliegen. *J.T.*

Neue Attraktion

Deutschlandkarte mit DSGV-Filialnetz

Das Ermländisch-Masurische Heimatmuseum im Allensteiner Schloss hat eine neue Sehenswürdigkeit: eine frisch restaurierte Landkarte des Deutschen Reichs von 1927. Sie wurde vom berühmten Globenhersteller und Kartografen Paul Rsth (1881–1929) angefertigt und informiert über die reichsweiten Niederlassungen

des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV). Da in die 2,3 Meter lange und 1,8 Meter breite Landkarte auch die ostpreußischen Filialen dieses Geldinstituts eingezeichnet sind, weckte sie 2001 das Interesse der Museumsmitarbeiter. Das Problem war nur, dass das Allensteiner Museum über keine finanziellen Mittel für die erforderliche Restaurierung des ziemlich ramponierten Exponats verfügte. Die Kürzungen des polnischen Staates im Kultursektor ließen den Direktor des Museums, Janusz Cyganski, auf die Idee kommen, beim Nachfolger des DSGV, das bis heute

in der Bundesrepublik tätig ist, anzuklopfen. Nach ein paar Monaten Verhandlungen gingen die Vertreter des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. (DSGV) schließlich auf den Vorschlag des Allensteiner Museums ein und bezuschussten die beabsichtigte Restaurierung in einer das Museum zufriedenstellenden Höhe.

Restauriert mit Geld aus dem Westen

Mit den Renovierungsarbeiten wurde die Thorer Werkstatt für Konservierungsarbeiten und Archäologie beauftragt. Deren Mitarbeiter rekonstruierten die Landkarte und konservierten sie. Das ganze Restaurierungsvorhaben kostete etwa 4000 Euro. Am 10. Februar, so Cyganski langjährige Mitarbeiterin Ada Bogdanowicz, soll die sorgfältig restaurierte Karte samt anderen in der letzten Zeit vom Allensteiner Heimatmuseum erworbenen beziehungsweise kostenlos erhaltenen Ausstellungsstücken allen Interessenten zur Schau gestellt werden. *Grzegorz Supady*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

Frage – Antwort – Frage! Nach diesem Rhythmus laufen viele Anliegen ab, die an unsere Ostpreussische Familie gestellt wurden, und das hat seinen Grund. Die erste Frage wird grundsätzlich gestellt und wenn sie beantwortet wird, ergeben sich viele Möglichkeiten, die positiv oder negativ, hieb- und stichfest oder vage, klärend oder verwirrend sein können, so dass es einer oder mehrerer Nachfragen bedarf. Manchmal erst nach längerer Zeit wie in dem ersten Fall in unserer heutigen Kolumne. Unser Landsmann **Siegfried Dankert** aus Leipzig stellt sie, und da seine erste Frage ein erfreuliches Echo gefunden hatte, erhofft er das auch für seine zweite, aber die Erfüllung dieser Hoffnung wird schwieriger sein oder diese Frage wird gar überhaupt keine Resonanz finden. Vor zwei Jahren, als wir seinen ersten Wunsch veröffentlichten, ging es um Erlebnisberichte und weniger gezielt um bestimmte Personen. Herr Dankert hatte gefragt, wann die Sowjetarmee in Metgethen einfiel, und hatte drei ergiebige Antworten bekommen, darunter einen sehr detaillierten Bericht über die furchtbaren Ereignisse zwischen dem 29. Januar und 20. Februar 1945 in dem Königsberger Vorort. Nun also seine zweite Frage, diesmal nach ihm unbekanntem Nachfahren seiner Großeltern **Sembritzki** aus Königsberg. Leider kann Herr Dankert nicht den

Vornamen seiner Großeltern angeben – der Großvater hieß vermutlich **Karl**. Mit einem Fragezeichen ist auch die Nummer des Hauses in der Sackheimer Mittelgasse versehen, in dem die Familie **Sembritzki** wohnte: Nr. 43? Der kleine **Siegfried** war 1944 mit seinen Angehörigen evakuiert worden, und als sie aus dem Dorf bei Kreuzingen wieder nach Königsberg zurückkehrten, war das Haus auf dem Sackheim durch die Bomben zerstört worden. Das Ehepaar **Sembritzki** hatte drei Kinder: Sohn **Walter**, der mit **Siegfrieds** Vater zusammen in Gefangenschaft war, Sohn **Karl**, der bei der

Marine war und den Krieg überlebte, und Tochter **Maria**, die Mutter von Herrn **Dankert**. Sie blieb in Königsberg und verstarb dort im Mai 1947. „Ich hoffe so sehr, dass sich jemand meldet und mir irgendeine Auskunft geben kann“, schreibt Herr **Dankert**. Er denkt dabei an Verwandte, Freunde oder Nachbarn der Familie **Sembritzki** und hofft sogar auf Fotos von seinen Großeltern – aber da dürfen wir die Erfolgsliste nicht zu hoch setzen. Gerade bei Fotowünschen muss man Abstriche machen. Was trotz Bombenhagel, Beschuss, Plünderung und mutwilliger Zerstörung noch gerettet werden konnte, ging dann oft in Fluchtgepäck verloren. Das sieht auch Herr **Dankert** ein, aber er lässt sich noch ein Türchen offen: „Meine Suche beginnt spät, doch die Hoffnung stirbt zuletzt!“ (Siegfried



Eltern trauern um ihre Kinder: Alter Grabstein auf dem Friedhof in Akmonischken

Bild: privat

Dankert, Weißdornstraße 47 in 04209 Leipzig, Telefon 0341/4118354.)

Manchmal bekommt man aber auch ein unerwartetes Echo zu spüren, und so wird auch Frau **Gisela Kaulfuß** sehr überrascht sein, wenn sie den Brief von Frau **Elfriede Jahn** liest. Es hat nämlich so gar nichts mit dem Heimatdorf ihrer Vorfahren zu tun, denn das ist Rausching im Kreis Rößel, über das Frau **Kaulfuß** eine kleine Chronik verfasst hat. Nein, die

Berlinerin wird auf ihre Geburtsstadt angesprochen – von einer Leserin, die ihre Kindheit in Niederschlesien verbracht hat. Ostpreußen hat hier nur eine Mittlerrolle gespielt. Frau **Jahn** stützte beim Lesen unserer Familienseite, als sie den Namen „Kaulfuß“ las, denn den hatte sie doch oft von ihrer Großmutter gehört und ihn bis heute nicht vergessen. Die Mittsiebzigerin wurde in Hirschberg geboren und mit ihren Angehörigen im Dezember 1946 von den Polen vertrieben. Sie schreibt: „Meine Großmutter **Selma** geborene **Fürll**, *1888, wohnhaft gewesen zu der Zeit in Regensberg-Giehren, Kreis Löwenberg, stammte von einem größeren Bauernhof. Sie erzählte damals, dass sie einige Zeit bei einer Familie **Kaulfuß** in Berlin in Stellung gewesen war und erklärte mir unter anderem, wie sie dort Austern knacken musste. Vielleicht war meine Großmutter bei dieser Familie **Kaulfuß** tätig, zu der Frau **Gisela Kaulfuß** gehört. Bitte übermitteln sie ihr diese Nachricht, da sie ja auch einiges aus der Vergangenheit wissen möchte. Ich selber stelle auch über meine Vorfahren Erkundigungen an, was aber leider zwecklos ist, da die Polen die Evangelischen Kirchenbücher verbrannt haben.“ Soweit Frau **Jahn**, die heute in Düsseldorf wohnt. Es ist durchaus möglich, dass hier eine Verbindung besteht, der seltene Familienname lässt dies vermuten, und so können wir gespannt sein, was sich daraus entwickelt.

Nun aber zu Zuschriften, die weit über das Persönliche hinausgehen und in denen unsere Leserinnen und Leser als Informanten gefragt werden. Herr **Michael Heidler** aus Steinheim wendet sich wegen einer Recherche zur Rüstungsgeschichte an uns. Seit einigen Jahren forscht er über die Fertigung von Volkssturm-Waffen in der Endphase des Zweiten Weltkrieges. Herr **Heidler** bezieht sich in seinem Schreiben auf zwei Werke in Danzig und Königsberg und fragt nach Heimatforschern oder anderen Personen, die sich mit diesem Thema befassen. Auf diesen Basisinformatio-

nen baut sich seine Suche auf: „Trotz der aussichtslosen Lage sollten gegen Kriegsende diverse Primitiv-Waffen für den Volkssturm doch noch den Endsieg bringen. Auch die Firma **Schichau** in Danzig hatte mit der Produktion des ‚Volkssturmgewehrs VG2‘ begonnen. Zwar sind bislang keine Realstücke mit dem offiziellen Herstellerzeichen ‚fqe‘ gefunden worden, aber laut diversen Unterlagen sind einige Stücke hergestellt und ausgeliefert worden. Ebenso wurde die Königsberger Brauerei **Ponarth** zur ‚Leitfirma Volksgewehr‘ ernannt. Ob diese selber auch Waffen herstellte, ist nicht bekannt. Sicher ist jedoch, dass sie die Fertigung der Einzelteile und deren einwandfreie Endmontage zu kontrollieren hatte. Aus diesem Grund bin ich derzeit auf der Suche nach Fotos dieser Firmen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges oder nach Kriegsende. **Schichau Elbing** ist überall zu finden, aber Danzig nicht. Das Volkssturmgewehr wurde aber bei **Schichau** im eingeschlossenen Danzig gefertigt.“ Soweit die Anfrage von Herrn **Heidler**, die zwar nur einen kleinen Kreis unter unseren Lesern anspricht, deren Aussagen aber für seine Arbeit sehr wichtig sind. (Michael **Heidler**, Eschenweg 45 in 89555 Steinheim am Albuch, E-Mail: heidler.michael@web.de)

Heimatforscher sind auch bei der Frage eines Lesers aus der Schweiz gefragt, allerdings führt sie weit in die Geschichte zurück, denn Herr **Hans Klemke** aus Winterthur glaubt, dass einer seiner Vorfahren aus Ostpreußen stammt. Es handelt sich um den Pastor **Michael Klembken**, der anno 1678 im Matrikel der **Albertina** als „**Mich. Klembkus** von Mornovien, Polon.“ aufgeführt wird. Er wurde Probst in Livland und erscheint bei **Karl E. Napierski** als „1657 in Ostpreußen geboren“. Nun hieß die Provinz **Preußen** erst seit 1773 amtlich Ostpreußen und wir haben auf den Karten aus jener Zeit kein **Mornovien** entdecken können. Es ist anzunehmen, dass dieser Ort im damaligen Königreich **Polen** zu suchen ist. Nicht nur dieses rätselhafte **Mornovien** beschäftigt Herrn **Klemke**, er sucht auch den Geburtsort seines Ur-Ur-Ur-Großvaters **Carl Ludwig Klemke**, der 1803 in **Memel** geheiratet hat und dort Gastwirt war. Wer kann unserem Leserfreund aus der Schweiz weiterhelfen? (Hans **Klemke**, Morgenweg 3 in CH 8404 Winterthur, Telefon 0041/52/2335249, E-Mail: hans.klemke@bluwin.ch)

Noch einmal zu „Klumpenbank“ – dieser Bericht von **Herbert Skroblin** in Folge 50/12 hat in unserer Leserschaft viele Erinnerungen geweckt und auf eine muss ich eingehen, weil sie für die

Klotzkorken eine Bezeichnung enthält, die bisher nicht genannt wurde: Gänserümpfe! So hat die Mutter von Frau **Ilse Conrad-Kowalski** die Schlorren benannt, und ein Paar dieser Holzschuhe besitzt unsere Leserin noch immer. Schon in ihren Mädchenjahren hat sie bei dem damals sehr beliebten Laienspiel „Tein Poar Klomp“ mitgewirkt, manche älteren Leserinnen werden sich an den Sketch im heimischen Platt gerne erinnern. Die Gänserümpfe, die Frau **Conrad-Kowalski** noch hin und wieder trägt, hat sie allerdings nicht im Fluchtgepäck aus der Heimat mitgenommen. Bei einem Hollandbesuch ließ sie sich das Paar nach Maß in einer Klumpenmakerei anfertigen. In ihrer ersten Stelle auf dem Dorf waren sie geradezu unentbehrlich, sie hat die Gänserümpfe gerne getragen, weil sie so gut passten, und trägt sie heute noch hin und wieder.

Seit Jahrzehnten besucht Herr **Bernd Dauskardt** Ostpreußen, und hier besonders den nördlichen Teil, das Memelland. Ihn zieht es nicht unbedingt zu den Stätten und Orten, „wo was los ist“. Deshalb wird er immer wieder – auch von Landsleuten – gefragt, warum er so oft und lange auf den Kirchhöfen verweile, da könne man doch nichts erleben. Das sieht Herr **Dauskardt** nun ganz anders. „Nirgends sind wir unseren Ahnen so nahe wie auf den alten Friedhöfen, von denen viele erhalten blieben, viele sind zugewachsen und verwildert. So besuche ich regelmäßig den Kirchhof in dem kleinen Ort **Akmonischken** im Kirchspiel **Coadjuthen**, da wo Ostpreußen praktisch zu Ende ist.“ Und hier fiel Herrn **Dauskardt** beim letzten Besuch ein besonderer Grabstein auf, dessen Inschrift ihn bewegte. Die Beschriftung ist offensichtlich frisch in Silberfarbe nachgezogen worden, also muss jemand noch heute eine persönliche Verbindung zu diesem Grab haben. Es könnten Nachkommen der hier einst lebenden Familie **Petereit** sein, denn dieser Name ist dreimal auf dem Grabstein verzeichnet. Und die Daten besagen, dass es Geschwister sind, die hier liegen. Das beweist auch die Inschrift unter Kreuz und Palmenzweig: „Hier ruhen in Gott unsere lieben Kinder.“ Sie sind so jung gestorben: **Martha** mit 15, **David** mit zwölf und **Heinrich** mit 18 Jahren. Innerhalb von sechs Jahren verloren die Eltern ihre wahrscheinlich einzigen Kinder. Das

zwingt Herrn **Dauskardt** zum Nachdenken, denn ihm ist schon oft bei seinen Friedhofbesuchen die früher herrschende hohe Kindersterblichkeit aufgefallen. Ein Grund waren die ansteckenden Kinderkrankheiten, für die es noch keine Mittel gab. Am furchtbarsten grassierte die Diphtherie, die damals „Bräune“ genannt wurde. Herr **Dauskardt** hofft nun durch die Veröffentlichung seines Fotos einen Hinweis auf die Familie **Petereit** zu bekommen, nicht gerade ein seltener Name im nördlichen Ostpreußen, auch in seiner Ahnenreihe kommt er vor. (Bernd **Dauskardt**, Eichenweg 8 in 21279 Hollenstedt, Telefon 04165/80343.)

Die ostpreussische Familie



Ruth Geede

Bild: Pawlik

Noch einmal zu unserem schönen Seebad **Cranz**. Wir müssen Frau **Ingeborg Winkler** aus Meppen bitten, sich erneut mit voller Adressenangabe bei uns zu melden, damit sie die gewünschte Kopie der Panoramakarte aus der Prospektmappe bekommt, die Herr **Alfred Görlietz** aus Hamburg für uns angefertigt hat – aus einem gut erhaltenen **Cranzer** Prospekt aus den 30er Jahren, den er auf einer Müllhalde entdeckt hatte. Diese großartige Panoramakarte hat für Frau **Winkler** eine besondere Bedeutung, denn sie glaubt darauf die beiden Häuser zu finden, die ihrem Vater in **Cranz** gehörten. Und tatsächlich ist der „**Königsberger Hof**“ darauf erkennbar, sogar mit Extraangabe über Lage und Besitzer. Frau **Winkler** dürfte sich über diese Entdeckung freuen. Ein Foto von dem vereinten **Cranzer** Seesteg brachten wir in Folge 50/12, weil es einen Eindruck von der Kälte eines ostpreussischen Wintertages vermittelt, und es konnte tatsächlich geschehen, dass selbst in der **Cranzer** Bucht mit ihrer berühmten Brandung die See zufror, so dass man auf ihr gehen konnte. Dieses Ereignis hat die Königsberger Schriftstellerin **Frieda Magnus-Unzer**, *1875 in **Groß Holstein**, in ihrer Schilderung von einer Wanderung über die zugefrorene Ostsee festgehalten, die wir heute als Extra-Beitrag für unserer Familienseite ausgewählt haben.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Ich gehe auf der See

Als in **Cranz** die Ostsee zugefroren war

Ich gehe auf der See, zum ersten Mal in meinem Leben, obgleich mein Haar schon weiß ist und ich hier im Samland zu Hause bin. Es kommt ein Lebensgefühl, ein Mut zum Abenteuer, ja, ein Rausch über mich. – Wenn mein Hund zum ersten Mal im Jahr die Schneedecke über das Land gebreitet sieht, stürzt er sich wie ein Besessener hinein und jagt in großen Kreisen durch die weiße Pracht, dass sie hoch aufstiegt. Heute kann ich ihm nachempfinden, aber ich kann nicht auf und davon jagen durch die weiße Weite, sondern ich wandere, ohne mich umzusehen, in die See hinein, in unsere Ostsee. Der Himmel um mich wird wie eine Glocke, die mit ihren Rändern auf dem Horizont läutet, und die Kälte klingt wie Geläut in den Ohren. Auf dem weißen Schneeteppich

schreitet es sich gut voran, nur hier und da unterbrechen aufgerichtete Schollen die Fläche. Ihre Spitzen springen unter dem Faustschlag ab und rutschen springend über das Eis. Unentwegt setze ich einen Schritt vor den anderen, so, als ob es ewig so weitergehen sollte. „Du Mensch, geh aus dir heraus, so dass du nie wieder zu dir zurückkommst, und gehe so tief in Gott hinein, dass du nie wieder herauskommst“, sagt **Meister Eckehard**. Ich gehe und gehe und vor mir ist nichts als weiße Weite – ich will doch aber die offene See sehen! Eine Stunde ist vorüber, da erscheint am Horizont eine dunkle graugrüne Rinne. Soll ich jetzt umkehren? Hinter mir liegt wie ein schmaler Strich das Land. Dreiviertel meines Blickfeldes bildet das gefrorene Wasser, und dort weit vorne ist die offene See. Ich



Auch die berühmte **Cranzer Brandung** musste dem Eis weichen

muss noch näher heran. Es scheint doch, als ob Eisschollen dort schwimmen, auf denen schwere schneeweiße Eibären ruhen. Also vorwärts, weiter in die See hinein. Da erscheint im Eis,

den zartesten Formen wächst er aus der Fläche und steht mit federfeinen Spitzen hoch aufgerichtet. Das Eis darunter hat eine gelbliche Farbe, es geht so etwas wie eine Warnung von dieser Veränderung aus. Doch der Mutwille packt mich, und ich mache noch ein paar Schritte über die Grenze. Da ist es, als ob mir etwas Einhalt gebietet: Hier gehört nichts Spielerisches her! Weißt du überhaupt, wo du bist? Ich trete über die Grenze zurück und weiß, ich bin tief genug hineingegangen in die See. Die gelbe Wintersonne, die ich bisher nicht beachtet hatte, senkt sich vor meinen Augen und macht mir mit ihrem milden Schein, der immer wärmer wird und sanft ins Rötliche übergeht, die Rückkehr zur festen Erde leichter. Nach einer halben Stunde finde ich sogar die eigenen Fuß-

stapfen wieder und gehe still dem Land zu, während die Sonne wie ein roter Ball in den Abgrund des Abends rollt. Eine alte Frau erhebt die Hand, als ich wieder festen Boden unter den Füßen habe, und sagt: „So tückisch wie im Sommer ist sie auch im Winter. Seit gestern erst stehen die Schollen, und wer weiß, wann sie wieder gegangen sein werden.“ Und wirklich, als die Strandbewohner von **Cranz** vier Tage später am Morgen aus den Fenstern sahen, war in aller Stille bei Nacht das ganze Eisfeld fortgezogen und die Schollen standen in weiter Ferne zu einem weißen Gebirge getürmt in der See! **Frieda Magnus-Unzer** (Aus der 1940 herausgegebenen Anthologie mit Werken ostpreussischer Schriftsteller „Land der dunklen Wälder“, Pd. Verlagsgemeinschaft Ostpreußen, Königsberg (Pr.) R.G.

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Schwetasch, Alwin, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Ballnus, Hedwig, geb. **Preikschat**, aus Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, am 7. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Fallbach, August, aus Kleinheidenau, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar

Szametmat, Lotte, geb. **Grätsch**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 5. Februar
Tillert, Franz, aus Blumental, Kreis Lyck, am 8. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Biesemeier, Elfriede, geb. **Riehl**, aus Treuburg, Wilhelm Gustloff Straße, am 5. Februar

Hermann, Fritz, aus Seerappen, Kreis Samland, am 4. Februar

Hubert, Edith, aus Ebenrode, am 6. Februar

Mallek, Hans, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 8. Februar

Waschk, Horst, aus Neidenburg, am 9. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Hoffmann, Martha, geb. **Frank**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 8. Februar

Kaffka, Frida, aus Lyck, Yorkplatz 3, am 4. Februar

Schöl, Erich, aus Leifbienen, Kreis Wehlau, am 7. Februar

Schwarznecker, Erna, geb. **Merten**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Blaschke, Hildegard, geb. **Niertert**, aus Lyck, Eisenbahn Haus 3, am 6. Februar

Janett, Dora, geb. **Lunau**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 6. Februar

Kroll, Hertha, geb. **Berlinke**, aus Ludwigsort, Kreis Heiligenbeil, am 5. Februar

Labude, Hildegard, geb. **Paulini**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 6. Februar

Loch, Heinz-Wilhelm, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 4. Februar

Peters, Martha, geb. **Kukulies**, aus

Tawe, Kreis Elchniederung, am 8. Februar

Riedelsberger, Lotte, geb. **Ernigkeit**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 5. Februar

Schmidt, Willi, aus Lyck, Morgenstraße 17, am 7. Februar

Theierl, Hildegard, geb. **Kohlke**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 10. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Buroff, Alma, geb. **Skowronnek**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 7. Februar

Dill, Elli, geb. **Zobe**, aus Pilgramsaue, Kreis Neidenburg, am 8. Februar

Ewert, Hedwig, geb. **Tillert**, aus Lyck, am 10. Februar

Katzmarzik, Agnes, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 6. Februar

Kühling-Schediwiy, Ilse, geb. **Blumstein**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 7. Februar

Reuter, Ingeborg, geb. **Schmökel**, aus Eisenberg, am 7. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bartkowski, Kurt, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 3. Februar

Christofzik, Anneliese, aus Lisken, Kreis Lyck, am 6. Februar

Danielzik, Heinrich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 10. Februar

Dahmen, Erika, geb. **Borchert**, aus Frisching, Kreis Preußisch Eylau, am 6. Februar

Haustein, Helen, geb. **Kondoch**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 10. Februar

Kamutzki, Charlotte, geb. **Drutsch/Grabowski**, aus Eydtkau, und Prostken, Hauptstraße 9, Kreis Ebenrode, am 4. Februar

Klick, Erna, geb. **Ludwig**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 8. Februar

Kupczyk, Gertrud, geb. **Framke**, aus Bludau, Kreis Samland, am 8. Februar

Losch, Walter, aus Neidenburg, am 5. Februar

Matthees, Hildegard, geb. **Rasch**, aus Lyck, Yorkstraße 35, am 8. Februar

Rohde, Lieselott, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 6. Februar

Schwandt, Melitta, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 4. Februar

Steffen, Margarete, geb. **Kowall-**

eck, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 5. Februar

Treinies, Willi, aus Kripfelde, Kreis Elchniederung, am 9. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Adamaszek, Franz-Heinz, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 4. Februar

Bast, Charlotte, geb. **Fritz**, aus Ebenrode, am 7. Februar

Becker, Ursula, geb. **Scharwies**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 5. Februar

Büttner, Grete, geb. **Gerull**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 9. Februar

Burbott, Gerhard, aus Stobingen, Colm Kreis Wehlau, am 7. Februar

Grieschat, Valentina, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, am 2. Februar

Kummetz, Bruno, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 6. Februar

Ludwig, Ruth, geb. **Trzaska**, aus Lyck, Abbau, am 5. Februar

Sender, Gerhard, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar

Willutzki, Dr. Hans, aus Plötzen-dorf, Kreis Lyck, am 7. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Arndt, Reinhold, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 10. Februar

Baldzuhn, Edeltraut, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 6. Februar

Bogumil, Berthold, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 7. Februar

Broge, Günter, aus Genslack, Neu Zimmrau, Kreis Wehlau, am 5. Februar

Büchner, Ursula, aus Rauschen, Kreis Samland, am 4. Februar

Denda, Heinz, aus Ortelsburg, am 9. Februar

Diekmann, Dorothea, geb. **Liebold**, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 10. Februar

Dreimann, Elfriede, geb. **Christochowitz**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 10. Februar

Fischer, Willy, aus Regehen, Kreis Samland, am 9. Februar

Flügel, Gerda, geb. **Scheufele**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 3. Februar

Güldenstern, Adalbert, aus Ir-glacken Waldheim, Kreis Wehlau, am 7. Februar

Gwiasda, Ruth, geb. **Schwanke**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 6. Februar

Jablonowski, Willy, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 8. Februar

Kanert, Arno, aus Plohzen, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar

Link, Lucie, geb. **Lockowandt**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 9. Februar

Loch, Magdalena, geb. **Loch**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 9. Februar

Leopold, Cäcilia, geb. **Werner**, aus Wokellen, Kreis Preußisch Eylau, am 17. Januar

Maurans, Helene, geb. **Zablewsk**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 4. Februar

Neiß, Werner, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 7. Februar

Poreda, Hans, aus Funken, Kreis Lötzen, am 2. Februar

Rafaël, Erich, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 8. Februar

Schlicker, Günther, aus Alexwangen, Kreis Samland, am 8. Februar

Schlaugat, Reinhold, aus Bartken, Kreis Treuburg, am 4. Februar

Stadeler, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 4. Februar

Stolz, Karl-Heinz, aus Neusorge/Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 10. Februar

Weiß, Lieselotte, geb. **Tylitzki**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 8. Februar

Wiebrock, Frieda, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, am 3. Februar

Winzbeck, Ruth, geb. **Kotowski**, aus Monken, Kreis Lyck, am 8. Februar

Wittek, Fritz, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 6. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bläsing, Christel, geb. **Patz**, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 9. Februar

Bobrink, Christa, geb. **Pallutt**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 5. Februar

Brandt, Willy, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 6. Februar

Bugnagel, Otto, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 10. Februar

Burow, Agnes, geb. **Gudde**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 8. Februar

Conrad, Kurt, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 6. Februar

Czerwonka, Sigrid, geb. **Glowienka**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 5. Februar

Dubies, Heinz, aus Milussen, Kreis Lyck, am 4. Februar

Frenkler, Heinz, aus Langenberg, Kreis Elchniederung, am 7. Februar

Gehrke, Wolfgang, aus Neidenburg, am 2. Februar

Georgi, Christel, geb. **Krutschinna**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 6. Februar

Gundlack, Heinz, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 7. Februar

Herfert, Ilse, geb. **Strehl**, aus Seedorf, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar

Hermund, Erika, geb. **Horn**, aus Gauleden, Bärenbruch, Kreis Wehlau, am 4. Februar

Kinne, Waltraut, geb. **Janzon**, aus Schnellwalde-Leisnerberg, Kreis Mohrungen am 8. Februar

Kischkoweit, Horst, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. Februar

Kizina, Werner, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar

Köpke, Heidi, geb. **Rautenberg**, aus Klein Medenau, Kreis Samland, am 10. Februar

Kowalsky, Ingeborg, geb. **Kreien-**

sen, aus Allenburg, Königstraße, Kreis Wehlau, am 4. Februar

Kriege, Marie, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, am 1. Februar

Larws, Eva, geb. **Todtenhaupt**, aus Allenburg, Am Markt 44, Kreis Wehlau, am 6. Februar

Laufersweiler, Günther, aus Narthen, Kreis Neidenburg, am 9. Februar

Mainka, Anneliese, geb. **Mentz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. Februar

Malenk, Werner, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 5. Februar

Meisterknecht, Erwin, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 9. Februar

Rega, Siglinde, geb. **Grust**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 2. Februar

Schmidt, Erika, geb. **Sanio**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 6. Februar

Schrage, Anneliese, geb. **Skiba**, aus Neidenburg, am 8. Februar

Symanowski, Johannes, aus Gingen, Kreis Lyck, am 6. Februar

Wedler, Fritz, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, am 10. Februar

Weißborn, Renate, geb. **Böhme**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 8. Februar

Wiese, Elisabeth, geb. **Pfeffer**, aus Gauleden-Palwe, Kreis Wehlau, am 6. Februar

Zalenga, Willi, aus Neidenburg, am 3. Februar

Zielke, Helga, geb. **Broska**, aus Rettkau, Kreis Neidenburg, am 6. Februar

Zipperling, Brigitte, geb. **Ohneszeit**, aus Wehlau, Grabenstraße 24, am 10. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Achramowicz, Ingeborg, geb. **Zielinski**, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 7. Februar

Doerfer, Helga, aus Milken, und Freiort, Kreis Lötzen, am 6. Februar

Friedrich, Grete, geb. **Sewerin**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 4. Februar

Huwe, Manfred, aus Grünau, Kreis Lötzen, am 4. Februar

Karsch, Sabina, geb. **Darge**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 7. Februar

Korell, Claus Christian, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 10. Februar

Leutritz, Christel, geb. **Hölger**, aus Allenburg, Königstraße 13, Kreis Wehlau, am 7. Februar

Lofski, Siegfried, aus Grudshöfchen, Kreis Bartenstein, am 31. Januar

Olbrisch, Erna, geb. **Link**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 6. Februar

Plaumann, Ulrich, aus Wehlau, am 4. Februar

Reich, Peter, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. Februar

Scharfschwerdt, Fritz, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, am 10. Februar

Schimkat, Werner, aus Wehlau, Petersdorfer Straße 15, am 10. Februar

Schlutow, Günther, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 6. Februar

Vryze, Elisabeth, geb. **Werner**, aus Windkeim/Klein Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 6. Februar

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Kreismgemeinschaften erteilen Auskunft:

Die Rechtslage schreibt vor, dass Adressen nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare nicht mehr zu veröffentlichen.

Damit Glückwunsch- und Grußkarten die Jubilare doch noch erreichen könnten, haben die Vertreter der Kreismgemeinschaften bei der diesjährigen Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) sich dazu bereit erklärt, bei der Adressenvermittlung behilflich zu sein. Wer also einem Jubilare persönlich gratulieren möchte, wende sich bitte an die angegebene Kreismgemeinschaft. Ihre PAZ

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 2. Februar, 17.40 Uhr, Arte: Verschollene Film-schätze. 1963: Ich bin ein Berliner.

SONNABEND, 2. Februar, 19 Uhr, Arte: Mit offenen Karten. Irische Ratspräsidentenschaft der Europäischen Union.

SONNABEND, 2. Februar, 19.30 Uhr, 3sat: Exclusiv – Die Reportage. Raus aus Afghanistan – Der schwierige Abzug der Bundeswehr.

SONNABEND, 2. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Lise Meitner – Die Mutter der Atombombe.

SONNABEND, 2. Februar, 21.05 Uhr, Arte: Marie Curie. Biografie.

SONNTAG, 3. Februar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 3. Februar, 16.30 Uhr, MDR: Ein Wochenende mit Ursula Karusseit.

SONNTAG, 3. Februar, 14.10 Uhr, 3sat: China – Revolution des Kapitalismus.

SONNTAG, 3. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Das Tor des Drachen – Chinas langer Aufbruch.

SONNTAG, 3. Februar, 23.35 Uhr, MDR: Geschichte Mittel-deutschlands – 70 Jahre Stalingrad.

MONTAG, 4. Februar, 20.15 Uhr, ARD: Der Apple-Check.

MONTAG, 4. Februar, 23.30 Uhr, RTL: Und plötzlich ist es dunkel. Wenn die Stromrechnung unbezahlbar wird.

DIENSTAG, 5. Februar, 14 Uhr, 3sat: Die Weichsel. Von der Quelle bis zur Ostsee.

DIENSTAG, 5. Februar, 14.45 Uhr, 3sat: Die Oder. Von der Neiß bis zur Ostsee.

DIENSTAG, 5. Februar, 17.45 Uhr, 3sat: Karelien. Wo Russland finnisch ist.

DIENSTAG, 5. Februar, 20.15 Uhr, Arte: In den Fängen der Internet-Mafia.

DIENSTAG, 5. Februar, 22.25 Uhr, 3sat: Mittelschicht – Angst vor dem Abstieg.

DIENSTAG, 5. Februar, 23.30 Uhr, 3sat: Geschlossene Gesellschaft – Rückzug ins Private.

DIENSTAG, 5. Februar, 23.35 Uhr, Sat.1: akte Ärztepunsch. Ratgeber.

MITTWOCH, 6. Februar, 20.15 Uhr, SWR: betrifft. Weg mit der Brille? – Chancen und Risiken des Augenlaserns.

DONNERSTAG, 7. Februar, 14.30 Uhr, HR: Ostpreußens Zaubwald.

DONNERSTAG, 7. Februar, 19.15 Uhr, Phoenix: Das Potsdamer Stadtschloss.

DONNERSTAG, 7. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Katharina die Große. Eine deutsche Prinzessin wird Zarin; Auf dem Gipfel der Macht.

DONNERSTAG, 7. Februar, 22.30 Uhr, Arte: Chemie im Wasser.

DONNERSTAG, 7. Februar, 23.05 Uhr, MDR: Der Rennfahrer Manfred von Brauchitsch.

FREITAG, 8. Februar, 14.30 Uhr, HR: Winter in Ostpreußens Zaubwald.

FREITAG, 8. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Im Land der Piraten. Terror vor Somalias Küsten.

TERMINE DER LO

Jahr 2013

9./10. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.

16./17. März: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).

15. bis 17. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont.

19. bis 21. April: Kulturseminar in Bad Pyrmont.

5. bis 12. Mai: Werkwoche im Kopernikushaus in Allenstein.

17. bis 20. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



**BADEN-
WÜRTTEMBERG**

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Donnerstag, 7. Februar, 18 Uhr, Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 16. Februar, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Frauengruppe und Schabbern.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 6. Februar, 14.30 Uhr, Hotel Sölch, Hauffstraße 14: Die Landsmannschaft Ost-, Westpreußen sowie Pommern laden herzlich zum Heimatnachmittag ein. Das Motto lautet: „Das gab es auch in Ostpreußen ... schunkeln, munkeln und lustig sein!“



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 20. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: Monatszusammenkunft der Gruppe. Thema: „Ostpreußens bedeutende Frauen, Teil 2“.

Erlangen – Donnerstag, 14. Februar, 16.45 Uhr, Freizeitzentrum Frankenhof, Südliche Stadtmauerstraße 35, Raum 20: Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein.

Hof – Sonnabend, 16. Februar 14 Uhr, Restaurant Altdeutsche Bierstube, Am Kuhbogen: Traditionelles Grützwurstessen nach ostpreußischem Rezept (Achtung um eine Woche verlegt!). Gäste sind herzlich willkommen. – **Be-**

richt von der Jahreshauptversammlung – ohne Neuwahl des Vorstandes. Trotz der winterlichen Verhältnisse hatte sich eine stattliche Anzahl von Besuchern zur Jahreshauptversammlung der Gruppe eingefunden. Der 1. Vorsitzende dankte den Teilnehmern für ihr Kommen und kündigte ein reiches und interessantes Nachmittagsprogramm an. Nach einem gemeinsam gesungenen Lied stellte Bernd Hüttner den Prominenten des Nachmittags vor: Udo Lattek, der am 16. Januar 1935 in Bosenb, Landkreis Sensburg, Ostpreußen, geboren wurde. Er ist ein bekannter deutscher Fußballspieler und als Fußballtrainer erzielte er höchste Erfolge. Als Trainer von Bayern München und Borussia Mönchengladbach gewann Lattek insgesamt acht deutsche Meistertitel. Er ist mit dieser Bilanz der erfolgreichste Vereinstrainer Deutschlands. Außerdem gewann er alle drei Wettbewerbe im Europapokal (Europapokal der Landesmeister, UEFA-Pokal, Europapokal der Pokalsieger). Lattek wurde gegen Ende des Zweiten Weltkrieges aus seiner Heimat vertrieben und fand mit seiner Familie im Rheinland eine neue Heimat. Hier begann seine sportliche Laufbahn mit Erfolgen in Deutschland und späterem Einstieg in Spanien. Durch eine Reise nach Ostpreußen wurden vor allem seine Kindheitserinnerungen wieder wachgerufen. Eine nahegehende Biografie. Der 1. Vorsitzende Christian Joachim gab dann einen Jahresrückblick. Den vergangenen Geburtstagskindern wünschte er alles Gute und in einer Schweigeminute erhob man sich zu ehrendem Gedenken an das treue verstorbene Mitglied Helmut Marx. Der Vorstand bleibt unverändert: 1. Vorsitzender Christian Joachim, Schatzmeister Klaus-Dieter Napromski, Vertreterin Christl Starosta, Schriftführerin Renate Pfaff, Vertreterin Jutta Starosta, Sozialbetreuerin Waltraut Hahn, Jugendreferentin Jutta Starosta, Kulturreferent Bernd Hüttner 2. Kulturreferentin Gerda Künzel, Revisor Gerd Oehler. Beisitzer: Hildegard Drogomir, Detlef Kruck, Peter von Lossow, Renate Oehler. Für ihre langjährige Treue

wurden mit einer Urkunde vom Vorsitzenden geehrt: Gertrud Schaller für 30 Jahre, Doris Franke für 30 Jahre, Christian Joachim für 30 Jahre, Jutta Joachim für 30 Jahre, Christel Joachim für 25 Jahre, Alexandra Dams für 20 Jahre. Mit ihren monatlichen Zusammenkünften hat die Gruppe einen fast familiären Rahmen, die vielen auch bedeutenden Veranstaltungen 2012 zeugen von großem Interesse und die Zusammenarbeit des Vorstandes sei hervorragend, führte der Vorsitzende aus. Schatzmeister Klaus-Dieter Napromski verlas seinen Kassenbericht 2012. Er dankte für



die Spenden, die außer den Beiträgen bei ihm eingingen. Für seine vorbildliche Führung der Kasse wurde er vom Revisor Gerd Oehler, der gesundheitlich verhindert war, in einem persönlichen Schreiben für die korrekte, richtige Arbeit bestätigt. Jugendreferentin Jutta Starosta gab nun einen Jahresbericht 2012 von der Tanzgruppe. Die vielseitigen Auftritte der Gruppe waren eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit. Leider sind die finanziellen Mittel begrenzt. Die Neuanschaffungen und Änderungen der Kostüme seien kostspielig, ihre gesamte Arbeit wird durch Spenden getragen. Jutta Starosta dankte für die große Anerkennung der Leistung ihrer Jugendgruppe und bat um mögliche finanzielle Unterstützung. Christian Joachim dankte allen Vortragenden und Geehrten für ihre Leistungen. Langanhaltender Beifall war der Dank für alle Ausführenden. Mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied klang dieser ausgefüllte Nachmittag aus. Bei gemeinsamem Plausch saß man noch länger zusammen.

Landshut – Dienstag, 19. Februar, 14 Uhr, Insel: Zusammenkunft der Gruppe. Spaß mit Kinder- und Jugendfotos vieler Mitglieder, zusammengestellt als Videoaufzeichnung.

München – Freitag, 8. Februar, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe.

Sarnberg – Donnerstag, 14. Februar, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Die Gruppe trifft sich zum Faschingskranz.

Würzburg – Bericht von der **Generalversammlung** – Die Kreisgruppe hielt satzungsgemäß die Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Klaus Philipowski hatte dazu eingeladen. Erfreulicherweise war die Versammlung gut besucht. Sicher haben sich die Verhältnisse im landsmannschaftlichen Bereich wesentlich geändert. Die Mitglieder werden weniger; aber sie sind noch da. Das Heimatbewusstsein schwindet immer mehr. Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung wird immer Bestandteil der landsmannschaftlichen Basis bleiben. Die Erlebnisse von Flucht und Vertreibung leben in der Erinnerung weiter und sind bei den Landsleuten haften geblieben. Heimat ist eben ein Begriff, den man nicht ohne Weiteres eliminieren kann. Die Gruppe möchte deshalb wir das wenige Heimatbewusstsein, das ihr als Landsmannschaft geblieben ist, aufrechterhalten. Die Kreisgruppe hat in diesem Jahr ein kleines Jubiläum, auf das sie eigentlich stolz sein müsste. Vor 65 Jahren wurde sie in Würzburg gegründet. Die Gruppe wurde aus dem Nichts heraus geschaffen und

war anfangs stark. Leider sieht es heute anders aus. Die Gruppe ist trotz aller Rückschläge, die es im Laufe der Jahrzehnte gab, nach wie vor funktionsfähig. Sie bietet den Mitgliedern monatlich ein heimatbezogenes Programm an. Die Referenten kommen aus den eigenen Reihen. Das Programm während des Jahres ist abwechslungsreich und geht durch den Jahreskreis: Faschingsveranstaltungen, Muttertagsfeiern, Erntedank oder Walpurgisfeier sorgen für gewissen Rhythmus. Ein Highlight ist nach wie vor die vorweihnachtliche Feier. Hier spürt man den Familiensinn der Gruppe. Ältere, behinderte Landsleute werden von den Angehörigen gebracht. Die Finanzlage der Gruppe ist geordnet. Die Kassiererin Gertrud Philipowski erhielt für die saubere, einwandfreie Buchführung Lob und Anerkennung. Landsmann Günter Skulschus hat sämtliche Belege überprüft. Es gab keine Beanstandungen. Nachstehend aufgeführten Landsleuten wurde das Treueabzeichen mit der dazugehörigen Urkunde verliehen: Harry Gegner, Gertrud Kistner, Elsbeth Och, Jürgen Orłowski, Günter und Christa Skulschus, Georg Wilkowski, Helga Tegtmeier, Wolfgang Klammer, Lotte und Theodor Look. Es stand verständlicherweise die Frage an: wie geht es weiter? Die Gruppe hat keinen Nachwuchs. Der Vorstand möchte zurücktreten. Deshalb ist der Vorstand bestrebt, eine Übergangsposition zu schaffen, um die Kreisgruppe zu erhalten. Der Vorstand wurde entlastet.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blnde.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Heilsberg / Röbel – Sonnabend, 2. Februar, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Faschingsfeier, Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Röbel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



Lyck – Sonnabend, 2. Februar, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt – Sonnabend, 9. Februar, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppen. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



Rastenburg – Sonntag, 10. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sonntag, Telefon (033232) 188826.



Wehlau – Sonntag, 10. Februar, 15 Uhr, Gasthaus Linden Garten, Alt Buckow 15a, 12349 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



Frauengruppe – Mittwoch, 13. Februar, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin:

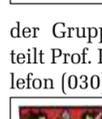
Treffen der Frauengruppe. Bunter Nachmittag mit Singen und lustigen Begebenheiten aus Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 15. Februar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen



der Gruppen. Informationen erteilt Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



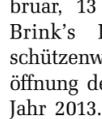
Angerburg / Darkehmen / Goldap – Donnerstag, 21. Februar, 14 Uhr, Restaurant Oase America, Borussienstraße 62, 12102 Berlin: Winter in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



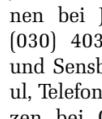
Bartenstein – Sonnabend, 23. Februar, 13 Uhr, Restaurant Heidelbeere, Heidelberger Platz 1, 14197 Berlin: Treffen der Gruppe zum Eisbeisessen. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



Königsberg / Samland / Labiau – Sonntag, 10. März, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der



Gruppen. Informationen bei Professor Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Telefon (04521) 4094-830, Fax (04521) 4094-831, Mobil (0173) 6254277, E-Mail: elard.gottberg@gottberg-logistik.de.



Oranienburg – Sonnabend, 9. Februar, 10 Uhr, Gaststätte Zu den drei Linden, Oranienburg-Sachsenhausen, Friedrichstraße 56: **Neuwahl** beim Bund der Vertriebenen in Oberhavel. Die Mitglieder der Vereine und Heimatgruppen der Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Schlesier und Sudeten aus dem Kreis Oranienburg sind eingeladen, auf ihrer nächsten Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand ihres BdV Kreisverbandes OHV e.V. zu wählen. Alle Mitglieder der oben genannten Vereine und Heimatgruppen werden gebeten, an dieser Mitgliederversammlung teilzunehmen.



Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 25. Februar, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum

BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Dienstag, 5. März, 8.30 Uhr, Busbahnhof vor dem Cinemaxx: Auf Wunsch vieler Mitglieder wird erneut eine **Busfahrt nach Lüneburg** mit Besichtigung des Ostpreußischen Landesmuseums ermöglicht. Die dortige Dauerausstellung wird immer wieder ergänzt und zeitgemäßen Erfordernissen angepasst. Die Organisatoren wissen, dass dieses für alle Teilnehmer von großem Interesse ist und dass auch der neue Leiter des Museums, Herr Dr. Joachim Mähner, den meisten noch nicht bekannt sein dürfte. Die Gruppe hat daher angefragt, ob er ihr die wichtigsten Neuerwerbungen der letzten drei Jahre und auch die Erweiterung des Hauses um die deutschbaltische Abteilung vorstellen könnte und bedankt sich für seine Zusage. Nach seinem Vortrag besteht die Gelegenheit, Höhepunkte der Dauerausstellung sowie die aktuelle Sonderausstellung „Mythos und Wirklichkeit der Herrenhäuser im Baltikum“ zu besichtigen. Das Mittagessen und ein eventueller Stadtpaziergang können individuell gestaltet werden. Um 15 Uhr erfolgt die Rückfahrt. Unterwegs soll erneut das beliebte Hofcafé im „Eggershof“ in Ellingen zur Kaffeetafel besucht werden. Der Preis beträgt 35 Euro für Fahrt, Vortrag, Eintritt und Kaffeetafel. Anmeldungen werden ab sofort direkt bei Frau Venderbosch, Telefon 4854633 erbeten.



Bremerhaven – Freitag, 22. Februar, 14.30 Uhr, Barlachhaus: **Jahreshauptversammlung.**



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 25. Februar, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag.

KREISGRUPPE

Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

FRIELING-VERLAG BERLIN: PERSÖNLICHE BETREUUNG, KOMPETENZ UND QUALITÄT

Machen Sie Ihre *Erinnerungen* zu einem wertvollen *Zeitzeugnis!*

In Form einer Autobiografie erhalten diese einen bleibenden Wert für nachfolgende Generationen.

➔ Schicken Sie uns Ihre Lebensgeschichte!

FORDERN SIE UNVERBINDLICH GRATIS-INFORMATIONEN AN:
Frieling-Verlag Berlin • 12161 Berlin • Rheinstr. 46 • Tel. (0 30) 766 99 90
E-Mail: lektorat@frieling.de • www.frieling.de/paz

Pflegebedürftig, was nun?
Verantwortungsbewusstes Personal aus Polen wohnt bei Ihnen zu Hause und betreut Sie rund um die Uhr.
Tel. 04 51 / 81 31 117, Frau Verwiebe

Masuren - Königsberg - Danzig
Kurische Nehrung
Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

Wirkungsvoll werben
Telefon (0 40) 41 40 08 47
www.preussische-allgemeine.de

Schreiben Sie?

Wir veröffentlichen Ihr Manuskript!

Seit 1977 publizieren wir mit Erfolg Bücher von noch unbekanntem Autoren. Kurze Beiträge passen vielleicht in unsere hochwertigen Anthologien. Wir prüfen Ihr Manuskript schnell, kostenlos und unverbindlich.

edition fischer
Orber Str. 30 • Fach 71 • 60386 Frankfurt
Tel. 069/941 942-0 • Fax -98 / 99
www.verlage.net
E-Mail: lektorat@edition-fischer.com

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Zeppelin, Frohmenstraße 123-125. Rückfragen bei Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon / Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Darmstadt-Diebig - Sonnabend, 9. Februar, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus, Bürgerhaus am See, Kranichstein, Grundstraße 10, Telefon (06151) 9711815: Die Gruppe wird fröhliche Stunden beim „Preußischen Fasteloabend“ erleben. Wie üblich beginnt die Veranstaltung mit der Kaffeetafel. Mit humoristischen Beiträgen sowie mit Musik und Gesang wird das weitere Programm gestaltet. Die Gruppe freut sich über jeden, der hierzu etwas beiträgt.

Kassel - Donnerstag, 7. Februar, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederrzwehren, AWO-Seniorenheim, Am Wehrturm 3: Treffen der Gruppe. Um 15 Uhr ist die **Jahreshauptversammlung**. Anschließend lesen Gertraud Nitschky und Gerhard Landau Texte von Wille Kamp aus „Ostpreußen wie es war“.

Wiesbaden - Dienstag, 12. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: **Treffen der Frauengruppe**. Allerlei zur Fassnacht. Ein närrischer Nachmittags mit Spaß an der Freud. - Sonnabend, 16. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: **Monats-treffen**. Streifzug durch Ostpreußen. Dia-Vortrag von Dieter Schetat. Wer Ostpreußen kennt, den begeistern seine landschaftliche Schönheit, seine kleinen beschaulichen Städtchen und Dörfer, seine Alleen und die einmalige Dünenlandschaft. Das alles, in stimmungsvollen Bildern eingefangen, soll Erinnerungen an die unvergessene Heimat wecken. Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen. - Donnerstag, 21. Februar, Gaststätte Haus Waldsee, Ostpreußenstraße 46: **Stammtisch**. Serviert wird Schmandhering. Es kann auch nach der Karte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 15. Februar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenu, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt - Donnerstag, 14. Februar: Es findet kein Treffen statt. Winterferien.

Osnabrück - Dienstag, 12. Februar, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln.

Freitag, 15. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld - Montag, 4. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der **Frauengruppe Ost- und Westpreußen**. - Donnerstag, 7. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: **Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt**. - Donnerstag, 14. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Ostpreußisch Platt. - Donnerstag, 21. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: **Literaturkreis**.

Bonn - Dienstag, 5. Februar, 18 Uhr, Haus am Rhein: **Vortrag von Eimar Schubbe**: „Zwei Jahrzehnte Engagement in Estland - eine vorsichtige Bilanz.“ - **Ostpreußenreise der Kreisgruppe Bonn** vom 13. bis 23. Juni. Programm: Donnerstag, 13. Juni Abfahrt von Sankt Augustin, Bonn, Köln, Dortmund, Hannover nach Posen zur Übernachtung im „Novotel“. Freitag, 14. Juni Weiterfahrt nach Gnesen, Dombesichtigung, weiter nach Thorn, Rundgang in Thorn, Mittagspause. Weiter nach Allenstein, Einquartierung im Hotel. Sonnabend, 15. Juni Besuch des Sommerfestes in Osterode, Rückfahrt nach Allenstein. Sonn-

Alle Seiten »Heimatarbeit«
auch im Internet

tag, 16. Juni Besuch des Gottesdienstes in Jommendorf, 10 Uhr Besuch des Freilichtmuseums in Hohenstein. Weiterfahrt nach Sensburg zur Übernachtung im Hotel „Solar Palais“ für drei Übernachtungen direkt am Czoss See gelegen. Montag, 17. Juni Masurenrundfahrt, Bootsfahrt mit Staaken auf der Kruttina, dort auch Mittagessen. Abends Bootsfahrt auf dem Spirdingsee. Dienstag, 18. Juni Fahrt nach Lyck, Stadtbesichtigung. Besuch der deutschen Minderheit im Wasserturm, dort Kaffee und Kuchen, Zeit für Gespräche. Soldatenfriedhof-Besuch. Rückfahrt nach Sensburg, Abendessen und Übernachtung. Mittwoch, 19. Juni Weiterfahrt nach Braunsberg über Heilsberg (Besichtigung) nach Braunsberg, „Hotel Kristal“, dann nach Frauenburg, Übernachtung im „Hotel Kopernik“. Donnerstag, 20. Juni Dombesichtigung, Besuch unseres Gedenkstein, Haffüberfahrt nach Kahlberg, Badeaufenthalt und per Schiff zurück nach Frauenburg. Ein Tagesbesuch per Taxi nach Königsberg von Braunsberg ist möglich, wir kümmern uns um das Visum. Freitag, 21. Juni Weiterfahrt nach Danzig, Fotostopp an der Marienburg, Stadtrundgang Danzig, Kloster Oliwa, Seesteg Zoppot, Übernachtung im „Hotel Dom Muzyka“. Sonnabend, 22. Juni Weiterfahrt von Danzig über Lauenburg, Stolp nach Stettin, Stadtbesichtigung, Hakenterrasse und Schloss, Übernachtung im Hotel „Radisson“. Sonntag, 23. Juni Rückfahrt entlang der gleichen Haltestellen wie auf der Hinreise. Gesamtkosten: Bus und Halbpension, Eintritte pro Person im Doppelzimmer 858 Euro, Zuschlag für Einzelzimmer 190 Euro bei 40 Teilnehmern. Bei mindestens 30 Teilnehmern verteuert sich der Preis um 50 Euro. Anmeldung zur Ostpreußenreise bei Manfred Ruhnau Bahnhof-Straße 35 B, 53757 St. Augustin

Dortmund - Montag, 18. Februar, 14.30 Uhr, Landgrafenschule,

Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düren - Mittwoch, 13. Februar, 18 Uhr, HDO, Holz Straße 7A: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf - Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorffsaal, I. Etage: Chorprobe der Düsseldorf Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter Leitung von Radostina Hristova. - Sonnabend, 2. Februar, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), GHH / Eichendorff-Saal: Karnevalsveranstaltung für alle Landmannschaften. Veranstalter: LM Schlesien, Ostpreußen, Pommern. - Montag, 4. Februar, 19 Uhr, GHH / Konferenzraum: Vortrag von Dr. Bernd Ulrich: „Vor 70 Jahren - die Schlacht von Stalingrad.“ - Mittwoch, 6. Februar, 18 Uhr, GHH / Konferenzraum: Vortrag von Miroslav Kunstat: „Eine Reizfigur. Zum tschechischen politischen Diskurs über Evard Benesch.“ - Mittwoch, 6. Februar, 19 Uhr, Haus der Kirche, Bastionstraße 6: Podiumsdiskussion. „Unser Europa! Alle reden nur vom Geld, wir reden vom Wert.“ - Freitag, 8. Februar, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. - Mittwoch, 13. Februar, 15 Uhr, GHH, Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. - Donnerstag, 21. Februar, 19 Uhr, GHH / Konferenzraum: Lesung mit Dr. Hajo Buch und Dr. Winfrid Halder: „Meine Lieblingsnovelle von Werner Bergengruen.“ - Donnerstag, 21. Februar, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch.

Ennepetal - Donnerstag, 21. Februar, 18 Uhr: **Monats- und Jahreshauptversammlung**. Grützwurst nach Monikas Art.

Essen - Freitag, 15. Februar, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfsstraße 51, 45144 Essen: **Jahreshauptversammlung** mit Matjesessen.

Neuss - Sonntag, 17. Februar, 14 Uhr (Beginn 15 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: **Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl**.

Wesel - Sonntag, 17. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: **Jahreshauptversammlung mit Neuwahl**. Alle Mitglieder und Heimatfreunde sind eingeladen. Eine Kaffeetafel ist vorbereitet.

Witten - Montag, 18. Februar, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde, Lutherstraße 6-10: Fasching/Karneval, fröhlicher Rückblick.

Wuppertal - Sonnabend, 9. Februar, 14 Uhr, Hofaue 51 (Kolkmannhaus), Wuppertal-Elberfeld: Karnevalsfeier. - **Bericht von der Jahreshauptversammlung** - Die gut besuchte Jahreshauptversammlung war die vierte Veranstaltung der Ostpreußen in der neuen Begegnungsstätte, die von allen Landmannschaften und Gruppen genutzt wird. Dank der Bemühungen der BdV- und LO-Ehrenvorsitzenden Margarete Caspar und es BdV-Kassenwarts Erhard Grünwald waren die Raumsuche und der Umzug erfolgreich. Der 1. LO-Vorsitzende Hartmut Pfecht dankte den Mitgliedern für ihre Unterstützung und Treue. Anschließend berichtete er über die Veranstaltungen des vergangenen Jahres, sehr gut besucht waren die Adventsfeier, das Mal- und Erntedankfest, aber auch alle anderen verzeichneten regen Besuch. Die Themenpalette der Veranstaltungen war breit gefächert: Osterbräuche, Frühlings- und Herbstlieder, Vortrag über Friedrich den Großen, vervollständigt durch den Besuch der Preußenausstellung in Ratingen. Der 1. Vorsitzende organisierte eine wunderschöne, einwöchige Spessarttour mit vielen Sehenswürdigkeiten. Weiter folgten die Berichte der Kassenwartin Ursula Busch, der Tanzgruppen- und Handarbeitsleiterinnen Ursel Knocks und Rosy Pfecht. Langjährige treue Mitglieder erhielten Urkunden wie zum Beispiel Hedwig Lipkl, die mit ihrem leider zu früh

verstorbenen Ehemann stets für die LO wirkte. Hartmut Pfecht konnte die Mitgliederzahl trotz Sterbefällen um sechs neue Mitglieder vergrößern, außerdem gelang es ihm, die hiesige Gruppe in der örtlichen Presse zum Verein der Woche zu deklarieren. Dora Kalkhorst, die bis 1995 die Gruppe mit Erfolg geleitet hatte, zeichnete den amtierenden 1. Vorsitzenden Hartmut Pfecht mit der Verdienstnadel der Landesgruppe NRW der LO aus.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüme, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen/Rhein - Freitag, 15. Februar, 16.30 Uhr, Gaststätte Mayer Bräu, Schillerstraße, Ludwigshafen-Oggersheim: Treffen der Gruppe zum Heringessen.

Ludwigshafen-Gartenstadt - Sonntag, 16. Februar, 14 Uhr, St. Hedwigskirche, Brandenburger Straße 1-3: Fastensonntag mit Eucharistiefeier. Anschließend gemütliches Beisammensein im Pfarrhaus.

Mainz - Donnerstag, 21. Februar, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen. - Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

Neustadt an der Weinstraße - Sonnabend, 16. Februar, 18 Uhr, Restaurant Bürgerstübel, Mußbach: Matjesessen mit Pellkartoffeln.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexanders.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz - Mittwoch, 13. Februar, 10 Uhr, Treffpunkt Apotheke an der Zentralhaltestelle: Wan-

dergruppe. - Freitag, 15. Februar, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen der Frauengruppe. - Freitag, 22. Februar, 14 Uhr, Clausstraße 27: Veranstaltung zum Thema: „Galeere lebenslänglich“ von Dr. Bernhard Fisch.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau - Montag, 11. Februar, 14 Uhr, Krötenhof: Die Gruppe trifft sich zum Kappenfest.

Magdeburg - 8. Februar, 15 Uhr, Sportgaststätte TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. - Sonntag, 10. Februar, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Faschingsmonat. - Dienstag, 19. Februar, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelmminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg - Donnerstag, 14. Februar, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik, Kielseng, 30: Kaffeestunde mit der **Jahreshauptversammlung 2013**. Anschließend Vortrag der Flensburger Polizei mit dem Thema: „Gezielte Verkaufsangebote für ältere Menschen vor der Haus-, Wohnungstür!“

Neumünster - Sonnabend, 9. Februar, ab 12 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Die Gruppe trifft sich zum traditionellen Königsberger Klopsessen. Sie nimmt diesen Tag zum Anlass und hält Rückschau auf „60 Jahre Ostpreußen-Treffen“. Anmeldungen bitte bis zum 4. Februar unter Telefon (04321) 82314. - Die Kreisgruppe traf sich am 9. Januar zu einem **Dia-Vortrag mit Landsmann Horst Lessing** zum Thema „Die DDR 1986/1987 unter meinen Augen gesehen“ Schwer-

punkt Sachsen/Thüringen. Es war ein interessanter Dia-Vortrag mit sehr schönen ausgewählten Fotos, eine Gegenüberstellung alter und neuer Gebäude verschiedener Städte - Weimar, Potsdam, Erfurt, Rostock, Schwerin - um nur einige zu nennen. Überhaupt gab er einen Überblick über eine vergangene Zeit und das gesellschaftliche Leben. Zum Schluss seines eindrucksvollen Berichtes gab es viel Beifall.

Ostpreußisches Landesmuseum

Mittwoch, 13. Februar, 19 Uhr, (Einlass ab 18.30 Uhr), **Ritas Leute - eine deutsch-russische Familiengeschichte. Autorenlesung mit Ulla Lachauer.**

„Ritas Leute“ handelt von der jungen, lebenslustigen Rita Pauls: selbstbewusst im Auftreten, von barocker Statur und mit einer herrlichen Gesangsstimme begabt. Sie wohnt und lebt in Mannheim und hat eine große, weit verstreute Familie - Ritas Leute. Das Besondere: Rita stammt aus dem fernen Kasachstan, ist erst 1989 mit ihrer Familie nach Deutschland gekommen und gehört zu den mittlerweile zwei Millionen Russland-Ausiedlern, die im wiedervereinigten Deutschland leben. Ulla Lachauer schildert das Schicksal der Familie Pauls auf die sehr persönliche, menschliche Art und Weise, die ihr eine riesige Lesergemeinde gesichert hat. Kosten: 5, ermäßigt 3 Euro

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, Fax (04131) 75995-11, E-Mail: presse@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landmuseum.de.

Anzeige

SCHIFFE MENSCHEN SCHICKSALE

Die seit vielen Jahren monatlich erscheinende Zeitschrift
SCHIFFE - MENSCHEN - SCHICKSALE

hat sich mit spannenden auf Tatsachen beruhenden Darstellungen und vielen Informationen einen sicheren Platz bei allen Schifffahrtinteressierten geschaffen. Der Leser wird über das Schicksal von Seglern, Tankern, Passagier-, Handels- und Kriegsschiffen aller Klassen, Epochen und Nationen informiert, besonders über Hintergründe und Ursachen spektakulärer Schiffsuntergänge und -unglücke sowie über denkwürdige Ereignisse zur See in Friedens- und Kriegszeiten.

Augenzeugenberichte, die Mitarbeit bedeutender Sachbuchautoren und umfangreiche Illustration mit zum Teil noch unveröffentlichten Bildern runden die beeindruckenden Dokumentationen ab.

Die Sammlung umfaßt nunmehr über 220 Ausgaben und 10 Sonderhefte, die sich mit speziellen Themen, wie z.B. besonderer Seeschlachten oder dem Schicksal in den Weltmeeren gestrandeter deutscher Seeleute beschäftigen.



Fordern Sie unsere kostenlose Broschüre über alle bisher erschienenen Titel an:

Verlag Rudolf Stade · Holtener Str. 67 · 24105 Kiel · Tel. 0431-566496 · info@druckerei-stade.de

Eine komplette Übersicht aller erschienenen Hefte sowie Bestellmöglichkeiten im Internet:

WWW.SCHIFFE-MENSCHEN-SCHICKSALE.DE

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.



TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

55. Heimatpolitische Tagung in Rotenburg (Wümme) – Von Sonnabend, 23. bis Sonntag, 24. Februar findet die Tagung in der Theodor-Heuss-Schule, Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium), 27356 Rotenburg (Wümme) statt. Programm: Sonnabend, 23. Februar, 15 Uhr (ab 14 Uhr Kaffee/Tee und Kuchen): 1. Eröffnung durch die Kreisgemeinschaft, 2. Begrüßung durch den Patenkreis, 3. Grußwort der Gäste, 4. Vorträge: Prof. Dr. Dr. h.c. Ingo von Münch, „Die Leiden der ostpreußischen Frauen 1944/45 – verschwiegen, verdrängt, aber nicht vergessen“; Wilfried Gerke, „Preußische beziehungsweise deutsche und polnische Minderheitenpolitik am Beispiel Großpolens seit 1815“. Gemeinsames Abendessen um 19 Uhr: Elchbraten. Sonntag, 24. Februar, 9.30 Uhr: Ministerialrat a.D. Dr. Jürgen Martens, „Das Engagement des westpreußischen Landesmuseums in Polen“. Schlusswort. Gemeinsamer Gesang. Ende gegen 12 Uhr. Verbindliche Anmeldungen und Mitteilung von Übernachtungswünschen werden bis zum 15. Februar bei Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, erbeten.

Bildband – Der Bildband „Tilsit auf alten Postkarten“ erfreut sich großer Nachfrage. Er enthält 118 Abbildungen von Tilsiter Ansichtskarten aus der Vorkriegszeit, zum Teil in Farbe. In einem Anhang wird gezeigt, was von der alten Bausubstanz noch erhalten ist. Restbestände sind noch erhältlich. Der Bildband kann bei Ingolf Koehler, Telefon (0431) 242214 angefordert werden.



Wirken Sie mit an der Stiftung.
Fürst Fugger Privatbank
Konto-Nr.: 1001634983
BLZ: 72030014

»Zukunft für Ostpreußen!«



TREUBURG

Kreisvertreterin: Ingrid Meyer-Huwe, Heinrich-Heine-Straße 51, 30173 Hannover, Telefon/Fax (0511) 884928, E-Mail: eusebius@kabelmail.de. Stellvertreter: Siegfried Schmidtke, Marienweg 31, 50858 Köln, Telefon (02234) 996441, schmidtke@ubcom.de. Geschäftsführer: Mattias Lask, Amselweg 51, 44822 Mettmann, Telefon (0211) 1699118, mlask@online.de. Präsidentin der Kreisgemeinschaft: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, iklink@gmx.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Nachruf auf Dr. Ing. Heinrich Mattheè – Wir mussten Abschied nehmen von unserem ehemaligen, langjährigen, verdienstvollen Kreisvertreter Dr. Ing. Heinrich Mattheè.

Als im Sommer 1996 klar wurde, dass unser Kreisvertreter Gerhard Biallas aus gesundheitlichen Gründen das Amt als Kreisvertreter nicht mehr übernehmen konnte, stellte sich Dr. Heinrich Mattheè als Kreisvertreter zur Verfügung, obwohl er beruflich noch sehr engagiert war. Er wurde dann im September 1996 zum Kreisvertreter gewählt, und wir waren alle froh, dass es mit unserer Kreisgemeinschaft gut weiterging. Dr. Mattheè hat die Kreisgemeinschaft bis 2008 geführt, als er dann seinerseits dieses Amt aus gesundheitlichen Gründen aufgeben musste. In dieser Zeit hat er viel bewirkt und sich dadurch um Ostpreußen und besonders um Treuburg sehr verdient gemacht. Ich möchte aus seinem Lebenslauf berichten und auch Teile aus der Laudatio zitieren, die anlässlich der Verleihung der goldenen Ehrennadel gehalten wurde.

Heinrich Mattheè wurde am 31. Juli 1935 als Sohn des Erbhof-

bauern Otto Mattheè und seiner Ehefrau in Ringen, Kreis Treuburg, geboren. Im Oktober 1944 müssen die Eltern mit den Kindern Gertrud und Heinrich den Hof verlassen, und kommen in den Kreis Sensburg. Im Januar 1945 schickt der Vater den 9-jährigen Heinrich mit seiner Schwester zu der ältesten Tochter, die in Wolfenbüttel verheiratet war. Die Eltern selbst dürfen nicht fort. Da muss der kleine Heinrich also schon eine große Verantwortung für sich und seine Schwester übernehmen. Dieser Fluchtweg dauert über drei Wochen. Die Eltern bleiben für fast zwei Jahre in Masuren verschollen, ehe sie krank und gebrochen 1946 in Wolfenbüttel eintreffen.

Nach dem Besuch der Volksschule geht Heinrich auf die Oberschule, kommt als Austauschschüler für ein Jahr in die USA. Durch Stipendien aus dem Lastenausgleich war ihm das möglich. Auch das Bergbaustudium in Clausthal-Zellerfeld wurde durch Stipendien aus dem Lastenausgleich und als Werkstudent finanziert. Nach Beendigung des Studiums, das er als Dipl. Ing abschloss, ergab es sich, dass er

**Heinrich Mattheè
verschrieb sich
seiner Heimat**

durch einen Forschungsauftrag in Clausthal-Zellerfeld promovieren konnte. Bei einem Studententreffen in Berlin lernte er seine Frau, eine Königsbergerin, kennen. Sie heirateten 1962 und bekamen drei Söhne.

Dr. Mattheè war in der Zementbranche tätig, er weilte von 1970 bis 1980 weltweit im Ausland. Ab August 1968 arbeitete er 32 Jahre lang in leitender Stellung bei Dyckerhoff-Zement, zuletzt als Direktor in Lengerich. Er wollte sich den Ostpreußen zur Verfügung stellen, da er sich den Menschen, die dort jahrhundertlang gewirkt hatten, verpflichtet fühlte. Zitat aus der Laudatio vom 8. November 2008: „Dr. Heinrich Mattheè

war von 1996 bis 2008 Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Treuburg. Es ist sein Verdienst, dass am 25. Oktober 2003 nach jahrelangen Vorbereitungen und Herrichtung der alte evangelische Friedhof in Treuburg eingeweiht werden konnte. Die Hinweistafel des Friedhofes stellt fest, dass dort von 1820 bis 1945 deutsche Bürger aus [Marggrabowa]/Treuburg und Umgebung ihre letzte Ruhe gefunden haben. Die Lebenden werden aufgefordert, dieser Tatsache zu gedenken und den Friedhof zu ehren. Die Tafel weist zudem deutlich darauf hin, dass die Errichtung der Gräberstätte mit Mitteln der Kreisgemeinschaft Treuburg und durch die Förderung der Stadt Olecko, der Landsmannschaft Ostpreußen und der Patenstadt Leverkusen in deutsch-polnischer Verständigung ermöglicht worden ist.

Im Jahre 1945 hatten die Polen an dem alten Treuburger Preußenstandmal den Adler ausgetauscht und eine Tafel mit einem Text angebracht, der für die deutschen Heimatvertriebenen aufgrund falscher historischer Aussagen unzumutbar war. Dr. Heinrich Mattheè forderte daher im Jahre 1999, dass nicht über gemeinsame Projekte mit der Stadt Olecko gesprochen werden dürfe, solange dieser Tafeltext existiere. Es ist sein Verdienst, dass das Denkmal mit dem nicht akzeptablen Text durch einen Granitstein mit einer polnischen Inschrift ersetzt worden ist. Die deutsche Übersetzung findet sich auf einer Bronzetafel auf dem Kirchberg, die ebenfalls am 25. Oktober 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist. Sie gedenkt aller Menschen, dank denen die Bürger der Stadt Olecko in Frieden leben und jenen Menschen, die sich besonders um die Stadt seit ihrer Gründung im Jahre 1560 verdient gemacht haben.

Ein weiteres Projekt, in das sich Dr. Heinrich Mattheè intensiv eingebracht hat, ist die Restaurierung des alten Rathauses aus dem Jahre 1818, Dr. Ing Heinrich Mattheè hat sich um die Landsmannschaft Ostpreußen und die Kreisgemeinschaft Treuburg verdient

gemacht. In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines Einsatzes für Ostpreußen verleiht ihm die Landsmannschaft Ostpreußen das goldene Ehrenzeichen. Damit all seine Pläne verwirklicht werden konnten, hat Herr Dr. Heinrich Mattheè viele Reisen in die Heimat unternommen, manchmal mehrmals in einem Jahr. Er setzte sich nachhaltig für die grenzüberschreitende Arbeit in Ostpreußen ein, so dass ein gutes Verhältnis zwischen der Kreisgemeinschaft Treuburg und der polnischen Stadtverwaltung von Treuburg [Olecko] besteht. Dadurch hat er sich bleibende Verdienste erworben. Wir sind ihm zu großem Dank verpflichtet und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Im Namen der Kreisgemeinschaft Treuburg.

Ingrid Meyer-Huwe

Die Gewinner des Weihnachtsgewinnspiels (Folge 49, Seite 7) stehen fest:

Der **Hauptgewinn** ging an Horst Mauer aus Hofheim am Taunus

Einen **Kalender** gewonnen:

Gretel Löding aus Buchholz, Ruth Korth aus Rövershagen

Bücher erhielten:

Bernd Mewitz aus Stolberg Südharz, Günther Lange aus Helgoland, Erna Idzun-Ditz aus Wadgassen und Ewald Bartosch aus Velbert

Die **PAZ** gratuliert den Gewinnern ganz herzlich und bedankt sich bei allen Einsendern für die Teilnahme am Preisrätsel.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Anzeigen

In Memoriam

Unserer geliebten und hochverehrten Großmutter

Justine Caroline Schwagerus
geb. Kirschtowski

die beim Fluchtversuch aus der belagerten und umkämpften Festung KÖNIGSBERG im Februar 1945 den Tod fand.

Vom Typhus-Hunger bereits gezeichnet, scheiterte der Versuch ihres Sohnes Paul Schwagerus sie mit einem Handkarren zum erhofften Rettungshafen Pillau zu bringen.

Unterwegs überraschte sie im 81. Lebensjahr der Tod. Irgendwo am Straßenrand, notdürftig verdeckt, musste Onkel Paul die Mutter zurücklassen, obwohl ihm selbst die Flucht nicht gelang und russ. Zwangsarbeit in Königsberg bis 1949 ihm auferlegt war.

In inniglichem Gedächtnis und unvergänglicher Liebe zu unserer geliebten Oma die noch lebenden Angehörigen
Enkel Erwin JESCHONNECK mit Ehefrau Elfriede und Kindern Karin, Walter, Beatrix und Cornelia

Nur der Tod war stärker.

Weinet nicht, ich hab' es überstanden, doch laßt mich in stillen Stunden bei Euch sein so manches Mal. Was ich getan in meinem Leben, ich tat es nur für Euch, was ich gekonnt, hab' ich gegeben, als Dank bleibt einig unter Euch.

Danke, dass es Dich gegeben hat.

Johanna Lange
geb. Sallach
*23. 6. 1930 † 19. I. 2013

Wir sind unendlich traurig
Deine Kinder, Enkel und Urenkel und Deine Geschwister mit Familien

Traueranschrift:
Karin Lange-Puttfarcken
Martin-Haller-Ring 20, 22303 Hamburg

Die Trauerfeier hat stattgefunden.

Typhus-Epidemie
Ein Arzt beschreibt das Jahr 1868

Ein praktischer Arzt namens Becher wurde im Jahr 1868 nach Stallupönen entsandt, um die Typhus-Epidemie, die sich in Stallupönen und Umgebung ausgebreitet hatte, einzudämmen helfen.

Er war über die Zustände auf dem Land schockiert und schilderte in einem Bericht die

phus absehen, ein jämmerlich schlechter. Schwindsucht, Wassersucht und das ganze Heer der übrigen Krankheiten fordern den reichlichsten Tribut, und wir müßten ein Lazareth von Hunderten von Betten haben, um alle die Kranken hier aufzunehmen, die daheim ohne alle Pflege verkommen. Die meisten Leute haben ungedielte Stuben, in denen durch Feuchtigkeit gesättigte Erdboden fortwährend seine nassen Dünste aushaucht, und zwar um so mehr, je mehr die Zimmer geheizt werden ...

Die Verwahrlosung der niederen Schichten der Landbevölkerung, die nicht allein durch den Notstand, sondern vorzüglich durch ihrer erstaunlichen Indolenz und charakteristische moralische Trägheit bedingt wird, ist nicht zu beschreiben ...

Einen wohlthuenden angenehmen Contrast bildet zu dieser bedauerlichen Indolenz die Thatkraft der besseren Schichten der Bevölkerung, die sich im Wohlthun, Verpflegung und Kleidung der Nothleidenden überall opferfreudig ausspricht ...“

Bessergestellte unterstützten die Armen mit Wohltaten

„Die Lazarethe in Pillupönen und Mehlkehmen bergen im Ganzen 46 an der Seuche Darniederliegende, und sind gänzlich gefüllt. – Unter diesen Umständen wird unter der Leitung von Herrn von Wernsdorff soeben ein zweites Lazareth in hiesiger Stadt errichtet ...

Fest steht, daß die Krankheit von Lötzen und Rhein ihren Lauf nach Norden genommen hat und vermutlich wird sie in nächster Zeit in den bis jetzt weniger heimgesuchten nördlichen Kirchenspielen heftiger auftreten – um so wahrscheinlicher, als der Boden für die Entwicklung der Seuche – der schlechte Ernährungsstand der Landbewohner, wie ihre ganze kümmerliche Lebensweise – auch dort ein äußerst günstiger ist. Der Gesundheitszustand ist, selbst wenn wir von dem Ty-

Auszug aus dem Bericht des praktischen Arztes Dr. Becher/Johanniterblatt Nr. 9 vom 26. Februar 1868, S. 50 f.



Und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus, flog durch die stillen Lande, als flöge sie nach Haus.
Joseph von Eichendorff

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Horst Rauter
* 29. 9. 1926 † 7. I. 2013
Hirschberg, Krs. Osterode/Ostpreußen Herford

Fern seiner geliebten Heimat ging er von uns.

In stiller Trauer:
**Gerda Rauter, geb. Koslowski
Andrea Rauter
Heike Rauter
mit Liza und Jona
und Anverwandte**

32049 Herford, Auf der Bülte 6

Wenn Sie einen Todesfall zu beklagen haben, kann Ihre Anzeige bereits in der nächsten Woche erscheinen.

Preussische Allgemeine Zeitung
des Ostpreußenlandes

Buchtstraße 4 · 22087 Hamburg
Tel. 0 40 / 41 40 08 47 · Fax 0 40 / 41 40 08 51

www.preussische-allgemeine.de

Lötzener Archiv zieht um

Wiedereröffnung des beliebten Heimatmuseums im Mai

Noch gibt es in der Bundesrepublik mehrere hundert kleinere museale Einrichtungen der Flüchtlinge und Vertriebenen. Sie werden oft als schlesische, pommersche, ostpreußische oder mitunter als ostdeutsche Heimatstuben bezeichnet. In ihnen werden zahlreiche Erinnerungsgegenstände bewahrt, wird historisch, künstlerisch und ethnologisch wertvolles Museumsgut gesammelt, Archivalien – oft Unikate – ausgewertet.

Eine solche Einrichtung, die jahrzehntelang wie ein Schatz im Verborgenen wuchs, existiert mit dem Archiv und dem Sammlungsbestand des Lötzener Heimatmuseums auch in der Stadt Neumünster. Seit dem Jahr 2005 konnte die Kreisgemeinschaft Lötzen ihre Heimsammlung unter räumlich großzügigen Bedingungen in der Brachenfelder Straße 23 präsentieren. Diese neunte Adresse in den mehr als 50 Jahren des Bestehens der Heimsammlung musste wegen des Eigenbedarfs der Klaus-Groth-Schule aufgegeben werden.

Was verbindet die Stadt Neumünster mit Lötzen? Im Jahr 1954 übernahm Neumünster die Patenschaft für die Kreisgemeinschaft Lötzen. In der Patenschaftsurkunde heißt es unter anderem: „Die Bürgerschaft der Stadt Neumünster nimmt offenen Herzens teil an den Sorgen, Wünschen und Hoffnungen der Heimatvertriebenen aus dem deutschen Osten.“ Diese Patenschaft hat noch immer Bestand, wird gepflegt und entwickelt neue Formen des Miteinanders. Die Kreisgemeinschaft Lötzen selbst blickt im Jahr 2013 auf 65 Jahre ihres Bestehens als eingetragener Verein zurück.

War die Lötzener Heimatstube in ihren Anfängen ein Aufbewahrungsort für aus der Heimat gerettete Gegenstände, so wurde sie bald mehr: Eine Stätte der persönlichen und gemeinsamen Erinnerung, schließlich ein Ort der Begegnung, des Austauschs, der Pflege des Gemeinschaftsgefühls. Auf Basis dieser noch immer geltenden Grundlage hat sich in den letzten Jahren ein Wandel vollzo-

gen: Das Archiv und das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen steht allen offen, die sich für „Lötzen – die Perle Masurens“ – oder für Masuren insgesamt – interessieren; es wird versucht, auf Suchwünsche von Familienforschern, auf Fragen von Geschichtsinteressierten, von Heimatkundlern, von Reisenden, für Forschungsthemen von Wissenschaftlern Antworten zu finden

Das beliebte Lötzener Heimatmuseum

„Masuren in Neumünster“ zieht auch durch Sonderausstellungen zahlreiche Besucher an

mit den zur Verfügung stehenden Materialien und Archivalien, mit der Vermittlung von Adressen und Kontakten, mit Informationen aller Art.

Das ist ein Schwerpunkt der Arbeit. Die Archivbetreuer erhalten Woche für Woche Anfragen nicht nur aus Deutschland, sondern immer wieder aus dem Ausland. Die Suche nach Antworten, die Bereitstellung von Kopien ist oft mit einem nicht geringen zeitlichen Aufwand verbunden. Daher sind Besuche im Archiv nur nach Absprache möglich.

Zusammenarbeit mit Museen in Ellingen und Lüneburg

Ein anderer Schwerpunkt ist das Bestreben, neben der ständigen Ausstellung zur Geschichte und Kultur von Stadt und Kreis Lötzen in Ostpreußen (heute Giszycyko in der Woiwodschaft Ermland und Masuren) wechselnde Sonderausstellungen zu zeigen. In den vergangenen fünf Jahren konnten sechs Sonderausstellungen beworben werden; die bisher erfolgreichste war (gemessen an Besucherzahl und –zufriedenheit): „Das Ermland und Masuren in allen vier Jahreszeiten“ – eine großartige Ausstellung von Landschaftsbildern des polnischen Fotografen Wieliczko. Mit der Tafel-ausstellung „Lötzen – die Perle Masurens“, die in enger Zusammenarbeit mit dem Kulturzen-

trum Ostpreußen in Ellingen erarbeitet wurde, die im November/Dezember 2012 im Foyer des Neumünsteraner Rathauses gezeigt werden konnte und die aktuell (bis Mitte April) in Bayern zu sehen ist, ziehen wir in unser neues Domizil in der Böcklersiedlung. 400 Jahre Geschichte einer typisch ostpreußischen Stadt werden auf 45 Tafeln mit Hilfe kurzer informativer Texte,

historischer Landkarten und altem Bildmaterial dargestellt. Gegenstände aus dem Lötzener Sammlungsbestand ergänzen diese Ausstellung auf ideale Weise.

Nebenbei: Das Lötzener Heimatmuseum „Masuren in Neumünster“ ist ein offizieller Kooperationspartner des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg.

Das Prädikat „Besonders erhaltenswert“, das dieser Einrichtung bei der Erfassung aller in Schleswig-Holstein noch vorhandenen ostdeutschen Heimatstuben vor vier Jahren zuerkannt wurde, ist vor allem einer weiteren Entwicklung des Heimatmuseums zu verdanken: Dem bunten Veranstaltungsangebot! Es sind nicht nur die „Tage der offenen Tür“ (seit 2012 „Der besondere Tag“ genannt), es ist auch die Palette von Vortragsthemen, die Besucher lockt und nicht wenige zur Wiederkehr animiert.

Kurz gesagt: Mit einer interessanten Dauerausstellung, mit Sonderausstellungen, mit Veranstaltungen, mit der Bereitschaft für Auskünfte und Forschungshilfe wird sich die Kreisgemeinschaft Lötzen in Neumünsters Böcklersiedlung, in der Sudetenlandstraße 18 h, ansiedeln. Die Wiedereröffnung des Lötzener Heimatmuseums „Masuren in Neumünster“ ist für Mai 2013 geplant. Bitte halten Sie nach Informationen Ausschau in der Tagespresse und im „Treff“. Auskunft gibt es auch unter Telefon (040) 608 30 03. Ute Eichler

(Die Autorin ist verantwortlich für Archiv und Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen).

»Ostpreußen verzaubert«

Kulturzentrum präsentiert neue Wanderausstellung

Die Premiere der neuen Wanderausstellung „Ostpreußen verzaubert“ in Neuss war ein voller Erfolg. In nur zwei Wochen wollten über 5000 Besucher die Ausstellung sehen und waren begeistert.

Auf 24 Tafeln werden die verschiedensten Facetten Ostpreußens dargestellt. Aktuelle Bilder zeigen die Schönheit der Natur, die beeindruckenden Sehenswürdigkeiten oder stellen ostpreußische Spezialitäten wie die weithin bekannten Königsberger Klopse vor. Aber auch Themen wie Bernstein und Cadiner Majolika kommen nicht zu kurz.

Aufgrund des großen Erfolges und des regen Zuspruchs in Neuss hat der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen Wolfgang Freyberg beschlossen, die



Blick in die Ausstellung: Vielfältige Themen gezeigt

Bild: Kulturzentrum Ostpreußen

Ausstellung auch anderen interessierten Vereinen und Institutionen zur Verfügung zu stellen.

Regen Zuspruch bei Premiere in Neuss

„Wir wollen den Menschen zeigen, dass sich auch heute noch eine Reise nach Ostpreußen

lohnt und die Gegend nichts von ihrem Zauber verloren hat“, so Freyberg. Die Ausstellung wird kostenlos verliehen, lediglich die Transport- und Reisekosten fallen an. Auf Wunsch können auch ergänzende Exponate präsentiert werden.

PAZ

Kontakt: Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen

Ungerechtigkeit der Natur

Frauen leiden besonders unter dem Älterwerden

Liebe Schwestern, wenn die betagteren Männer bei diversen Festen noch das „Tanzbein“ schwingen, während wir Frauen auf unseren Enttäuschungen herumkauen, dann sind wir was? Um die Fünfzig.

Dabei sind wir doch noch ziemlich jung in unseren Herzen, wenn auch der Kopf glüht und der Motor hin und wieder ein bisschen stottert. Auf dem Altenteil sitzen wir noch lange nicht! Ziehen wir jetzt etwa etwas Schlabberiges an und tun nachts die Dritten in Brausepulver? Sehen wir uns Heimatfilme an oder sprechen über unsere Wehwehs?

Seien wir ehrlich, manchmal schon. Aber sind wir hin und wieder depressiv, dann gehen wir aufrecht durch die Gegend und pfei-

fen auf das Knacken unserer Knochen, frei nach dem Motto „Gar nich' um kümmern!“ Aber haben wir nicht das gute Recht, unsere Depressionen zu hätscheln? Hin

Trotzdem aufrechte Haltung zeigen

und wieder kompensieren wir die schon mal aufkommende schlechte Laune mit Kuchenessen oder Wein trinken; meistens jedoch tragen wir unsere dünne Haut stolz zu Markte. In unseren Gesichtern sind noch keine tiefen Flüsse, und die Tränensäcke machen uns nur interessanter. Und wenn böse Zungen auch spotten: „Hinten Lyzeum – vorne Museum“, was kümmert es

den Mond, wenn ihn ein kleiner Hund anbellt! Wir sind immer noch kernig, wenn auch nicht mehr ganz so knackig. Aber müssen wir das denn sein? Die Männer sind es auch nicht mehr, obwohl ihnen die Falten im Gesicht einfach besser stehen. Diese Riesenungerechtigkeit müssen wir eben wegstecken! Doch was soll das? Adam und Eva sind nun mal verschieden, und darum ist es nur klug, wenn sie sich gemeinsam mit ihren Alzellen anfreunden.

Liebet und tröstet einander! Wenn ihr das beherzigt, geht es euch gut, weil unser Schöpfer mit Wohlgefallen auf uns herunterschaut, ob alt oder jung. Und mit den Worten des Novalis schließe ich meine Ausführungen: Mensch sein ist eine Kunst. Gabriele Lins

Bestellen Sie ganz einfach unter (040) 41 40 08 42

Preußische Allgemeine Zeitung

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 120 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Mit dem Bezug der PAZ ist die kostenlose Mitgliedschaft in der Landsmannschaft Ostpreußen verbunden. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

Konto: _____ BLZ: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____



Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit das ostpreußische Schlemmerpaket als spezielle PAZ-Prämie.

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket

Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter
040-41 40 08 42
oder per Fax
040-41 40 08 51
anfordern!

Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Goldmedaille fürs Pusten

Aus der Oberpfalz in die ganze Welt – Die alte Kunst des Glasmachens lebt in der Glashütte der Lamberts in Waldsassen fort

Wegen der Kaolin- und Kohlevorkommen in Böhmen florierte dort früher die Glasbläserei. Heute hat sich im direkt an der tschechischen Grenze gelegenen Waldsassen nur noch eine Glashütte gehalten, die deutschlandweit als einzige auf traditionelle Weise mundgeblasenes Flachglas herstellt. Die Erzeugnisse der Glashütte Lamberts sind jedoch weltweit gefragt und finden sich in Kirchen oder Shoppingzentren von Singapur bis in die USA.

Oft sind die Grenzen zwischen Handwerk und Kunst fließend. Für den einen Beruf gilt das mehr, für den anderen weniger. Und bei der Tätigkeit des Glasmachers müsste man sogar neben dem Handwerk auch von einem Mundwerk sprechen – aber dieser Begriff ist ja leider schon anders besetzt. Jedenfalls ist das Handwerk beziehungsweise die Kunst des Glasblasens für sich schon sehr diffizil, wenn „nur“ kleinere Gebrauchsgegenstände hergestellt werden.

Noch um vieles schwieriger ist – nicht nur für den Laien – die Herstellung von mundgeblasenem Flachglas auf traditionelle, handwerkliche Weise. Doch sie wird noch praktiziert, wenn auch weltweit nur in drei diese Technik einsetzenden Betrieben. Einer davon ist die Glashütte Lamberts im nordoberpfälzischen, dicht an der tschechischen Grenze gelegenen 7000-Seelen-Ort Waldsassen. Glasmacher alten Schlags und traditioneller Ausbildung müssen nicht nur körperliche Kraft besitzen, sondern auch enormes Lungenvolumen. Und sie dürfen nicht

hitzeempfindlich sein. Aber wie vollzieht sich nun das Herstellen von Glas? Der zunächst flüssigen Masse, die später zu Glas wird, werden Eisen, Nickel, Kupfer, andere Metalle oder auch Gold beziehungsweise Silber in einer bestimmten Dosis beigegeben. Diese Materialien sind dann für die Färbung verantwortlich. Mit ihren ganz speziellen Rezepturen kann die Glashütte Lamberts 5000 Standardfarben anbieten, bei Nachfrage sich aber auch auf gewünschte Nuancen und Sonderanfertigungen einstellen. Das Waldsassener Unternehmen nutzt für die Produktion immer noch die aus dem Jahr 1896 stammende denkmalgeschützte Ofenhalle.

Glasherstellung in denkmalgeschützter Ofenhalle von 1896

An der alten, handwerklichen Technik des Glasmachens hält die Glashütte Lamberts ebenfalls fest. Mit einem

langen Stahlrohr wird im Schmelzhafen eine große Portion zähflüssiges Glas „angefangen“. Diese bläst der Glasmacher mit seinem Mund zunächst zu einer Kugel auf. Danach wird sie dann zu einem Kolben geformt. Ein Ende wird geöffnet. Die Glasröhre wird dann wieder erhitzt, durch Pendeln in einer tiefen Grube gedehnt, von der Glasmacherpfeife abgeschlagen und dann der Länge nach aufgeschnitten. Durch nochmaliges Erwärmen in einem speziellen Ofen wird das Glas wieder flexibel, wird aufgebogen und schließlich durch „Bügeln“ zu Flachglas. Anwärmen und Abkühlen sowie das exakte Luftvolumen – diese Aspekte muss der Glasmacher verinnerlicht haben, um so wenig Ausschuss wie möglich zu produzieren.

Nur noch in Frankreich und Polen gibt es Unternehmen, die – wie die Glashütte Lamberts – auf traditionelle Weise mundgeblasenes Flachglas herstellen. Dieses Glas findet zum Beispiel Verwendung in Kunstglasfenstern von Bürogebäuden, Shopping-Malls, Flughäfen oder Kirchen. Spezielle

Schallschutz gerade heute fast unverzichtbar. Und hinterleuchtet wird das mundgeblasene Glas in Decken- oder Wandverglasungen verwendet. Aber auch die Wölbung oder Anpassung an eine geschwungene Oberfläche ist gerade mit dem Flachglas gut möglich. Ebenso aber auch man-

der aufgebaut. In der vorliegenden Dimension mit einer Länge von 92 Metern und einer freien Überspannung von 28 Metern ist diese Konstruktion in Bayern und wohl auch darüber hinaus einzigartig. Doch nach mehr als 100 Jahren nagte der Zahn der Zeit an dem Gebäude. Der stärkere

wurde akute Einsturzgefahr festgestellt. Für den seit November 2009 neuen Eigentümer Hans Reiner Meindl galt es, die Holzkonstruktion zu verbessern, die Halle insgesamt zu sanieren und dafür ein passendes Konzept unter Bewahrung der alten Hallengeometrie zu finden. Bei laufendem Betrieb wurde die Ofenhalle saniert, was im Jahr 2012 mit dem Denkmalpreis der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau honoriert wurde. Zuvor war die Glashütte Lamberts bereits 2001 mit dem Bayerischen Staatspreis in Gold für künstlerische Gestaltung der mundgeblasenen Flachgläser in über 5000 verschiedenen Farben und 2008 mit der

5000 verschiedene Farben kann man per Katalog bestellen

Goldmedaille für herausragende Leistungen in der Denkmalpflege in Europa gewürdigt worden.

Die Glashütte Lamberts wurde 1934 von Josef Lamberts in Waldsassen unter dem Namen Glasfabrik Lamberts gegründet, schon vorher hatte es in Waldsassen Glashütten gegeben, die jedoch in der Folge der Weltwirtschaftskrise nach 1929 stillgelegt wurden. Josef Lamberts spezialisierte sich auf Antik-, Bunt- und Signalglas. 1988 wechselte der Name des Unternehmens in Glashütte Lamberts, seit dem 1. November 2009 ist Hans Reiner Meindl Eigentümer und Geschäftsführer des Traditionsunternehmens. Heute ist die Glashütte Lamberts Weltmarktführer bei mundgeblasenem Farbglas und mundgeblasenem Fensterglas. *Markus Bauer*



Kräftiges Mundwerk: Für die traditionelle Glasherstellung benötigt der Glasbläser vor allem ausgetrainierte Lungen mit einem überdurchschnittlich großen Volumen

Bild: Bauer

Glasmalbetriebe, die in Kooperation mit Künstlern Kunstwerke herstellen, sind auf die Fertigung solchen Flachglases angewiesen. Das hier produzierte Flachglas ist auch für Verspiegelungen nutzbar. Verschiedene Gelbtöne verwandeln sich beispielsweise in Gold, weißes und klares Glas wird zu Silber. Eine weitere Anwendung ist die Verwendung als Isolierglas – im Kontext von Wärme- und

che anderen künstlerischen Bearbeitungen.

Kunst beziehungsweise Ingenieurtechnik am Zenit der damaligen Zeit ist auch die ursprünglich im Jahr 1896 in Nürnberg für die damalige Landesgewerbe- und Industrieausstellung als Musterhalle erbaute Hallenkonstruktion mit Bogenfachwerkbündern. Zehn Jahre später wurde sie dort ab- und in Waldsassen wie-

Schneefall in der Oberpfalz war ein Grund, dass durch Feuchte und Fäulniseinwirkungen an der Dach- und Bindekonstruktion Schäden an den Hölzern entstanden, die erhebliche Verformungen und letztlich den Bruch wesentlicher tragender Teile nach sich zogen.

Im Jahr 2009 zeigten sich diese Defizite überdeutlich. Bei einer Überprüfung der Standsicherheit

Stets zu Diensten

Butler erleben einen beruflichen Aufwind – Dank vieler Neureicher und einer TV-Serie

Derzeit sind die Briten den Deutschen weit voraus. Zumindest dann, wenn es darum geht zu erfahren, wie es mit Lady Mary, Lady Edith und Lady Sybil Crawley, aber auch mit Butler Carson, Kammerdiener Bates und seiner Frau Anna weitergeht. Während in England Anfang Januar im Fernsehen bereits die dritte Staffel der Erfolgs-Serie „Downton Abbey“ ausgestrahlt wurde, zeigte das ZDF Weihnachten 2012 erst die erste Staffel.

In Großbritannien verzeichnet „Downton Abbey“ traumhafte Einschaltquoten, vielleicht gerade weil die Serie zu Beginn des 20. Jahrhunderts spielt. Heutzutage ist eine Welt voller Lords und Ladys sowie Butler selbst für englische Verhältnisse exotisch. Und das, obwohl es im Königreich – anders als in der Bundesrepublik – eine Queen gibt, die regelmäßig verdiente Bürger frisch in den Adelsstand erhebt. Und selbst Butler sollen, wie es zahlreiche Meldungen im Zuge der ZDF-Ausstrahlung behaupteten, wieder im Kommen sein.

Dieser Aussage stimmt Harry R. Hömpler voll und ganz zu. 2009 hat er bereits das Unternehmen „Butler-Fullservice“ gegründet, in dem er Butler nicht nur vermietet und vermittelt, sondern auch ausbildet. Damit ist Hömpler in Deutschland ziemlich allein. Die berühmtesten Ausbildungsstätten liegen natürlich in Großbritannien, dem Mutterland der Butler.

Aber auch in den Niederlanden werden auf einem Schloss in

einem achtwöchigen Kurs diese speziellen Bediensteten auf das Arbeitsleben vorbereitet. Fast 15 000 Euro wollen die Niederländer dafür und sind von den etablierten Ausbildern noch die billigsten. Diese melden, dass sie 2011 und 2012 gut 20 Prozent mehr Butler ausgebildet haben, die Nachfrage aber so groß ist, dass es auch mehr sein könnten.



Zeigt, wie man formvollendet Getränke serviert: Butler Harry R. Hömpler

Bild: Hömpler

Diese Nachfrage spürte auch Hömpler, so dass er jetzt auch selbst Butler ausbildet. Wobei die Kunden von ihm andere sind als bei den etablierten Häusern. Diese erhalten Anfragen nach Butlern von Millionären aus aller Welt, vor allem aus China. Reiche Asiaten finden es schick, sich ihre mondäne Zweitwohnung in London nicht nur mit edlen Möbeln und Gemälden auszustatten, son-

dern auch mit Personal. So ein Butler ist da ein gern gesehenes Statussymbol.

Hömpler, der selbst ein gelernter Hotelkaufmann ist und in mehreren Fünf-Sterne-Hotels gearbeitet hat, vermittelt hingegen an Unternehmen, die bei besonderen Veranstaltungen Butler benötigen. Aber selbst normale Bürger verschenken als besonderes Präsent einen Butler für einen Tag oder buchen ihn für ihre Hochzeit. Wer bei Hömpler einen Butler im Frack für sechs Stunden

bucht, bekommt ihn schon für 199 Euro und kann dann mit einem besonderen Hingucker – neben der Braut versteht sich – aufwarten. Insgesamt arbeitet nur etwa ein Fünftel der Butler weltweit im dauerhaften Dienst von Wohlhabenden. Der größte Teil der Butler arbeitet für Hotels und Agenturen.

Doch über welche Fähigkeiten muss ein Butler eigentlich verfügen? „Die Grundeigenschaft muss gegeben sein“, sagt Hömpler, „man muss gerne und gut dienen mögen!“ Verlässlichkeit, Loyalität, Disziplin, Korrektheit, extrem gepflegtes Äußeres, einwandfreier Charakter, das war vor 100 Jahren so und ist auch heute noch die wichtigste Basis. Heutzutage ist der Butler aber noch mehr als Multitalent gefordert und muss auch viele technische Dinge wissen, wie den Umgang mit allen modernen Medien-Techniken,

Computertechnik, Gesetzen im In- und Ausland, teils sogar juristische Kenntnisse haben, da ein Butler schließlich auch für alle Lebenslagen der erste Berater und eine Art Bodyguard ist.

Bei der Ausbildung geht es heutzutage also nicht mehr nur darum, Zeitungen zu bügeln und Tablettis elegant von A nach B zu befördern, sondern auch um Fotobearbeitung und Limousinentechnik. Selbst Waffenkunde, Verhalten bei Bedrohungsszenarien und Erste Hilfe spielen eine Rolle.

Auch Wissen in den Bereichen Umweltschutz, gesunde Ernährung oder Gesundheitscoaching wird vermittelt. Und natürlich sind auch fremde Sprachen wichtig.

Den Butler der Gegenwart könne man zudem nicht gleich erkennen, er laufe nicht immer in weißen Handschuhen und Frack herum, so Experte Hömpler vom Chiemsee. Ein Butler sei heutzutage eher diskret, aber gut bis elegant wie ein Manager gekleidet. Neben einem hohen Einkommen – 6000 Euro Monatsgehalt seien keine Seltenheit – reizt viele am Beruf des Butlers die Arbeit in einer edlen Umgebung und in der Nähe von berühmten oder einflussreichen Menschen. Zudem reisen viele reiche Arbeitgeber gern und nehmen ihren Butler mit, der dann auf diese Weise auch etwas von der Welt sieht.

Rebecca Bellano

Im Monat kann ein Butler bis zu 6000 Euro verdienen

Cirque Bouffon gastiert in Hamburg

PAZ-Leser können Karten für den poetischen Clowns-Zirkus gewinnen



Vom 19. Februar bis 3. März gastiert der Cirque Bouffon mit seinem faszinierenden Traumtheater „Solvo“ in den Fliegenden Bauten in Hamburg.

Das internationale Künstlerensemble verzaubert das Publikum im Stile des französischen Nouveau Cirque mit wagemutigen Artisten, sensationellen Newcomern, liebenswerten Clowns und virtuosen Musikern.

Das Publikum darf sich auf ein sinnliches und poetisches Erlebnis mit artistischen Höchstleistungen und magischen Momenten in einer atemberaubenden, visuellen Umsetzung freuen. Traumhaft schöne Kostüme und spektakuläre Artistik entführen die Zuschauer in eine ganz eigene Welt voller Schönheit, Körperkunst und Phantasie.

Vorstellungen: 19. Februar bis 3. März, jeweils um 20 Uhr

außer Montag, 25.2., und Dienstag, 26.2. Eintritt: ab 26,90 Euro. Karten sind im Vorverkauf erhältlich bei „Fliegenden Bauten“ Telefon: (040) 88141880 sowie an der Abendkasse. Infos unter www.cirque-bouffon.com.

Achtung: PAZ-Leser haben die Chance, 3x2 Karten zu gewinnen für eine Vorstellung Ihrer Wahl am Donnerstag, 21.2., Sonntag, 24.2. oder Mittwoch, 27.2.

Beantworten Sie uns bitte dazu eine Frage: Was bedeutet „le bouffon“ auf Deutsch?

a) Der Clown

b) Der Büffel.

Ihre Antwort schicken Sie bitte unter Angabe Ihrer Adresse, Telefonnummer und Ihres Wunschtermins an: Preußische Allgemeine Zeitung, Stichwort: Gewinnspiel, Buchstraße 4, 22087 Hamburg. Der Einsendeschluss ist Freitag, 15. Februar.

Anzeige

Kitschig, aber schön

Ostpreußen als Kulisse

Nach dem Roman „Solange es Träume gibt“ entführt die Autorin Maja Schulze-Lackner den Leser in ihrem neuen Roman „Himmel über Ostpreußen. Schicksalsjahre einer Familie“ erneut ins Ostpreußen des 19. Jahrhunderts.

Sehr anschaulich beschreibt die Autorin das Leben der Gutsherren, die Jagdgesellschaften und den Gesellschaftsklatsch. Auch das Leben der Bediensteten wird angerissen. Da Maja Schulze-Lackner diese im Buch mit dem entsprechenden Dialekt ausgestattet hat, erscheinen sofort die Mansell und der Butler vor dem inneren Auge. Während die Diener an einem Tisch im Angestelltentrakt über die Aufgabenverteilung sprechen, tratschen im Nebenzimmer die Hausmädchen und Küchenhilfen über das Leben der Herrschaften. Fast fühlt man sich etwas an die britische TV-Serie „Downton Abbey“ erinnert.

Im Mittelpunkt der Handlung stehen hier jedoch zunächst die Cousinen Aglaia und Tanya, die gemeinsam und unbeschwert auf dem Landgut Wallerstein aufwachsen. Tanya, die eine Vollwaise ist, wird vom Grafen Wallerstein wie eine zweite Tochter behandelt. Und lediglich die korpolente Gräfin Wilhelmine, die sich ihren ausgeprägten Ständedünkel stets bewahrt, behandelt das Mädchen mit Herablassung. Als Tanya einen fatalen Fehler begeht, spielt dieses der boshafte Gräfin in die Karten und sie verbannt die junge Frau kurzerhand in ein Kloster fernab des Gutes. Nur so glaubt die herzlose Frau einen gesellschaftlichen Skandal verhindern und den Schein einer makellos glücklichen Familie wahren zu können. Eine Entscheidung, die weder ihre Tochter Aglaia noch ihr Mann ihr je verzeihen werden.

Maja Schulze-Lackner schildert in „Himmel über Ostpreußen“ hauptsächlich die schönen Seiten des Lebens der damaligen feinen

Herrschaft. Die Autorin bedient sich vieler Klischees und spart nicht an Schwarz-Weiß-Malerei. Wer auf einen historischen Kontext und wahre Geschichten hofft, der wird das Buch enttäuscht beiseitelegen. Dennoch verschafft Maja Schulze-Lackner dem Leser mit ihrem flüssigen Schreibstil sowie Sinn fürs Schöne und Anmutige einen Ausflug in die feinste Gutsherrenromantik.

„Es war ein strahlender Wintermorgen, als Josef sie zur Bahn nach Insterburg fuhr. Eingehüllt in Felldecken, Pelzmützen auf dem Kopf und die Hände in den Muffs, genossen sie die Fahrt. Nur das Klingeln der Glöckchen und hin

und wieder ein Schnauben der Pferde unterbrachen die lautlose Stille. Das ganze Land schien zu

schlafen unter einer dicken weißen Decke. Die Dächer der Häuser am Wegesrand sahen aus wie kleine weiße Hügel, und die Äste der kahlen Bäume waren von Raureif überzogen. Die beiden Frauen schwiegen. Noch am Vorabend hatte Aglaia geschwankt, ob sie mit Elvira mitfahren sollte ...“

Locker und leicht berichtet die Autorin von opulenten Abendessen in feinsten Gesellschaft, dem Likörchen und Zigarre im eleganten Salon folgten. Die in der Region bekannten bitterkalten und nicht enden wollenden Winter werden von den Hauptfiguren vor knisternden Kaminfeuern bei duftenden Waffeln und heißem Kakao zugebracht. Dem Leser also, dem der Sinn nach Romantik und schönen Bildern steht, der wird von Maja Schulze-Lackners Roman „Himmel über Ostpreußen“ bestimmt nicht enttäuscht werden. Auch wenn alles wenig mit dem wirklichen Ostpreußen von früher zu tun hat. *Vanessa Ney*

Maja Schulze-Lackner: „Himmel über Ostpreußen. Schicksalsjahre einer Familie“. Bastei Lübbe, Köln 2012, broschiert, 368 Seiten, 9,99 Euro



Jahrrelang waren die nach 1945 in ihrer ostdeutschen Heimat verbliebenen Deutschen verfeindet, ja ihre Existenz wurde regelrecht geleugnet. Nach der Wende 1989 aber gab es schon bald offizielle Verlautbarungen, wonach noch rund 150.000 Deutsche in der Republik Polen lebten, nicht mitgerechnet jene früheren Deutsche, die sich, aus welchen Gründen immer, den Umständen gefügt, einen polnischen Pass und damit eine neue Nationalität angenommen hatten. Polnische Deutsche oder deutsche Polen? Eine müßige Frage.

Der in der DDR aufgewachsene Autor Hans-Dieter Rutsch, schon bei der Defa durch erste Dokumentarfilme bekannt geworden, hat sich seit der „Wende“ mit Dokumentationen und Reportagen zum Thema Vertreibung einen Namen gemacht. Sein aus Schlesien stammender Vater hatte ihn schon 1965 zu Besuchen jenseits der Oder mitgenommen, und immer wieder ist er dorthin zurückgekehrt. In diesem Buch ist er auf der Spur noch lebender Deutscher in Schlesien und Ostpreußen. Es ist ein Buch mit einer Fülle von Erinnerungen an schwere,



zwischen 1933 und 1945 in moralischer Hinsicht völlig versagt haben, ist das Buch „Kameraden. Die Wehrmacht von innen“ von Felix Römer ein Glücksfall, mit dem niemand mehr gerechnet hat. Viele Zeugen konnten schon bisher befragt werden, aber nun sind Tausende hinzugekommen, die mit ihren Bekundungen das Urteil auf eine noch breitere Basis stellen.

Rund 17 Millionen deutsche Soldaten dienten in der fraglichen Zeit in den deutschen Streitkräften, Hunderttausende gerieten in US-amerikanische Gefangenschaft, 3000 wurden in Fort Hunt bei Gesprächen mit Mitgefange-

Dem Vergessen entrissen

Autor besucht »Die letzten Deutschen« in Schlesien und Ostpreußen

aber auch wieder durch große Menschlichkeit geprägte Zeiten, aber ohne jene verklärende Nostalgie.

Im schlesischen Neusalz [Nowa Sol] findet der Vater einen alten Jugendfreund wieder. Er gehört zu jenen Deutschen, die nach 1945 nicht vertrieben wurden. Teils wurden die Deutschen als Facharbeiter oder Spezialisten in Betrieben und auf dem Land gebraucht, teils konnten sie mit Glück und enormer Hartnäckigkeit wohnen bleiben, teils nahmen sie, die Frauen etwa durch Heirat, die polnische Staatsbürgerschaft an. Die deutsche Sprache beherrschen die heute alten Menschen oft nur noch mühsam. Eine 80 Jahre alte Dame in Breslau – Rutsch beschreibt sie wie manch andere als ebenso tapfere, wie geduldige und sozial denkende Frau – sagte ihm: „Ich sage Breslau, wenn ich deutsch rede, und Wroclaw, wenn ich polnisch spreche. Auf einen Brief schreibe ich Wroclaw, weil die Stadt heute offiziell so heißt. Aber deswegen lebe ich doch auch in Breslau.“

Die Reisen führen Rutsch auch zum Annaberg, nach Hirschberg, nach Bunzlau und ins Riesenge-

birge. Manchmal sind es fast ungläubliche Geschichten, die ihm erzählt werden. Heute, so sein vorsichtiges Fazit, können die Menschen in Ruhe leben, sie können zu Verwandten nach Deutschland reisen, und das genügt ihnen. Die alten Geschichten möchten sie auf sich beruhen lassen. Und: Der polnische Staat wird toleranter. In Breslau wurde ein Denkmal aus Grabsteinen evangelischer, katholischer, orthodoxer und jü-

discher Friedhöfe aus der Vorkriegszeit errichtet; auf einer Tafel steht in Deutsch: „Zum Andenken an die früheren Einwohner unserer Stadt, die auf Friedhöfen beigesetzt wurden, die heute nicht mehr bestehen.“

Das Ostpreußenkapitel widmet sich, vor Ort vor allem in Tauragen und Eydtkuhnen, in besonderem Maße den „Wolfkindern“. Gemeint sind deutsche Kinder, die 1945 in Ostpreußen, vor allem in Königsberg, durch die Kriegswirren ihre Eltern und Geschwister verloren, vom Hunger getrieben über die Memel streunten und bei mitleidigen litauischen Bauern Aufnahme fanden und oft genug an Kindes Statt angenom-

men wurden. Sie sind durch Eberhard Fechners großartige Fernsehdokumentation aus den 1980er Jahren bundesweit bekannt geworden. Erst viele Jahre später konnten manche Schicksale geklärt werden. Andere aber bis heute nicht. Rutsch kommt mit einem Mann zusammen, der nur noch dunkel weiß, dass er ein deutsches Kind war; aber alle Spuren haben sich verloren, längst ist er ganz in der litauischen Nationalität aufgegangen.

Es sind berührende Schicksale, die der Autor in einfühlsamen Reportagen ausbreitet, etwa wenn sich zwei Brüder nach fast 60 Jahren durch den Verein der Wolfskinder „Edelweiß“ wieder gefunden haben.

Schade, dass dem Verlag ein gewisser Sinn für das Thema fehlt, hätte er doch sonst für die ja doch meist landesunkundlichen Leser entsprechende Karten der Regionen beigegeben. Es ist ein Buch, das sensibel und nachdenklich macht angesichts des ambivalenten Fazits: Die Wunden sind verheilt, aber ihre Narben schmerzen immer noch. *Dirk Klose*

Hans-Dieter Rutsch: „Die letzten Deutschen. Schicksale aus Schlesien und Ostpreußen“. Rowohlt Berlin, Berlin 2012, gebunden, 286 Seiten, 19,95 Euro

Sind sie nun polnische Deutsche oder deutsche Polen?

Papierberg voller Zeitzeugen

Historiker hat Abhörprotokolle aus US-Gefangenenlager ausgewertet

nen heimlich abgehört. So entstanden über 100.000 Seiten Protokoll, die unbeachtet verwahrt wurden, bis sie durch Zufall wieder auftauchten.

Rechneten die „Prisoners of War“ damit, dass sie abgehört werden? „Einzelne ahnten es, viele diskutierten darüber, die meisten aber konnten es sich nicht vorstellen“, so Römer. Verglichen mit den Feldpostbriefen, deren Kontrolle naheliegender war und daher Vorsicht gebot, sind die Gespräche daher durch Vorsicht kaum getrübt. Zusammen mit Hilfskräften hat sich der Historiker Felix Römer an den Papierberg gewagt, die Äußerungen zu einzelnen Themen zusammengefasst und kommentiert. Die Grobstruktur bietet die Kapitelfolge: „Gefangenschaft“, „Ideologie“, „Soldatenethos“. „Ka-

meradschaft“, „Kampfmoral“, „Truppenführer“, „Kämpfen und Töten“, „Kriegsverbrechen“. Unter dem Gesichtspunkt der Vergangenheitsbewältigung sind vor allem die Stichworte „Ideologie“ und „Kriegsverbrechen“ aufschlussreich. Wir erfahren: „Für die Wehrmachtssoldaten stellte sich die Loyalität zu Hitler und dem NS-Staat als unhinterfragter Normalzustand dar“, das heißt, dass sich die Mehrheit mit den politischen Gegebenheiten abgefunden hatte. „Auch der Konformismus war jedoch voller Abstufungen.“ Konkret, einen besonders brisanten Topos betreffend, besagt das: „Auf die Beobachtungen, Gerüchte und Nachrichten über den Massenmord an den europäischen Juden reagierte die Mehrheit der Soldaten spontan mit Ablehnung.“

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass 2011 ein ähnlich umfangreiches Buch mit dem Titel „Soldaten“ erschienen ist, das die geheimen Abhörprotokolle von Soldaten, die in britischer Gefangenschaft einsaßen. Es kommt zu ähnlichen Einsichten, lediglich eine Minderheit von 30 Personen wird als „Weltanschauungskrieger“ bezeichnet. An dieser „Minderheit“ ist allerdings interessant, dass sie mehrheitlich aus jungen Offizieren ... bestand, die 1933 noch Kinder waren ...“ und deshalb – weil ohne weltanschauliches Fundament – von den Kündern der neuen Zeit leichter in die Irre geführt werden konnten. *Konrad Löw*

Felix Römer: „Kameraden. Die Wehrmacht von innen“. Piper, München 2012, 544 Seiten, 24,90 Euro

Von sterbenden Müttern und toten Vätern

Dokumentarisch wertvolle Sammlung von Zeitzeugenberichten zum Thema Flucht und Vertreibung



Motto der Herausgeber des Buches „Flucht, Vertreibung, Ansiedlung, Integration. Vertriebene erzählen ihre Schicksale“. Der von Hans Mirtes und Gerolf Fritsche gewählte Titel ist schon sehr sachlich, das gewählte Titelbild zeigt zudem auch noch den Ausschnitt eines Gedenksteins zum Thema Vertreibung, so dass das Buch in seinem Gesamtauftritt zumindest für jüngere Leser eher abschreckend wirkt. Schlägt man es allerdings auf, dann fesseln die darin dokumentierten zwölf Vertreibungsschicksale durchaus. Und dies, obwohl sie von schriftstellerischen Laien aufgezeichnet wurden und auch sehr schlicht dargestellt werden.

„Bei diesen Gelegenheiten muss es für die Arbeiterinnen zu essen

gegeben haben“, berichtet Brigitte Walzer von ihrer ziellosen Flucht durch das Königsberger Gebiet im Sommer 1945. Um Essen zu bekommen, half ihre Mutter auf Höfen aus. Das war für die drei Töchter eine große Freude, denn dann war der Hunger kurzzeitig vergessen. Doch dabei entging den Mädchen, dass ihre Mutter die eigene Ration an die Kinder weitergab und Stück für Stück verhungerte. „Es ist schon merkwürdig, wie sich solche dichten Augenblicke

Für ihre Kinder starb sie den Hungertod

im menschlichen Leben selbst in so früher Kindheit einprägen können“, so die 1941 Geborene. „Ich erinnere mich, wie mich meine Mutter noch einmal eindringlich angesehen hat. Es war eine Art Abschied, was mir in diesem Au-

genblick natürlich in dieser Tragweite nicht klar war. Den leblosen Körper meiner Mutter trugen dann andere Frauen aus dem großen Gemeinschaftsraum hinaus.“ Kurz darauf musste die kleine Brigitte auch noch den Tod der achtjährigen Schwester Edith ertragen, so dass sie mit ihrer Schwester Birgit, die nur zwei Jahre älter war als sie selbst, ins Waisenhaus kam und später in die DDR gebracht wurde. Dort kamen die Mädchen zu unterschiedlichen Adoptivvätern. Zwar fand der Vater 1951 seine Tochter, doch konnte der Kriegversehrte nicht für sie sorgen. Und als wäre all das nicht schon grauenhaft genug für ein Leben gewesen, starb 1980 Brigitte Walzers Sohn, als er seinen Wehrdienst bei der Volksarmee absolvierte. Danach starb ihr Mann an Lymphdrüsenkrebs und sie selbst kurz nach der Fertigstellung des Berichtes 2010 an Dünndarmkrebs.

Manchmal hat das Schicksal aber auch Erbarmen. So schützte es die 1926 in der Ukraine geborene Nadeschda Gilmanova, die heute in Königsberg lebt, vor der Vergewaltigung eines sowjetischen Soldaten. Und Edith Schütze aus Danzig kam mit ihrer Mutter und Geschwistern rechtzeitig aus der von der Roten Armee angegriffenen Stadt heraus und überlebte auch die Flüchtlingslager in Dänemark, was ihrem Bericht zufolge keineswegs einer guten Versorgungslage zu verdanken war. Einigespernt ins Lager litt die 1933 Geborene zudem unter den Haftbedingungen.

Kein Glück hatte die Mutter von Gerhard Voigt. „An einem der folgenden Tage (15. Juli 1945) waren wir im Wald, Mutter aber mit dem vierjährigen Wilhelm im Haus, um etwas zu kochen oder zu garen. Trotz aller Vorsicht muss sie die Russen, die sich herein-schlichen, nicht bemerkt haben.

Sie fielen wieder über sie her. Dabei muss sie sich gewehrt haben. Jedenfalls stachen sie auf sie ein. Später zählten wir neun Stiche, davon drei am Kopf.“ Zwar konn-

Da sie Deutsche war, wies das Hospital sie ab

te Frieda Voigt noch lebend von ihrer Familie ins Krankenhaus gebracht werden, doch das eine hatte nicht die Möglichkeiten für eine Operation und das andere, von Polen geführte Hospital in Bad Polzin in Westpommern verweigerte die Aufnahme, weil sie Deutsche war. Und so verblutete sie innerlich vor den Augen ihrer hilflosen Söhne. Die 1938 in Brünn geborene Maria Schreiberova hatte hingegen das Glück, dass sie beim Brünner Todesmarsch zwar von ihrer Mutter getrennt wurde, diese aber 1948 zu

ihr zurückkehrte. Und Oswald Wöhl konnte sich 1946 darüber freuen, dass er wenigstens an der Hand seiner Mutter aus dem zur Tschechoslowakei gehörenden Neustadt an der Tafelfichte vertrieben – oder wie es auf DDR-Deutsch so schön euphemistisch hieß: „umgesiedelt“ – wurde. Doch eine derartige Freude ist immer relativ angesichts der menschenverachtenden Umstände, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit herrschten.

Unter dokumentarischen Gesichtspunkten ist das von Hans Mirtes und Gerolf Fritsche herausgegebene Buch, also als sehr wertvoll zu betrachten. *R. Bellano*

Hans Mirtes, Gerolf Fritsche (Hrsg.): „Flucht, Vertreibung, Ansiedlung, Integration. Vertriebene erzählen ihre Schicksale“. Heimatkreis Mies-Pilsen, Dinkelsbühl 2012, gebunden, 337 Seiten, 17 Euro

MELDUNGEN

Kampagne gegen Buschkowsky

Berlin - Neuköllns Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky sieht sich als Opfer einer Schmutzkampagne. Der „Tagespiegel“ hatte „enthüllt“, dass ihm Mitarbeiter der Bezirksverwaltung für sein Buch „Neukölln ist überall“ zugearbeitet haben. Der SPD-Politiker kontert, diese Arbeiten seien in der Freizeit erledigt und korrekt bezahlt worden. Es sei „eine Unsitte, einen Menschen, der einem politisch nicht passt, durch persönliche Diskreditierung abzuräumen“, so Buschkowsky. H.H.

Linke werfen mit Kotbeuteln

Hannover - Bei einer Podiumsdiskussion mit Buchautor und Ex-Politiker Thilo Sarrazin (SPD) im Landesmuseum Hannover haben Linksextremisten mit Kotbeuteln geworfen. Sarrazin kritisierte die Hausherren, sie hätten den Abend nicht im Griff gehabt. So etwas sei ihm in 100 Veranstaltungen nicht passiert. Die CDU-Politikerin Aygül Özkan warf Sarrazin vor, „Ängste“ zu schüren. H.H.

ZUR PERSON

Nie mehr König im Wartestand

Seit mehr als 120 Jahren sind die Niederländer „weiblich“. Denn seit 1890 sitzen dort immer nur Königinnen auf dem Thron. Am 30. April wird sich das ändern, denn an dem „Königinntag“ wird Königin Beatrix genau 33 Jahre nach ihrer Krönung das Zepher an ihren ältesten Sohn übergeben. Der 45-jährige **Willem-Alexander Claus George Ferdinand van Oranje-Nassau** ist dann Teil der „neuen Generation“, von der seine Mutter gesprochen hat, in deren Hand die Verantwortung für das Land übergehen soll.

Willem-Alexander hat lange Übung darin, repräsentative Aufgaben zu übernehmen. Seine Mutter begleitete er oft zu Staatsbesuchen, wobei er sie als Pilot von Kampf- und Zivillflugzeugen auch mal selbst geflogen hat. Schon seit 2006 ist er für die UN umweltpolitisch aktiv. Als Vorsitzender des Beratergremiums für Wasser und Gesundheit warnte er auf einer Konferenz in Stockholm vor dem unvermeidlich hohen Wasserverbrauch durch die Produktion von Biodiesel in der Dritten Welt.

Als Sohn eines deutschen verstorbenen Claus von Amsberg, liegen ihm auch gute deutsch-niederländische Beziehungen am Herzen. So lobte er 2011 bei einem Besuch im Ruhrgebiet den dortigen Strukturwandel und die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern.

Seine Durchsetzungsfähigkeit bewies er, als er 2002 gegen links Widerstände mit Máxima Zorreguieta eine Argentinierin heiratete, deren Vater Mitglied der früheren Militärjunta war. Trotz einiger Fehlritte - 2007 erwarb er eine Luxusvilla in Mosambik, die er nach heftiger Kritik wegen der Finanzkrise wieder verkaufte - ist „Prins Pilsje“, wie er volkstümlich wegen seinem Hang zum Bier genannt wird, beim Volk äußerst beliebt. tws



Zeichnung: Mohr

Gleichheit ist Vielfalt

Wo es in Deutschland demnächst viel zu verdienen gibt, warum wir unseren Augen nicht trauen können, und wann Frau Kraft kommt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die Anwaltszunft kann schon mal Messer und Gabel bereitlegen: Es kommen fette Jahre. Der Blick über den großen Teich gibt eine Vorahnung auf das Fest, das bald auch bei uns steigen wird. In den USA machen Rechtsbeistände seit vielen Jahren Milliarden mit Verfahren wegen „sexueller Belästigung“. Um ins Visier zu rutschen, reicht da drüben manchmal schon ein falscher Blick, ein blödes Wort oder eine unabsichtliche Berührung, welche die feministische Richterin leider nur als böse Absicht deuten kann, weil sie es so gelernt hat.

Dank der „Stern“-Reporterin Laura Himmelreich kommt - wie so vieles, was in Amerika ausgebrütet wurde - nun auch dies nach Deutschland. Die junge Frau war von Rainer Brüderles Bemerkung über ihre Rundungen dermaßen traumatisiert, dass sie ein ganzes weiteres Jahr schlechten Journalismus machen musste, ehe sie sich endlich stark genug fühlte, ihr „Schweigen zu brechen“, wie wir in solchen Fällen dramatisch zu sagen pflegen.

Neben den Juristen stürzt sich erwartungsgemäß auch die deutsche Antidiskriminierungs-Industrie auf das neue Geschäftsfeld. Es winken Millionen an Steuergeldern für „unabhängige Studien“ und neue Planstellen. Schließlich hat die Antidiskriminierungsbeauftragte der Bundesregierung, Christine Lüders, eine „sehr hohe Dunkelziffer“ entdeckt; da gibt es also jede Menge Fälle „aufzuarbeiten“. Bei solchen Äußerungen fragt man sich allerdings, wie die Leute diese „Ziffern“ eigentlich sehen können, wo sie doch, wie der Ausdruck sagen soll, unsichtbar im „Dunkeln“ liegen.

Ach was, mit solchen Haarspaltereien halten wir uns nicht mehr auf. Es reicht schließlich, dass das Wort „Diskriminierung“ gefallen ist, und alle Maschinen laufen wie von selbst auf Hochtouren. Die „Dunkelziffer“ spielt dabei eine entscheidende Rolle: Mit ihr im Köcher muss man nicht nachweisen, wie groß das Problem wirklich ist, man braucht es nur zu behaupten. Schließlich liegt die wahre Dimension ja im „Dunkeln“. Schlau.

Gewiss wird das Problem schon bald auch auf europäischer Ebene behandelt werden. Da allerdings könnte es zu Schwierigkeiten kommen mit unseren südeuropäischen Freunden. Meine Mutter berichtete einmal vom lange zurückliegenden Besuch einer italienischen Freundin. Es war in den 50er Jahren, als beide über den schicken Hamburger Jungfernstieg flanierten. Je weiter sie kamen, desto nervöser habe sich die Italienerin benommen. Als die bildschöne Südländerin schließlich durch ein Schaufenster die großen Spiegel eines Warenhauses erblickte, stürmte sie sofort hinein und musterte sich ausgiebig von allen Seiten.

Was war passiert? Die junge Frau hatte es völlig fassungslos gemacht, dass keiner der deutschen Männer ihr nachpiff oder mehr oder weniger kultivierte Komplimente hinterherrief. So war sie es von Italien gewöhnt. Also packte sie der grausame Verdacht, plötzlich hässlich geworden zu sein.

Ich weiß nicht, wie es in Italien heute zugeht. In Spanien jedenfalls ist es vollkommen üblich, dass Männer wildfremden Frauen ein lautes „Hola guapa!“ (Hallo, du Schöne!) nachrufen, worauf Frauen gern ein schwungvolles „Hola guapo!“ zurückschleudern.

In den Augen deutscher Antidiskriminierer ist das natürlich vollkommen inakzeptabel. Die einzige Lösung: Wir schicken eine zu allem entschlossene Brüsseler Antidiskriminierungs-Troika mit Frau Lüders an der Spitze und dem Wissen um die „Dunkelziffer“ im Tornister nach Spanien, wo sie durch die Straßen patrouilliert und den dort grassierenden „Sexismus“ gnadenlos ausrottet. Nix mehr mit „guapa!“ Bei Zuwiderhandlung wird die spanische Polizei eingeschaltet. Und wenn die nicht einschreitet, weil sie gar nicht begreift, was die sauertöpfischen Damen aus dem Norden eigentlich wollen, dann gibt's ein EU-Strafverfahren gegen das Königreich Spanien. Woll'n doch mal sehen!

Komme mir jetzt keiner mit der „kulturellen Vielfalt“, die Spanier seien eben anders und so. Hier geht es um die Menschenrechte! Selbstverständlich sind wir für die kulturelle Vielfalt Europas. Die EU fördert Vielfalt, wo sie kann. Das hören wir aus Brüssel immer wieder. Nur muss die Vielfalt natürlich überall gleich sein, das gilt für Nationen ebenso wie für die Geschlechter und deren Verhaltensweisen.

Vielfalt und Gleichheit sind Gegensätze, glauben Sie? Erwischt! Da quillt das „alte Denken“ aus Ihnen heraus, was beweist, dass Sie immer noch im falschen Bewusstsein gefangen sind.

„Gender Mainstreaming“ (GM) wird Sie befreien. Die GM-Forscher haben festgestellt, dass der Unterschied zwischen Mann und Frau pure Einbildung ist, hervorgerufen von falscher Erziehung. Und die GM-Forscher waren es auch, die herausgefunden haben, dass wir die Vielfalt aller Lebensentwürfe erst verwirklichen können, wenn alle die völlige Gleichheit von Mann und Frau anerkannt haben.

Wie jetzt? Alles Blödsinn? Sie wollen mit bloßem Auge und wachen Sinnen die Unterschiede zwischen Mann und Frau erkennen können? Sehen Sie, das ist Ihr Denkfehler. Wie der Sie an der Nase herumführt, können Sie an einem prominenten historischen Beispiel studieren: Es war der Italiener Galileo Galilei, der sich einbildete, mit eigenen Augen beim Blick durch sein Fernglas ermittelt zu haben, dass sich die Erde um die Sonne dreht. Die Wissenschaftler der Kirche hatten hingegen herausgefunden, dass es umgekehrt ist. Die Erkenntnisse der Kirche aber waren Staatsdoktrin, also hatte Galilei unrecht und musste widerrufen.

Heute mögen Sie sich einbilden, Sie könnten die Unterschiede im Wesen von Mann und Frau mit Ihren eigenen Sinnen erkennen. Doch „Gender Mainstreaming“, das anderes für richtig erkannt hat, ist seit den Tagen von Rot-Grün Staatsdoktrin und ist es

auch unter Schwarz-Gelb geblieben. Also haben Sie unrecht, egal, was Sie meinen, „mit eigenen Augen“ erkennen zu können. Verstanden?

Erst wenn Sie wirklich eingesehen haben, dass Vielfalt Gleichheit bedeutet, und dass Männer und Frauen gleiche Wesen sind, weshalb Sie als Mann also auch keine „Rundungen“ entdecken können, dann sind Sie im richtigen Bewusstsein angekommen. Solange sollten Sie wenigstens so tun, als seien Sie's, sonst landen Sie auf dem medialen Scheiterhaufen wie der Ketzer Brüderle.

Peer Steinbrück kommt das Freudenfeuer der Empörten eigentlich recht. Nur leider kann er kaum was drauf brutzeln, weil ihm selbst die Peinlichkeiten einfach nicht auszugehen scheinen. Nach der leidigen Sache mit den Honoraren, dem Kanzlergehalt und so weiter wollte der SPD-Kandidat mit der sozialen Gerechtigkeit endlich mal schöne Schlagzeilen ernten. Dafür stürmte er für die Mieter mit der Forderung nach einer gesetzlichen „Mietdeckelung“ auf die Barrikaden, von wo ihn aber prompt wieder so eine alte Geschichte herunterfegte: Als Bundesfinanzminister der Großen Koalition war es ausgerechnet Steinbrück, der 80 000 bundeseigene Wohnungen am freien Markt verkaufte und deren Mieter damit nach Sozen-Logik den „entfesselten Marktkräften“ zum Fraß vorwarf.

Es reicht langsam, so viel Pech ist verdächtig. Zeit, die Verschwörungstheorien auszupacken: Wenn einer so tief in den Fettnäpfen versinkt, sind die eigenen Parteifreunde in der Regel nicht ganz unbeteiligt. Die Partei-Linke war mit Steinbrück ja nie glücklich und setzt vielmehr auf Hannelore Kraft („Die Schulden von heute sind die Einnahmen von morgen“). Die hat ihren Wählern aber fest versprochen, in NRW zu bleiben. Sollte Steinbrück jedoch kurzfristig „krank“ werden, weil er keine Lust mehr hat, würde neu gemischt; Genossin Kraft könnte sich „vor dem Hintergrund unvorhersehbarer Ereignisse“ schwersten Herzens von ihrem NRW-Versprechen lösen und Steinbrück als Kandidat ersetzen. Ich sag's doch: Politik ist besser als Kino.

MEINUNGEN

Der bekannte britische Autor und Euro-Skeptiker **Frederick Forsyth** erklärt im „Focus“ (28. Januar), warum seine Landsleute eine **Volksabstimmung** über den Verbleib in der EU wollen:

„Die meisten von uns haben einfach genug von all den Lügen, von dem enormen Transfer unserer Selbstbestimmung nach Brüssel. Genug auch von der Abgehobenenheit und Arroganz der Brüsseler Eurokraten, von unserer ständigen Kapitulation vor ihnen, von den Milliarden und Abermilliarden an vergebendem Geld, vom langsamen Tod der Demokratie. Kurz: Wir glauben, unser Heimatland wurde uns mit Lüge und Betrug geraubt. Und ... wir wollen es zurück.“

Der Chefredakteur des Monatsmagazins „Compact“, **Jürgen Elsässer**, umschreibt in der Februar-Ausgabe seines Blattes auf satirische Weise seine Sicht auf die **ökonomische Wirklichkeit** des heutigen Berlin:

„Volkswirtschaftlich ist Berlin schnell erklärt. Die eine Hälfte hat keine Arbeit, die andere ist zumeist auf der Flucht vor ihr. Von denen, die noch in Lohn und Brot stehen, betreibt höchstens ein Viertel Wertschöpfung. Diese werden Schwaben genannt und entsprechend verachtet.“

Pervez Hoodbhoy, pakistischer Nuklearphysiker an der Quaid-e-Azam-Universität in der Hauptstadt Islamabad, erklärt in „Spiegel online“, warum er die **muslimischen Gesellschaften für „kollektiv gescheitert“** hält:

„Es gibt rund 1,5 Milliarden Muslime in der ganzen Welt - aber sie können in keinem Bereich eine substantielle Errungenschaft vorweisen. Nicht im politischen Bereich, nicht in gesellschaftlicher Hinsicht, weder in den Naturwissenschaften noch in der Kunst oder in der Literatur. Alles, was sie mit großer Hingabe tun, ist beten und fasten. Aber es gibt keine Bemühungen, die Lebensbedingungen innerhalb islamischer Gesellschaften zu verbessern. Unbewusst spüren die Menschen natürlich, dass das ein kollektives Versagen ist.“

André F. Lichtschlag, Chefredakteur des Magazins „eigentlich frei“, ergänzt die aktuelle **„Sexismus“-Debatte** um Rainer Brüderle mit dem Hinweis auf ein **aufschlussreiches, aber wenig beachtetes Phänomen**:

„Tatsache ist, dass stolze Frauen in ursprünglicher Bedeutung, nicht die vom dritten Geschlecht, wenn sie zum Beispiel aus Süd- oder Osteuropa oder Lateinamerika nach Deutschland kommen, regelmäßig entsetzt darüber sind, dass sie hierzulande kaum mehr als Frau wahrgenommen werden. Dass sie nicht mehr angehimmelt werden, Mann ihnen nicht mehr galant die Türe öffnet. Derlei Kulturerrungenschaften haben die (Alice) Schwarzer und ihre Kohorte für ein paar Jahrzehnte ihrer Herrschaft weggedrückt.“

„Sind wir nicht alle ein bisschen Brüderle?“ fragt **Alexander Grau** im „Cicero“ vom 28. Januar anlässlich der **„Sexismus“-Debatte**:

„Dabei ist es nun einmal leicht möglich, von jemandem angesprochen zu werden, den man nicht attraktiv findet. So etwas kommt vor. Wer weiß: Dieselben dummen Brüderle-Sprüche, geäußert von einem Mann, der etwas mehr wie George Clooney aussieht, gegenüber einer jungen Dame, die gerade in Flirtlaune ist - und niemals wäre der Vorwurf des Sexismus laut geworden.“